
Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw **3**

Diskussionsschwerpunkt

Sozialdemokratie
und Westeuropa



spw

Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft

Herausgeber:

Detlev Albers (Bremen)
Heinz Albrecht (Berlin-West)
Erhard Eichert (Herford)
Klaus Peter Kisker (Berlin-West)
Heinrich Lienker (Harsewinkel)
Werner Loewe (Hamburg)
Klaus Thüsing (Paderborn)
Klaus-Peter Wolf (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter:

Detlef Bimboes (Reutlingen), Burchard Bösche (Bremen), Arno Brandt (Hannover), Dieter Dehm (Frankfurt), Rainer Frank (Konstanz), Bodo Fritz (Marburg), Joachim Günther (Berlin/West), Mechtild Jansen (Bonn), Hans-Dieter Keil (Hannover), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth (Hannover), Kurt Neumann (Berlin/West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Clausthal-Zellerfeld), Hans Randl (Kiel), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Münster), Burkhard Zimmermann (Berlin/West), Jochen Zimmer (Stuttgart), Heinz Zoller (Karlsruhe)

Redaktion:

Heinz Beinert, Robert Brögeler, Jürgen Harland, Frank Heidenreich, Michael Karnatz, Hans Raßmes, Christiane Rix-Mackenthun, Dieter Scholz, Michael Zenz

Redaktionssekretariat: Frank Heidenreich, Christiane Rix-Mackenthun

Redaktionsanschrift: Moltkestr. 21, 1000 Berlin 45

Verlag: SPW Verlag/Redaktion GmbH, Königsweg 310, 1000 Berlin 39, HRB 13699
Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz

Vertrieb: SPW GmbH Druck und Vertrieb, Moltkestr. 21, 1000 Berlin 45

Satz: Compositorsatz + Montage
Martin Schmidt, Schudomastraße 50, 1000 Berlin 44, Telefon 681 65 09

Herstellung: Verlag + Druck Informdienst, Berlin-Wilmersdorf

Vertrieb: SPW GmbH & Co. Druck- und Vertriebs-KG, Königin-Luise-Str. 81, 1000 Berlin 33

Auflage: 1. - 3. Tausend Januar 1979

Die „spw“ erscheint in 4 Heften jährlich mit einem Gesamtumfang von mindestens 360 S. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist zum Jahresende möglich.

Der Einzelverkaufspreis beträgt DM 5,-. Im Jahresabonnement kostet jedes Heft DM 4,50 einschließlich Versandkosten.

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 35 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 18 Manuskriptseiten umfassen.

Neue Konto-Nr. Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält einen Prospekt des ARGUMENT-Verlag und eine Bestellkarte der Tageszeitung „Die Neue“ – in Teilaufgabe – eine Abo-Zahlkarte des „spw“ Verlag.

INHALT

EDITORIAL	3
AKTUELLER KOMMENTAR	
FÜR JEDEN ETWAS?	6
Erste Anmerkungen zum Mitbestimmungsurteil des Bundesverfassungsgerichts	
AUFSÄTZE ZUM DISKUSSIONSSCHWERPUNKT	
JOACHIM GÜNTHER	9
Zur aktuellen Entwicklung in der westeuropäischen Sozialdemokratie	
STEFAN COLLIGNON	24
Nach dem Scheitern der Linksunion: Fraktions- und Klassenkämpfe in Frankreich	
NORMAN PAECH	34
Die neoloniale Stoßrichtung der westeuropäischen Integration	
STUART HOLLAND	43
Die Linke und Europa heute	
KLAUS THÜSING	55
Das Europa-Programm der SPD – Kommt der Sozialismus?	
AUFSÄTZE AUSSERHALB DES DISKUSSIONSSCHWERPUNKTES	
KLAUS PETER KISKER	60
Gewerkschaften und multinationale Konzerne	
HANS JANßEN	67
Tarifergebnisse für die metallverarbeitende Industrie	
JOSEF HINDELS	71
Bemerkungen zu den Herforder Thesen	
MONIKA BUTTGEREIT	77
Sozialismus als Männersache 100 Jahre Bebel's Buch „Die Frau und der Sozialismus“	
HEINZ ALBRECHT	83
Das Nahost-Problem anders gesehen Eine Entgegnung auf den Artikel von A. R. Alawi in Heft 2 der spw	

DOKUMENTATION

Antrag der Hamburger Jungsozialisten zum Bundeskongreß 1977
zu den Europawahlen 86

Beschluß der Landeskonferenz der Hamburger
Jungsozialisten zur Direktwahl zum Europäischen
Parlament vom Februar 1979 91

Programm der SPD für die erste europäische
Direktwahl 1979 vom Dezember 1978 93

Entschließung des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages
der IG-Metall zur Europapolitik 00

RAINER HEINRICH 95
Geschichte des Jugendarbeitsschutzes – Teil 2

REZENSIONEN

BERNHARD POLLMEYER 106
Buchbesprechung zur Gewerkschaftstheorie

EDITORIAL

Im Juni dieses Jahres wird die westeuropäische Bevölkerung zum ersten Mal über die Zusammensetzung des Europa-Parlaments in direkter Wahl entscheiden. Dieses Ereignis wird in der Bundesrepublik von allen Seiten zum Anlaß genommen, das „große europäische Einigungswerk“ zu feiern. Idealistische Vorstellungen über die westeuropäische Integration und der Direktwahlen als „Weg zu mehr Demokratie“, die zum Teil auch aus dem Europawahlkampf und dem Europa-Programm der SPD hervorgehen, verschleiern aber die tatsächlichen bestehenden ökonomischen und politischen Machtverhältnisse in Westeuropa.

Dezeit findet nur in sehr geringem Umfang eine Diskussion von linken Sozialdemokraten innerhalb und über den Rahmen der eigenen Partei hinaus statt.

Der für diese Ausgabe der „spw“ gewählte Diskussionsschwerpunkt hat deshalb zum Ziel, die Ansätze marxistischer Politik innerhalb der westeuropäischen Sozialdemokratie breiter zu verankern, eine wesentliche Voraussetzung, um auch in der eigenen Parteipraxis auf nationaler Ebene voranzukommen.

Die Umbenennung der bisherigen Schwerpunktthemas in „Diskussionsschwerpunkt“ soll in diesem Zusammenhang noch einmal deutlich machen, daß die Zeitschrift „spw“ sich als ein Diskussionsforum von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern versteht, in der es um das Kennenlernen und Weiterentwickeln verschiedener Positionen geht, die auch über den Rahmen der eigenen Organisation hinausreichen.

Der Artikel von Joachim Günther über die Entwicklung der westeuropäischen sozialistischen Parteien stellt deshalb einen Ansatzpunkt dar, sich mit den Strategien und Perspektiven der westeuropäischen Bruderparteien auseinanderzusetzen. Der Aufsatz vermittelt einen guten Einblick in die unterschiedlichen Bedingungen und Entwicklungen, die die wichtigsten westeuropäischen sozialistischen Parteien in ihrem Land genommen haben. Ergänzt wird er von einer sehr detaillierten Analyse der Situation in Frankreich nach dem Scheitern der Linksunion. Der Autor, Stefan Collignon, ist ein intimer Kenner der Auseinandersetzungen innerhalb der Französischen Sozialistischen Partei, der er selbst angehört. Die „spw“ wird die Entwicklung in Frankreich — insbesondere nach dem Parteitag der PSF im April — weiter im Auge behalten und darüber berichten.

Über den eigenen Parteirahmen und die eigenen Landesgrenzen hinausblicken und -diskutieren, heißt aber auch, Autoren aus anderen Ländern in der „spw“ zu Wort kommen zu lassen. Hier ist mit dem englischen Labour Party Mitglied Stuart Holland ein Anfang gemacht, der in seinem Artikel die Lage und die Perspektiven der westeuropäischen Linken zur Integration aus englischer Sicht darstellt.

Aber auch innerhalb der eigenen Partei gibt es wesentliche Ansätze zur Analyse der westeuropäischen Integration, zum Stellenwert der Direktwahlen zum Europäischen Parlament und zur Position der Linken in Europa. So haben die Hamburger Jungsozialisten den mangelhaften Bewußtseins- und Wissenstand in der bundesrepublikanischen Bevölkerung insgesamt wie auch innerhalb der SPD zu Europa bereits 1977 in einem Antrag zum Bundeskongreß zum Anlaß genommen, die Gründung der Europäischen Gemeinschaften und ihre Entwicklung vor dem Hintergrund des Verwertungsinteresses des westeuropäischen Kapitals zu analysieren. Da der Antrag auf dem Bundeskongreß 1977 letztlich in seiner ursprünglichen Form nicht verabschiedet wurde, aber u. E. eine umfassende Analyse zu diesem Thema darstellt, dokumentieren wir ihn in Auszügen.

In einem weiteren Antrag, der auf der Landeskonferenz der Hamburger Jusos im Februar 1979 verabschiedet wurde, werden das Europa-Programm der SPD kritisch untersucht und dem gegenüber eigene Vorstellungen zum Wahlkampf der Jungsozialisten entwickelt. Die Dokumentation des Europa-Programms der SPD soll vor allem den Artikel von Klaus Thüsing ergänzen, der einmal die positionsmäßige Inkonsequenz des Programms aufzeigt, andererseits aber auch positive Ansätze für die innerparteiliche Diskussion und die zukünftige Europa-Politik der linken Sozialdemokraten herausstellt. So gibt es im Europa-Programm der SPD einige unterstützungswürdige Forderungen, die in der innenpolitischen Diskussion wie in der konkreten Regierungspraxis nie vorgetragen worden sind, und deren Umsetzung deshalb eine besondere Bedeutung zukommt.

In der Diskussion um die westeuropäische Integration bleibt häufig die Außenpolitik der EG unberücksichtigt. Der Artikel von Norman Paech zur neokolonialen Stoßrichtung der Integration versucht deshalb, diese Lücke zu schließen, indem er die tatsächlichen Kräfteverhältnisse, die hinter der sogenannten „Entwicklungshilfe“ stehen, herausarbeitet.

Über Westeuropa hinaus, aber dennoch davon nicht zu lösen, geht Klaus Peter Kisker in seinem Aufsatz über die Politik von Multinationalen Konzernen und Gewerkschaften. Kisker geht es darum, deutlich zu machen, daß die Multinationalen Konzerne über nationale Grenzen hinweg operieren, wohingegen die Gewerkschaften immer noch weitgehend auf den nationalen Bereich beschränkt bleiben, was die Durchsetzung der Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung insgesamt erschwert. Die Notwendigkeit einer intensiveren internationalen Zusammenarbeit der Gewerkschaften, wie es der Europäische Gewerkschaftsbund im westeuropäischen Rahmen bereits anstrebt, ist ein Ergebnis von Kiskers Analyse.

Auch außerhalb des Diskussionsschwerpunktes wurde der Anspruch einer Partei- und Ländergrenzen übergreifenden Diskussion aufgegriffen. Josef Hinds nimmt als österreichischer Sozialist die von den bundesdeutschen Jungsozialisten erarbeiteten Herforder Thesen aus seiner Sicht unter die Lupe. Dieser Artikel ist ein Ansatzpunkt zur gemeinsamen Weiterentwicklung marxistischer

Positionen in der Sozialdemokratie, der für die Weiterarbeit an den Thesen von großer Bedeutung sein sollte.

Zum ersten Mal wird in dieser Ausgabe der „spw“ ein Thema der letzten Nummer kontrovers behandelt: das Nahost-Problem. Heinz Albrecht greift den Artikel von Abdul-Rahman Alawi aus Heft zwei auf, um ihm seine eigene Position gegenüberzustellen. Da dieses Thema ebenso relevant und aktuell wie von der allgemeinen Propagandamaschinerie der bundesdeutschen Presse verzerrt dargestellt ist, hoffen wir an dieser Stelle auf eine Fortführung der Diskussion auf informativer und sachlicher Basis.

Unseren Dauerschwerpunkt Gewerkschaften setzen wir in dieser Ausgabe mit einem Artikel zu den Tarifergebnissen in der metallverarbeitenden Industrie von Hans Janßen fort, in dem der Autor u. a. deutlich macht, daß die Ergebnisse zwar einen Fortschritt bedeuten, aber die IG-Metall nicht gewillt ist, sich damit zufrieden zu geben. Weiterhin wird der Aufsatz von Rainer Heinrich zur Geschichte des Jugendarbeitsschutzes fortgesetzt sowie zwei Rezensionen zur Gewerkschaftstheorie von Bernhard Pollmeyer. Dahinein eingereiht werden kann auch der Artikel von Monika Buttgerit anläßlich des 100jährigen Jubiläums des Bebel-Buches „Die Frau und der Sozialismus“. Dem Artikel ist es zu entnehmen, daß sich die Rolle der Frau in der Gesellschaft, insbesondere aber im Erwerbsleben in den letzten 100 Jahren erschreckend wenig verändert hat.

Dies gilt auch für das Problembewußtsein in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei, wo die Frauen immer noch erhebliche Schwierigkeiten haben, ihre Interessen zur Diskussion zu stellen, um- und durchzusetzen. Das Buch von Bebel hat in den letzten 100 Jahren nicht an Aktualität verloren.

Zum Abschluß möchten wir noch darauf hinweisen, daß der in Heft zwei angekündigte Artikel zu Otto Bauers Integralen Sozialismus aus Termingründen in dieser Ausgabe nicht erscheinen kann. Wir haben ihn aber für Heft vier eingeplant.

Die Redaktion

Kurt Neumann

Für jeden etwas

Erste Anmerkungen zum Mitbestimmungsurteil des Bundesverfassungsgerichts

1. Die umfassende Forderung nach Mitbestimmung zielt auf ein System, noch unter kapitalistischen Bedingungen Gegenmachtpositionen der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen im wirtschaftlichen Bereich zu erkämpfen. In diesen Zusammenhang ist die Bedeutung des Mitbestimmungsgesetzes 76 schon quantitativ sehr begrenzt: Das Gesetz gilt nur für Unternehmen bestimmter Gesellschaftsformen mit mehr als 2000 Beschäftigten. Es regelt zudem nur die Mitbestimmung auf der Ebene des Unternehmens¹ und nur für ein Unternehmensorgan, den Aufsichtsrat, der den Vorstand bestellt und abberuft, sowie die Geschäftsführung kontrolliert.

Viele Unternehmen haben durch Satzungsänderungen in erheblichem Umfang Geschäfte von einer Zustimmung des Aufsichtsrats unabhängig gemacht. Und selbst bei vorhandener Zustimmungspflicht bleibt noch eine Notbremse – wie das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ausdrücklich feststellt: „Unzweifelhaft kann die Zustimmung des Aufsichtsrats durch einen mit einer Mehrheit von drei Vierteln getroffenen Beschluß der Anteilseignerversammlung ersetzt werden.“²

2. Eine wirkliche Mit-Bestimmung als effektive Gegenmacht setzt Parität voraus „als ein Verhältnis zweier Partner, in dem keine Seite imstande ist, eine von ihr gewünschte Entscheidung ohne die Zustimmung der anderen oder doch eines Teils von ihr zu erzwingen“ (BVerfG). Die Bundesregierung gab vor, mit dem Mitbestimmungsgesetz „eine gleichberechtigte und gleichgewichtige Teilnahme von Anteilseignern und Arbeitnehmern an den Entscheidungsprozessen im Unternehmen“ zu begründen. Gerade das wird aber durch das Mitbestimmungsgesetz mit dem leitenden Angestellten auf der Arbeitnehmerbank und dem Stichtscheid des der Kapitaleseite angehörenden Aufsichtsratsvorsitzenden nicht erreicht³ – wie nun auch das BVerfG feststellt: „Diesen Zweck hat das Gesetz in der verabschiedeten Fassung nicht voll verwirklicht.“ Es bleibt vielmehr bei einem eindeutigen und durchgängigen – vom BVerfG als „leicht“ bezeichneten – Übergewicht der Anteilseigner.

1 Die Frage der betrieblichen Mitbestimmung ist im Betriebsverfassungsgesetz geregelt. Eine Mitbestimmung auf gesamtwirtschaftlicher Ebene, etwa durch Wirtschafts- und Sozialräte, ist noch nicht durchgesetzt.

2 § 111 Abs. 4 Aktiengesetz

3 Vergleiche: Beschluß des Bundeskongresses der Jungsozialisten 1976 in Dortmund in: Bundeskongreß Beschlüsse S. 262

3. Das Urteil des BVerfG bedeutet eine Teilniederlage der Unternehmer. Diese Niederlage ist nicht darin zu sehen, daß dem Mitbestimmungsgesetz die Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz bescheinigt wurde. Damit war von Anfang an zu rechnen. Die Mitbestimmungsklage sollte aber dazu dienen, gegenüber weitergehenden Mitbestimmungsforderungen frühzeitig einen juristischen „Schutzwall“ höchster Autorität aufwerfen zu lassen. In Kenntnis der Entscheidungen zum Grundlagenvertrag, zum § 218, zur „Verfassungstreue“ und zum Recht auf Kriegsdienstverweigerung war mit einem Spruch gerechnet worden, der das Mitbestimmungsgesetz gerade noch als verfassungsmäßig durchgehen ließ, die paritätische Mitbestimmung aber zu einem verfassungsfeindlichen Ziel erklärte. Gerade das hat BVerfG jedoch nicht getan. In — nach jüngsten Erfahrungen überraschender — Selbstbeschränkung hat es den an sich selbstverständlichen, politisch aber entscheidenden Satz formuliert:

„Prüfungsgegenstand sind allein die angegriffenen und zur Prüfung gestellten Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes; ob andere Regelungen der Mitbestimmung der Arbeitnehmer mit dem Grundgesetz vereinbar wären, ist nicht zu entscheiden.“

4. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts darf nicht Anlaß zur Euphorie werden... Seine Argumentation läßt letztlich keine Illusionen darüber zu, daß die Mehrheit der Verfassungsrichter die paritätische Mitbestimmung am liebsten schon im Vorfeld für verfassungswidrig erklärt hätten. Dreh- und Angelpunkt der Urteilsbegründung ist diese Passage: „Wie weit die Befugnis zur Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums bei Organisationsmaßnahmen sozialordnender Art reicht, bedarf keiner abschließenden Festlegung. Der Gesetzgeber hält sich jedenfalls dann innerhalb der Grenzen zulässiger Inhalts- und Schrankenbestimmung, wenn die Mitbestimmung der Arbeitnehmer nicht dazu führt, daß über das im Unternehmen investierte Kapital gegen den Willen aller Anteilseigner entschieden werden kann, wenn diese nicht aufgrund der Mitbestimmung die Kontrolle über die Führungsauswahl im Unternehmen verlieren und wenn ihnen das Letztentscheidungsrecht belassen wird.“ Andernfalls müßte aufgrund der im Urteil niedergelegten prinzipiellen Positionen mit einem negativen Urteil gerechnet werden. Das BVerfG geht zwar nicht von der ultra-konservativen Auffassung aus, daß aus einem „Ordnungs- und Schutzzusammenhang der Grundrechte“ die verfassungsmäßige Festschreibung der „sozialen Marktwirtschaft“ erfolge. Auch hält es bei dem hier relevanten „Anteilseigentum“ ein höheres Maß an sozialbindender Einschränkung für zulässig als beim „Sacheigentum“ der „Unternehmer-Eigentümer“. Unabhängig von solcher Differenzierung fordert nach Meinung des BVerfG aber „die Bestandsgarantie des Artikels 14 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes in jedem Fall die Erhaltung des Zuordnungsverhältnisses und der Substanz des Eigentums.“ Diese Substanz ist so erläutert: „Das verfassungsrechtlich geschützte Eigentum ist in seinem rechtlichen Gehalt gekennzeichnet durch Privatnützigkeit, d. h. die Zuordnung zu einem privaten

Träger, in dessen Hand es *als Grundlage privater Initiative und im eigenverantwortlichen privaten Interesse, von Nutzen' sein soll.*" Demgegenüber „vermögen die Grundrechte der Arbeitnehmer nicht unmittelbar kraft Verfassungsrechts das Grundrecht der Anteilseigner zu begrenzen.“ Daraus folgt zwangsläufig, daß das Prinzip der Privatnützigkeit nach Auffassung der BVerfG zwar erheblich eingeschränkt werden darf, daß aber eine gleichberechtigte und gleichgewichtige Entgegensetzung des Prinzips der Interessenwahrnehmung durch die Arbeitnehmer die verfassungsrechtlich geschützte Substanz des Eigentums antasten würde.

5. Die dargelegte Einschätzung der unausgesprochenen Haltung des BVerfG zur paritätischen Mitbestimmung führt unmittelbar zu der Frage, warum nicht – wir in anderen Fällen zuvor – die bestehende Auffassung auch ausdrücklich kundgetan wurde. Hier mag die deutliche Kritik am BVerfG als selbsternannter Nebenregierung im Sinne von Selbstbeschränkung gewirkt haben. Entscheidender aber dürfte sein, daß die Gewerkschaften keinen Zweifel daran gelassen hätten, daß sie eine negative Aussage zur paritätischen Mitbestimmung nicht kampflos hingenommen hätten. Gewerkschaftliche Proteststreiks hätten aber nicht nur die Rolle des BVerfG infrage gestellt. Vielmehr hätten sie auch nachhaltig der nach Auffassung der BVerfG politischen Aufgabe des Mitbestimmungsgesetzes entgegenwirken können, „die mit der Unterordnung der Arbeitnehmer unter fremde Leitungs- und Organisationsgewalt in größeren Unternehmen verbundene Fremdbestimmung durch die institutionelle Beteiligung an unternehmerischen Entscheidungen zu mildern und die ökonomische Legitimation der Unternehmensleitung durch eine soziale zu ergänzen“, letztlich also, „die Marktwirtschaft politisch zu sichern“.

6. Wenn das Mitbestimmungsurteil als Teilniederlage der Unternehmer und zugleich als Erfolg gewerkschaftlicher Kampfbereitschaft angesehen werden kann, ergeben sich einige Schlußfolgerungen: Die Forderung nach einer wirklich paritätischen Mitbestimmung ist verfassungsmäßig. Sie muß auf der Tagesordnung bleiben. Bei der Durchsetzung und der Absicherung der Parität kommt es nicht allein auf parlamentarische Mehrheiten an. Gewerkschaftliche Kampfbereitschaft ist genauso wichtig. Schließlich kann es auch nicht schaden, die Verfassungsgerichtsbarkeit auch vonseiten der Sozialdemokratie *politisch* ernst zu nehmen.

Kurt Neumann

Joachim Günther

Zur aktuellen Entwicklung in der westeuropäischen Sozialdemokratie

Die folgenden thesenhaften Ausführungen sollen einen Diskussionsbeitrag liefern, der linke Sozialdemokraten mit marxistischem Anspruch mit einem Dilemma konfrontiert. Während in der Vergangenheit die Zahl der Veröffentlichungen auch von Sozialdemokraten über die Entwicklung in den kommunistischen Parteien kaum überschaubar war, wurde die Politik der westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien sich selbst überlassen. Zwar gab es Auseinandersetzungen über die einzelnen Parteien, aber eine Einschätzung über die Entwicklung insgesamt wurde bisher nicht einmal in Ansätzen geleistet.

Der Mangel an gegenseitiger Information kann durch diesen Beitrag nicht aufgehoben werden, die Kritik an den dargelegten Thesen ist da zu führen, wo sich dem Leser Widerspruch aufdrängt.

Die These vom Nord-Süd-Konflikt

Noch bis vor gut einem Jahr fand in weiten Teilen der sozialdemokratischen Linken die These starke Beachtung, daß es in der Sozialistischen Internationale einen grundsätzlichen Konflikt gäbe zwischen hauptsächlich in Südeuropa ansässigen Parteien, die eine antikapitalistische Politik der Einheit der Linken forderten und den Parteien in der Bundesrepublik, in Skandinavien, Großbritannien und Österreich mit dezidiert antikommunistischen Aussagen, die mehrheitlich integrationistische Politik betreiben. Auf welche Überlegungen stützte sich diese These, die zugleich die Hoffnung in sich barg, es könne so eine Grundsatzdiskussion unter den sozialdemokratischen Parteien Westeuropas zustande kommen, mit der Chance, die historische Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden? Die Programmatik der südeuropäischen sozialistischen Parteien ist durchwegs sehr viel radikaler und näher an marxistischen Traditionen und marxistischer Terminologie orientiert als die nordeuropäischen Parteien.

– Die wirtschaftliche Krise betrifft Südeuropa in besonderem Maße. Massenarbeitslosigkeit und hohe Inflationsraten, eine wachsende Abhängigkeit der Länder von den USA und der BRD prägten auch das Bewußtsein der Parteigänger der Sozialisten.

– Die Existenz starker, in der Bevölkerung verankerter kommunistischer Parteien, stellt eine starke Konkurrenz für die Sozialisten dar, umso mehr dort, wo die kommunistischen Parteien durch eine breitangelegte Neuorientierung ihrer Politik die sozialistischen Parteien zur Stellungnahme herausforderten. Der „Eurokommunismus“ wird also als eine fruchtbare Diskussionsgrundlage angesehen, die in die Sozialdemokratie hineinwirkt.

– Die Position der südeuropäischen sozialdemokratischen Parteien war auch von einer wachsenden Distanzierung zur SPD geprägt, da die SPD als Regierungspartei diesen Parteien als Interessensträger bundesrepublikanischer Großmachtspolitik erschien und der Vormachtanspruch besonders durch die Politik von Helmut Schmidt artikuliert wurde.

Diese Tendenzen werden aktuell durch entgegengesetzte Entwicklungen neutralisiert, bzw. schlagen sogar in ihr Gegenteil um. In den vier wichtigsten sozialistischen Parteien Südeuropas PSI, PSP, PSCE, PSF haben sich diejenigen Kräfte durchgesetzt, die einen „gemäßigt-pragmatischen“ Kurs befürworten. Ihnen geht es überwiegend um eine Öffnung hin zu bürgerlichen Parteien, d. h. daß programmatische Forderungen mit antikapitalistischer Stoßrichtung zugunsten tagespoltischer Kompromisse zurückgestellt werden, und daß die Abgrenzung gegenüber den Kommunisten wieder stärker betont wird. International gesehen läuft dieser politische Kurs auf ein Arrangement mit der deutschen Sozialdemokratie hinaus, was sich auch in einer internationalen Einbindung in die Strategien der multinationalen Konzerne und militärisch zumindest in einer neutralen Beurteilung einer pro-amerikanischen Bündnispolitik ausdrückt.

a) Portugal

In der portugiesischen sozialistischen Partei ist der Rechtstrend am frühesten zu verzeichnen gewesen. Die PSP wurde 1973 unter Beteiligung von Exilgruppen und von Gruppen aus Portugal selbst auf einem Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bad Münstereifel wiedergegründet. Zweifelsohne hatte sie in jeder Phase ihrer Entwicklung eine sehr enge Beziehung zur SPD und zur Sozialistischen Internationale. Dennoch ist eine weitverbreitete These, welche die PSP von Anfang an als reinen Erfüllungsgehilfen der deutschen Sozialdemokratie und der bundesrepublikanischen Kapitalinteressen in Portugal abstempelt, falsch. Die PSP hat vielmehr zunächst eine sehr radikale Position bezogen, die sich in dem 1973 verabschiedeten Parteiprogramm niederschlug: „Die Sozialistische Partei bezweckt in Portugal den Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft... Dieses Ziel ... kann durch die Macht der Arbeiterschaft erreicht werden. Die Produktionsmittel müssen kollektiviert werden und die wirtschaftliche Planung muß auf pluralistischer Initiative fußen... Die Sozialistische Partei inspiriert sich an der marxistischen Theorie.“

Auch die Durchsetzung der sehr fortschrittlichen Staatsverfassung Portugals ist hauptsächlich das Verdienst der Partei von Mario Soares. Einen entscheidenden Wendepunkt im politischen Kurs markieren die immer stärker zutage tretenden Spannungen zwischen PSP und der Kommunistischen Partei unter Führung von Alvaro Cunhal und die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Die Rivalität zwischen Sozialisten und Kommunisten kann hier nur in Stichpunkten wiedergegeben werden:

- die PCP schnitt zwar bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung nach dem Sturz des Caetano-Regimes sehr viel schlechter ab als die PSP. ihre Ausgangsposition war jedoch in mehrerer Hinsicht günstiger: Sie hatte durch ihre konsequente Politik gegen den Faschismus eine starke Verankerung in den Gewerkschaften, bei den Landarbeitern und sogar im Militär.
- die PCP war wesentlich an der Durchsetzung der ersten Landreform und an den Verstaatlichungen beteiligt.
- die PCP entschied den Kampf um die Vorherrschaft in der Einheitsgewerkschaft „Intersindical“ klar für sich.

Verstärkt wurde die Rivalität durch die unterschiedlichen ideologischen Orientierungen. Während die PCP sich unter den romanischen KP's als besonders traditionell der KPdSU verbunden fühlt, setzte Mario Soares in der Regierungspolitik sehr schnell einen prowestlichen Kurs durch, der darauf abzielte, die nach der portugiesischen Revolution vom 25. April 1974 einsetzende Stimmungsmache und die Druckversuche der kapitalistischen Industriestaaten gegen die revolutionären Bestrebungen in Portugal zu dämpfen. Daß hierbei SPD und Sozialistische Internationale einen gewissen Einfluß ausgeübt haben, kann nicht geleugnet werden.

Die weitere Entwicklung ist bekannt: Teilweise Zurücknahme der Landreform und Reprivatisierung von Betrieben. Die PSP war nach dem Scheitern der Minderheitsregierung von Soares im Dezember 1977 zu Bündnissen mit der politischen Rechten, d. h. PSD und CDS bereit, obwohl sie im Parteiprogramm ausgesagt hatte: „Die Sozialistische Partei bekämpft das kapitalistische System und die Herrschaft des Bürgertums“.

b) Spanien

Die verschärften Krisenauswirkungen in den südeuropäischen Ländern haben zwar die Parteien in ihrer grundsätzlichen Position zu weitergehenden Formulierungen gebracht als die Parteien des Nordens, jedoch kann man feststellen, daß gerade die programmatische Radikalität mit einer Unfähigkeit verbunden ist, kurzfristige Forderungen wirkungsvoll zu erheben. Gerade dieser Widerspruch kann aber in der weiteren Entwicklung die völlige Abkehr von programmatischen Ansprüchen bedeuten, so wie dies in Portugal bereits zu verzeichnen ist. In diesem Prozeß spielen reformistische und integrationistische Positionen, die von außen in die Parteien getragen werden, eine wichtige Rolle: Für viele Parteiführer ist das Beispiel der SPD und anderer nordeuropäischer Parteien verlockend, indem sie unter anderem der These zuneigen, nur durch eine „Öffnung“ der Partei in ideologischer Hinsicht, so wie es im Godesberger Programm der SPD durch-

gesetzt wurde, das Potential an Wählerstimmen zu vergrößern. In Spanien stellt sich für die PSOE das Dilemma unmittelbar: Nachdem die Partei alle konkurrierenden sozialistischen Gruppierungen, unter anderem die PSP von Tierno Galvan, in die eigene Partei geholt hat, konnte sie in den Parlamentswahlen vom 1. März 1979 nicht den erhofften Stimmenzuwachs für sich verbuchen. Für Felipe Gonzales ergeben sich nun zwei Alternativen:

Zum einen kann er durch Blockbildung gegenüber der Regierungspartei UCD versuchen, mit einer klareren Haltung gegenüber dem Baskenland und Katalonien sowie dezidierten sozialistischen Vorschlägen für die Wirtschaftspolitik (die im Wahlprogramm zum 1. März kaum zu finden waren), das linke Wählerpotential zu vergrößern. Eine Chance hätte eine solche Politik allerdings nur, wenn die PSOE den Wählern auch klarmachen könnte, mit wem sie eine solche Politik durchsetzen will. Da jedoch ein Zusammengehen der PSOE mit den spanischen Kommunisten derzeit von Felipe Gonzales abgelehnt wird, bleibt nur der zweite Weg: eine Annäherung an die Regierungspartei und damit an den Bürgerblock. Jedoch muß in Bezug auf Spanien und die PSOE die Einschränkung gemacht werden, daß die politische Landschaft noch keineswegs fest zu definieren ist, was sich unter anderem an der relativen Stärke der regional verankerten politischen Organisationen zeigt, die nicht den großen nationalen Parteien zuzuordnen sind.

c) Italien

Die Entwicklung in der PSI zeigt am deutlichsten die widersprüchlichen Positionen der hier aufgeführten sozialistischen Parteien, zumal ihre Politik über einen längeren Zeitraum verfolgt werden kann.

Die PSI hat seit ihrer Beteiligung an der antifaschistischen Front, die bis 1948 bestand, stetig an Einfluß verloren. War sie zunächst noch stärker als die PCI, so ging mit der Zeit ihr Stimmenanteil von über 20% auf unter 10% zurück, während die PCI inzwischen mit über einem Drittel der italienischen Wählerschaft rechnen kann.

Wie konnte es dazu kommen, daß in einem Land, in dem der Antikommunismus durch die starke Stellung der katholischen Kirche besonders ausgeprägt ist, es heute für die Entwicklung entscheidender ist, daß Christdemokraten und Kommunisten direkt zu einem politischen Einvernehmen gelangen, als daß Sozialisten wesentlichen Einfluß nehmen könnten?

Die Politik der PSI seit dem Ende des italienischen Faschismus ist die Geschichte von politischen Wechselbädern, die sie jeweils einen Teil ihrer Wähler und zumeist auch einen Teil ihrer Mitgliedschaft kostete. Zunächst verfolgte sie einen Kurs, der sich in einem engen Bündnis zur PCI ausdrückte und der zu einer Abspaltung führte, aus der die PSDI hervorging. Doch die Politik des Linksblocks stärkte die PCI. Der Antikommunismus traf die PSI, deren Wähler-

schaft weit anfälliger für die Stimmungsmache seitens der katholischen Kirche war. Die zweite Phase führte die Sozialisten weg von der PCI in eine Regierungskoalition mit der DC. Die PSI sah eine Chance, in dieser Koalition durch praktische Reformpolitik an Profil zu gewinnen, doch die Rechnung ging nicht auf.

Die anbrechende Krise, die das italienische Wirtschaftswunder beendete, die starre Haltung der DC und eine weitere Abspaltung — diesmal durch die Gründung der PSIUP auf der linken Seite — ließen das Konzept der Sozialisten zerbrechen. Daran änderte auch die Wiedervereinigung mit der PSDI nichts (1966), das Wahlergebnis der nun vereinigten PSU blieb hinter den Prozentsatz zurück, die beide Parteien vorher zusammen erreicht hatten.

Die Position der Sozialisten wurde immer unglaubwürdiger, immer weniger Wähler sahen in ihrer Politik eine Perspektive. Dafür waren folgende Faktoren maßgebend: Die PSI (bis 1969 noch PSU) verstand sich auf der einen Seite immer als Partei, deren programmatische Grundlage marxistisch ausgerichtet ist. Sie geht in ihren Positionen, z. B. im Bereich der demokratischen Freiheitsrechte (Demokratisierung der Medien, der Streitkräfte, neues Scheidungsgesetz, Freigabe der Abtreibung, usw.) sehr viel weiter als die PCI, deren Politik gerade in diesem Bereich durch Rücksichtnahme auf die DC zurückhaltender ist.

Auf der anderen Seite hat sich die PSI in einem Anpassungsprozeß nicht nur in der tagespolitischen Orientierung während der Mitte-Links-Koalition mit den Christdemokraten ihrer programmatischen Basis weitgehend entfremdet, sondern sich auch in ihren Parteistrukturen besonders in Süditalien der Korruption angenähert, wie es bisher nur von den Christdemokraten praktiziert wurde.

Die Zwitterstellung der PSI zwischen den beiden großen italienischen Parteien hat die Sozialisten immer wieder zu Anstrengungen veranlaßt, sich als „Alternative“ im linken Spektrum zu profilieren, was aber weniger aus der eigenen Stärke als aus der Abwehrposition gegenüber dem Historischen Kompromiß heraus geschah. Innerparteilich macht sich die Identitätskrise der Partei durch die Existenz unterschiedlicher Gruppierungen deutlich. Zum einen ist da der linke Flügel um Riccardo Lombardi, der weiterhin für ein Links-Bündnis mit der PCI eintritt, auf der anderen Seite stehen die Befürworter einer Öffnung der Partei zur katholischen Wählerschaft. Diese Position wird auch vom derzeitigen Vorsitzenden Bettino Craxi vertreten.

Diese Orientierung beinhaltet auch eine schärfer werdende Abgrenzung gegenüber den Kommunisten, denen Craxi bei jeder sich bietenden Gelegenheit ihre „leninistische“ Parteistruktur vorhält.

Die Politik Craxis kann aber den göltigen Identitätsverlust der Partei bedeuten: Zum einen ist es der PCI bereits gelungen, in den Bereich der katholischen Arbeiterschichten einzubrechen — es ginge also um eine direkte Konkurrenz zur PCI —, und zum anderen würde die Partei ihr eigentliches politisches Feld einer radikal-demokratischen Position, die sich gegen die Position von Kirche und Klerus richtet, und die die Partei von der PCI unterscheidet, aufgeben.

d) Frankreich

Die einzige Partei, die versucht, als Linkspartei ein eigenständiges Konzept des Übergangs zum Sozialismus zu entwickeln, und so die Konkurrenzsituation zur Kommunistischen Partei produktiv genutzt hat, ist die Sozialistische Partei Frankreichs. Sie ist auch die einzige Partei, die in jüngster Zeit in ein festes Bündnis mit einer Kommunistischen Partei eingetreten ist. Diese Politik ist nur durch zwei Umstände zu erklären: Durch den völligen Niedergang der alten sozialdemokratischen Partei SFIO, der erst zur Gründung der PSF führte, und durch die besonderen innerparteilichen Kräfteverhältnisse in der Aufbauphase der Partei, die besonders dem sehr aktiven linken Flügel der PSF, dem CERES, zugute kamen.

Die Gründungsphase der PSF, die mit dem Parteitag in Epinay im Juni 1971 abgeschlossen wird, bringt eine radikale Umorientierung der französischen Sozialisten zum Ausdruck: Stand die Partei 1968 der gewaltigen Mobilisierung von Studenten und Arbeitern hilflos gegenüber, weil sie sich völlig den etablierten politischen Strukturen angepaßt hatte, so stellt die Mehrheit der Delegierten des Parteitages von Epinay die Weichen für einen Kurs, der sich deutlich von den Vorstellungen anderer sozialdemokratischer Parteien absetzt. Dies betrifft vor allem das Verhältnis gegenüber den Kommunisten. Obgleich nicht in der Mehrheit, gelingt es den CERES-Delegierten, durch eine geschickte Bündnispolitik auf dem Parteitag durchzusetzen, daß die Partei den Weg zu konkreten Verhandlungen über ein gemeinsames Regierungsprogramm mit den Kommunisten beschreitet. Der nächste Schritt ist die Verabschiedung des neuen Parteiprogramms, das wesentlich von CERES-Genossen formuliert wird. Entscheidender Punkt in diesem Programm ist die Übernahme des Begriffs der Selbstverwaltung („autogestion“), der zuerst in der Gewerkschaft CFDT und in der linkssozialistischen PSU formuliert worden war. Mit der Selbstverwaltungsdiskussion gelingt es der PSF wie keiner anderen der hier vorgestellten Parteien, in der ideologischen Auseinandersetzung über den Übergang zum Sozialismus konkret Perspektiven zu entwickeln. Dennoch zeigt die Selbstverwaltungsdiskussion in der PSF bereits die innerparteilichen Grenzen der Neuorientierung der französischen Sozialisten: Während die Perspektive der Selbstverwaltung für die CERES untrennbar mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel verbunden ist, und der CERES diesen Begriff als Kampfinstrument zu Mobilisierung der Arbeiterklasse versteht, ohne daß dadurch die parlamentarischen Mehrheiten für die Linksparteien notwendig zum Scheitern verurteilt sind, sieht die Mehrheit der Partei in der „autogestion“ nur eine sehr allgemeine Formel, die mehr ein zukünftiges Ziel beschreibt als eine aktuelle Kampfperspektive.

Der CERES kann immerhin bei der Verabschiedung des Programms verhindern, daß die Frage der Wirtschaftslenkung auf staatliche Strukturreformen im Rahmen einer Investitionslenkung beschränkt bleibt, womit die Grundlage gege-

ben war, sich auf die Sozialisten, Kommunisten und Radikaldemokraten im gemeinsamen Programm auf die Nationalisierung strukturbestimmender Wirtschaftsunternehmen einigen konnten.

Mit dem neuen Parteiprogramm haben die französischen Sozialisten eine sehr konkrete Perspektive antikapitalistischer Politik zur Grundlage ihres Handelns gemacht, doch die unterschiedliche Interpretation dieses Programms zeigt sich schon sehr bald: Die Parteilinie gewinnt mit der Interpretation immer mehr an Gewicht, daß das Parteiprogramm Zielvorstellungen vorzeichnet und nicht aktuelle Aktionsschritte.

Die Wahlniederlage der Linken im März 1978 hat die „sozialdemokratische“ Orientierung der Parteimehrheit gegen die marxistische Position des CERES noch verstärkt. Mit dieser Entwicklung – bei der die KPF einen gewichtigen Anteil hatte – ging eine zunehmende Abgrenzung gegenüber den französischen Kommunisten einher. Die Linksunion ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Gegenstand der Debatte und es bleibt abzuwarten, welchen Weg die französischen Sozialisten gehen werden. Es ist sicher, daß die Zahl derer, die eine Annäherung an die Politik Giscard d'Estaings befürworten, nicht gering ist. Dieser politische Kurswechsel würde jedoch die gerade erreichte Identität zerstören, die Partei auf den Stand vor 1969 zurückwerfen und über die französische Linke hinaus negative Auswirkungen auf die westeuropäische Sozialdemokratie insgesamt haben.

Für die eingangs dargelegten Thesen stellt sich die aktuelle Situation der PSF folgendermaßen dar:

– Die Partei verfügt über ein Programm, das marxistische Begriffe nicht nur plakativ verwendet, sondern sehr konkrete Perspektiven für den antikapitalistischen Kampf entwickelt.

– Die Konkurrenz zur Kommunistischen Partei ist in der Programmdebatte der Sozialisten positiv in der Diskussion eigenständiger Beiträge der Diskussion der Linken gewendet worden.

– Dennoch kann man nicht davon ausgehen, daß die PSF im Gefüge der westeuropäischen sozialistischen Parteien einen Gegenpol zu den nordeuropäischen SP's darstellt, da sich die innerparteilichen Kräfteverhältnisse derzeit gegen jenen Flügel richten, der am entschiedensten die Programmdiskussion geführt hat und dem es in der Phase des Parteaufbaus gelungen war, seine inhaltlichen Positionen in den wesentlichen Fragen durchzusetzen.

– Im Verhältnis zu den Kommunisten drückt sich die veränderte innerparteiliche Konstellation in der PSF darin aus, daß die Politik der Links-Union nach der Wahlniederlage von 1978 zugunsten einer erneuten Abgrenzungspolitik gewichen ist.

Zusammenfassung

Obleich in den aufgeführten Beispielen sehr unterschiedliche durch nationale Besonderheiten bedingte Faktoren eine wichtige Rolle spielen, kann man dennoch zusammenfassend feststellen, daß die derzeitige politische Stellung der „romanischen“ SP's nur sehr bedingt alternativ zur Position der integrationistischen Politik der nordeuropäischen Sozialdemokratien gesehen werden kann:

– Die programmatischen Unterschiede sind zwar nach wie vor deutlich, sie finden aber nicht ihren Niederschlag in der Tagespolitik: Dies hat sicher unterschiedliche Gründe: Im Falle von PSP und PSOE kann man dieses Mißverhältnis u. a. darauf zurückführen, daß diese Parteien in ihrem kurzen Entwicklungsgang seit dem Ende der faschistischen Diktaturen über allgemeine programmatische Aussagen noch keine Übergangstrategien entwickelt haben und derzeit es mehr als ihre Hauptaufgabe sehen, sich in der Auseinandersetzung mit konkurrierenden politischen Tendenzen zu behaupten. Bei der PSI hingegen wird die Hilflosigkeit deutlich, die eigene politische Identität gegenüber den zwei großen gesellschaftlichen Kräften der PCI und der DC zu finden. Die französischen Sozialisten waren in der Formulierung von Alternativen gegenüber sozialdemokratischen Integrationsmodellen offensichtlich am weitesten vorangeschritten, jedoch hat das Scheitern der Linksunion die weitere Diskussion um die Konzeption der „Autogestion“ lahmgelegt, weil zum einen die für eine solche Konzeption notwendige Zusammenarbeit mit den Kommunisten aktuell nicht auf der Tagesordnung steht, und weil zum andern als Folge dieser Entwicklung sich das innerparteiliche Kräfteverhältnis zugunsten der Gegner einer klassenbewußten Politik der Linksunion gewendet hat.

– Die Beispiele werfen allerdings auch die Frage auf, ob die Veränderungsprozesse innerhalb der kommunistischen Parteien besonders in Spanien und Italien, aber auch in Frankreich die sozialistischen Parteien in eine prinzipielle Diskussion über deren Orientierung bringt. Eine solche Entwicklung würde unter Umständen bewirken, daß längerfristig die Spaltung der Arbeiterbewegung ersetzt werden könnte zugunsten einer friedlichen Konkurrenz zweier Strömungen der Arbeiterbewegung, die beide ihre Existenzberechtigung haben, und die sich gegenseitig befruchten. Der aktuelle Stand ist allerdings der, daß dort, wo seitens der kommunistischen Parteien die weitreichendste Neuorientierung erfolgte (PCI, PCE) und die Sozialisten zunehmend in das Spannungsfeld sich radikalisierender Forderungen einerseits und tagespolitischen Opportunismus andererseits geraten, da die KP's die „Reformpolitik“ als das angestammte Feld sozialdemokratischer Politik inzwischen selbst besetzen.

– Trotz aller nationaler Besonderheiten ist festzustellen, daß das forcierte Engagement nordeuropäischer Parteien, besonders der SPD im Bereich der Sozialistischen Internationale, nicht ohne Wirkung geblieben ist, besonders, was die Ebene der Parteiführungen betrifft.

SPD – Internationalismus

Die oben beschriebene Situation ist stark durch die außenpolitische Offensive der SPD herbeigeführt worden. Die SPD hat in den letzten Jahren ihre internationalen Aktivitäten enorm verstärkt, sowohl in der Zusammenarbeit mit politischen Kräften in den Entwicklungsländern, aber auch in Westeuropa. Diese Arbeit wird auf drei Ebenen vorangetrieben: Auf der Ebene der Sozialistischen Internationale: Die SPD ist hier einmal durch ihre finanzielle Stärke maßgeblicher Träger der Arbeit, zum anderen ist der politische Einfluß seit 1976 durch die SI-Präsidentschaft Willy Brandts erheblich gestiegen. Der Ebene der Sozialistischen Internationale entsprechen auch die Gespräche zwischen den Führern der großen sozialdemokratischen Parteien, wie z. B. zwischen Brandt, Palme, Kreisky. Die Parteiführer-Runden sind insofern wichtig, weil auf ihnen auch Fragen behandelt werden, wie in welchen Umfang und unter welchen politischen Zielsetzungen Mitgliedsparteien materiell unterstützt werden, so z. B. bei der PSP in Portugal und der PSOE in Spanien. Demgegenüber verlieren die offiziellen Gremien der SI an Bedeutung, weil hier in der Regel die Außendarstellung der Internationale im Vordergrund steht.

Eine zweite Ebene dieser Arbeit bildet die internationale Abteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung, die allein über 600 Mitarbeiter verfügt, ein vielfaches dessen, was die gesamte Sozialistische Internationale vorweisen kann. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist formal unabhängig von der Partei, ihre politische Orientierung auf die Sozialdemokratie ist aber durch Personalunionen mit der Partei und eigene Arbeitsgrundsätze gegeben. Die formale Unabhängigkeit bringt der SPD-Parteiführung allerdings zwei unschätzbare Vorteile: Als einzige Partei der SI verfügt sie über ein Instrument, welches nicht durch die innerparteiliche Willensbildung und die Parteigremien direkt kontrolliert werden kann, und dessen Etats größtenteils nicht aus der Parteikasse, sondern aus Steuermitteln finanziert wird. Diese Besonderheit beruht auf einem Verfassungsgerichtsurteil, das die direkte Finanzierung der Bildungsarbeit von politischen Parteien in der BRD verbot und dessen Konsequenz die Gründung – oder im Falle der SPD – die verstärkte Aktivierung parteinaher Stiftungen war. Die Aktivität der Friedrich-Ebert-Stiftung im Ausland hat sicher keinen direkten Bezug zu Entscheidungen von sozialistischen Parteien in den betreffenden Ländern. Doch eine indirekte Anbindungsstrategie an die von der SPD vertretenen Positionen kann sich schon einstellen, da die Stiftung gerade in den vom Faschismus befreiten Ländern (Portugal, Spanien) wesentliche Hilfestellungen für die Wiedergründungen und den Wiederaufbau der Parteiorganisationen leistete. Schulungsreihen für die unterschiedlichsten Themenbereiche: z. B. Wahlkampfseminare, Parteiorganisation, internationale Seminare, Seminare für verschiedene gesellschaftliche Bereiche (Medien, Gewerkschaft ...). Über die wirkliche Höhe der finanziellen Unterstützung gibt es keine verlässlichen Unterlagen, aber sicher ist, daß die Unterstützung

seitens der SPD und über die Friedrich-Ebert-Stiftung über einen längeren Zeitraum betrachtet, vergleichbare Unterstützung durch andere sozialdemokratische Parteien weit übertrifft.

Die Aktivitäten der Partei auf internationaler Ebene haben auch die Funktion, sozialliberale Regierungspolitik innerhalb der Sozialistischen Internationale abzusichern. Während auf der einen Seite Mitglieder der Bundesregierung – sei es der Kanzler oder der freidemokratische Außenminister – nach außen hin ihren Standpunkt als Interessenvertreter des bundesrepublikanischen Kapitals nicht verhehlen – man denke dabei an die Intervention Helmut Schmidts zur Regierungsbeteiligung von Kommunisten in Italien oder an seine Kritik an den britischen Gewerkschaften – ist die „Außenpolitik“ der Partei darum bemüht, auf dem ideologischen Feld offensiv Positionen zu vertreten. Als Beispiel sei hier das Mitbestimmungsmodell der SPD benannt, dessen Modellcharakter auch für andere Länder immer wieder betont wird.

Wenn es der SPD heute gelungen ist, trotz so unterschiedlicher Positionen wie z. B. zur PSF in der Zeit der Links-Union, sich unangefochten als führende sozialdemokratische Partei in Europa darzustellen, so nicht zuletzt daher, weil die SPD sich am intensivsten um die internationale Zusammenarbeit bemüht hat, auch wenn dies lediglich auf dem Niveau des Parteiapparates geschehen ist. Die Machtlosigkeit der Linken gegenüber der Offensive der internationalen SPD-Politik liegt daran, daß man allzulange geglaubt hatte, daß die sozialdemokratische Regierungspolitik automatisch die Position der SPD international in eine Isolierung bringen, bzw. daß sich natürlicherweise innerhalb der Internationalen die Polarisierung zwischen süd- und nordeuropäischen SP's verschärfen würde.

Eurosozialismus

Parallel zur Entstehung des Begriffs „Eurokommunismus“ ist in letzter Zeit auch eine Zusammenfassung von Tendenzen innerhalb der europäischen Sozialdemokratie unter dem Begriff „Eurosozialismus“ versucht worden. Damit wurden sehr unterschiedliche Tendenzen zusammengefaßt, wie z. B. der Begriff der Autogestion der französischen Sozialisten und die Mitbestimmungskonzeption, wie sie in der SPD entwickelt wurde. Die Rekonstruktion eines „Eurosozialismus“ ist aber lediglich als ein Versuch anzusehen, fehlende Diskussion in der Sozialdemokratie zu verdrängen, ohne Antworten auf gesellschaftlichen Entwicklungen zu geben und Strategien für den Übergang zum Sozialismus zu entwickeln. Im Begriff „Eurosozialismus“ zeigt sich die aktuelle Unfähigkeit der westeuropäischen Sozialdemokratie, sich aus der Anpassungstendenz an bürgerliches Krisenmanagement zu lösen und in eine neue gesellschaftliche Offensive zu gehen. Dies heißt jedoch nicht, daß die Diskussion um antikapitalistische Positionen in der Sozialdemokratie nicht geführt wird. Im Gegenteil: Gerade in

den letzten Jahren hat die Diskussion um sozialistische Strategien einen neuen Aufschwung bekommen – nicht zuletzt durch die Diskussion in den Kommunistischen Parteien. Sie wird allerdings bisher nur von innerparteilichen Gruppierungen getragen.

Daher ist es notwendig, auf die unterschiedlichen Strömungen und Tendenzen einzugehen, die innerhalb der europäischen Sozialdemokratie existieren und die sich teilweise auf dezidiert marxistische Traditionen der Sozialdemokratie berufen und teilweise die Ergebnisse der Eurokommunismusdebatte aufgreifen, besonders der italienischen Kommunisten. Gerade weil man feststellen muß, daß es derzeit in Europa keine Partei in der Sozialistischen Internationale gibt, in der diese Positionen über entscheidenden Einfluß verfügen, ist die Information über die Formierung alternativer Strategien zur Rechtssozialdemokratie heute die wichtigste Aufgabe von Marxisten. Es muß darauf hingewiesen werden, daß es nur wenige Parteien gibt, in denen sich linkssozialistische und marxistische Strömungen bereits zu festen Fraktionen zusammengeschlossen haben. Wenn nach dem linken Oppositionspotential in den westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien gefragt wird, so muß man differenzieren: In einigen Parteien haben sich mehr oder weniger feste Gruppierungen gebildet, die sich als linke Fraktion der Partei mit weitgehenden programmatischen Vorstellungen verstehen:

So hat z. B. der linke Flügel in der britischen Labour-Party in den letzten Jahren beständig an Bedeutung gewonnen. Innerhalb dieses Flügels bildet die „tribune“ Gruppe den organisatorischen und theoretischen Kristallisationspunkt. Sie ist aus dem Zusammenschluß linker Unterhausabgeordneter entstanden und nennt sich nach der von ihr herausgegebenen Zeitschrift. Die „tribune“-Gruppe repräsentiert etwa ein Viertel aller Unterhausabgeordneten. An Einfluß gewannen die Labour-Linken besonders durch die Diskussion über den EG-Beitritt Großbritanniens, doch ist ihre Ablehnung des EG-Beitrittes nur ein Aspekt ihrer politischen Orientierung. Die „tribune“-Gruppe fordert eine konsequente Verwirklichung des Parteiprogramms aus dem Jahre 1934, d. h. die Sozialisierung der Privatwirtschaft und eine zentrale Lenkung der Investitionen. Gegenüber dem französischen CERES ist das inhaltliche Spektrum der Labour-Linken weiter gefaßt, aber auch der innerparteiliche Einfluß größer: Die Linke besetzt fast die Hälfte der Parteivorstandssitze. Sie hat Anhänger auf allen Ebenen der Partei, stützt sich allerdings hauptsächlich auf ihre starke Stellung in den Wahlkreisorganisationen, weniger auf den Gewerkschaftsflügel.

In anderen Parteien gibt es mehr oder weniger organisierte Flügel (PSI, SDP-Finnland). Daß es einmal zur Herausbildung organisierter Flügelbildung kommt, im anderen Fall nur zu einer lockeren Zusammenarbeit linker Tendenzen, hängt nicht zuletzt mit der Organisation der Gesamtpartei zusammen. Auch die Jungsozialisten-Organisationen können zu einem Orientierungszentrum linker Positionen werden, oder zumindest durch ihre politische Arbeit die Flügelbildung beeinflussen.

Jungsozialisten-Organisationen als Kristallisationsfaktor für marxistische Positionen in der Sozialdemokratie

In einigen Parteien spielen die Diskussionen innerhalb der Jungsozialisten-Organisationen eine wichtige Rolle bei der Herausbildung marxistischer Parteiflügel, jedoch müssen hierbei zwei Einschränkungen gemacht werden: Jungsozialisten sind generell, auch wenn dies unterschiedlich gehandhabt wird, innerparteilicher Repression ausgesetzt, die von der Reglementierung einzelner Genossen (SPD-Fall Klaus-Uwe Benneter) über die Gründung von parteifremden Konkurrenz-Jugendverbänden (Beispiel: SPÖ: Die Junge Generation als Gegengewicht zur Sozialistischen Jugend) bis hin zur völligen Auflösung der Jungsozialisten-Organisationen führen können (Beispiel: PSF). Zweitens hat die altersmäßige Begrenzung zur Folge, daß Jungsozialisten-Organisationen nur über einen kurzen Zeitraum offensiv in die innerparteilichen Auseinandersetzungen eingreifen können, da die politisierten Kader, die nach einer gewissen Zeit der Juso-Arbeit in die Parteiarbeit gehen, nur in seltensten Fällen kontinuierlich „nachwachsen“.

Dennoch haben Jungsozialisten gerade in den letzten Jahren innerhalb der westeuropäischen Sozialdemokratie eine nicht unwichtige Rolle gespielt, besonders in jenen Parteien, in denen marxistische Positionen in Folge des wachsenden Antikommunismus und der integrationistischen Entwicklung der sozialdemokratischen Parteien tabuisiert wurden.

— In der Bundesrepublik hat der Linksschwenk der Jungsozialisten nach 1969 unter dem Eindruck der außerparlamentarischen Opposition eine wichtige Rolle gespielt, um zumindest bei einem Teil der Partei die Diskussion um antikapitalistische Positionen zu beleben. Die entscheidende Frage bleibt hier, ob es gelingt, diese Diskussion in eine Form der innerparteilichen Flügelbildung zu überführen oder ob sich mit der zunehmenden Mobilisierungsschwierigkeit der Jungsozialisten-Organisation gleichzeitig die Debatte um marxistische Positionen in der SPD ihre Grenzen findet.

— Eine ähnliche Entwicklung ist in der SPÖ zu verzeichnen, wo sich inzwischen ebenfalls Ansätze finden, Juso-Positionen als Ausgangspunkt für die Organisation einer Parteilinken aufzugreifen. Dieses Ziel soll durch die Herausgabe der Zeitschrift „tribüne“ als Orientierungspunkt für linke Parteimitglieder gefördert werden.

In beiden Parteien handelt es sich derzeit erst um Ansätze, deren Erfolgschancen nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit die zunehmende Verschärfung der wirtschaftlichen Lage auch andere Teile der Partei, wie aber auch der Gewerkschaften antikapitalistischen Forderungen zugänglich macht und inwiefern auch in den Gewerkschaften Positionen der Sozialpartnerschaft zurückgedrängt werden können.

Die internationale Zusammenarbeit ist für die Jungsozialisten-Organisationen insofern erleichtert, weil mit der Sozialistischen Jugendinternationale ein Kommunikationsinstrument besteht, jedoch ist auch dieser Aspekt nicht zu überschätzen, wenn es um die Koordination marxistischer Positionen innerhalb der westeuropäischen Sozialdemokratie geht: In der Vergangenheit war die Jugendinternationale eher ein Integrationsfaktor für Jungsozialisten-Funktionäre, als ein wirksames Mittel zur Formation sozialistischer Alternativen.

Schlußbemerkungen

Die Hoffnung vieler Sozialdemokraten, daß sich mit der französischen Linkunion und dem Gemeinsamen Regierungsprogramm ein Kristallisationspunkt ergeben könnte, der die Diskussion in der westeuropäischen Sozialdemokratie belebt und zu einer Polarisierung innerhalb der Sozialistischen Internationale führen könnte, hat sich nicht erfüllt. Die aktuelle Situation ist durch gegenteilige Entwicklungen gekennzeichnet: Die Position der SPD als führende sozialdemokratische Partei in Europa kann als unangefochten angesehen werden. Auch die deutlichen Unterschiede zwischen den marxistisch inspirierten Programmen besonders der südeuropäischen Parteien zu den pragmatischen Positionen der Sozialpartnerschaft und den Prinzipien des kapitalistischen Wirtschaftssystems können nicht darüber hinwegtäuschen, daß derzeit antikapitalistische Positionen und Strategien glaubhaft nur von den großen kommunistischen Parteien vertreten werden.

Dabei kann man vier Positionen unterscheiden, wie Sozialdemokraten auf die Diskussion in den großen westeuropäischen kommunistischen Parteien reagieren:

- Eine Position, die am bürgerlichen Antikommunismus festhält und die Debatte in den kommunistischen Parteien als ein Manöver ansieht. Für diese Position ist der Gedanke an eine Regierungsbeteiligung von Kommunisten oder eine Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten ausgeschlossen.
- Die zweite Position ist wie die erste Position im rechtssozialdemokratischen Bereich gerade dort angesiedelt, wo keine großen kommunistischen Parteien der Sozialdemokratie Konkurrenz um Stimmenanteile machen: Von der aufgeklärten Rechtssozialdemokratie werden die Differenzierungsprozesse in der kommunistischen Diskussion beobachtet und teilweise als Fortschritt angesehen, wie z. B. die Aufgabe des Begriffs der Diktatur des Proletariats, die positive Stellung zum Parteienpluralismus u. a., jedoch wird eine Annäherung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der Regel mit Skepsis und Ablehnung gesehen, da dieser Position zufolge die innerparteilichen Strukturen der Eurokommunistischen Parteien immer noch leninistischen Mustern folgen und nicht demokratisch seien.

– Eine weitere Position ist geprägt durch die direkte Konkurrenz mit großen kommunistischen Parteien. Diese Position, wie sie z. B. von den Führungen von PSOE, PSI oder derzeit auch der PSF vertreten wird, argumentiert zwar gegenüber den KP's ähnlich, geht aber in ihren eigenen politischen Grundsätzen sehr viel weiter als die nordeuropäischen Sozialdemokratien. Für diese Positionen ergibt sich eine stetige Spannung zwischen programmatischem Anspruch, auch der Forderung nach einem gemeinsamen Vorgehen der linken Kräfte, und einer deutlichen Abgrenzung gegenüber den Kommunisten als konkurrierender Partei. Derzeit scheint die Abgrenzungstendenz eine Zusammenarbeit mit den KP's unmöglich zu machen. Eine Änderung dieser Konstellation ergibt sich nur, wenn die Sozialisten mit einem eigenständigen Beitrag, so wie ihn etwa die französischen Sozialisten 1973 in die Linksunion eingebracht haben, mit Kommunisten eingehen.

Für eine solche Entwicklung ist allerdings derzeit in der westeuropäischen Sozialdemokratie die notwendige Diskussion nicht gegeben.

Gleichwohl ist auch in der Sozialdemokratie zunehmend ein Prozeß der Polarisierung festzustellen, der aber mehr durch die Profilierung innerparteilicher Flügel erfolgt. In einer Zusammenarbeit marxistischer Sozialdemokraten liegt so auch die einzige Chance, um antikapitalistische Positionen in der Sozialdemokratie über den eigenen nationalen Parteibereich hinaus Nachdruck zu verleihen.

Dazu ist einerseits die praktische Zusammenarbeit durch Seminare, internationale Begegnungen etc. notwendig, andererseits muß aber auch das Informationsdefizit unter europäischen Sozialdemokraten – zumal wenn sie Marxisten sind – abgebaut werden. In diesem Zusammenhang wäre es auch wünschenswert, wenn sich linke Sozialdemokraten, die ja gerade oft im akademischen Bereich tätig sind, verstärkt wissenschaftlich mit den Positionen sozialdemokratischer Politik in Europa auseinandersetzen.

Abkürzungen:

Portugal:

CDS	Demokratisch-Soziales Centrum
PCP	Kommunistische Partei Portugals
PSD	Sozialdemokratische Partei
PSP	Sozialistische Partei Portugals

Spanien:

PCE	Kommunistische Partei Spaniens
PSOE	Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens
PSP	Sozialistische Volkspartei
UCD	Union des demokratischen Zentrums

Italien:

DC	Christdemokratische Partei
PCI	Kommunistische Partei Italiens
PSDI	Sozialdemokratische Partei Italiens
PSI	Sozialistische Partei Italiens
PSIUP	Sozialistische Partei der proletarischen Einheit
PSU	Vereinigte Sozialistische Partei

Frankreich:

CERES	Forschungs- und Studienzentrum für sozialistische Erziehung
CFDT	Demokratischer Gewerkschaftsbund
PCF	Kommunistische Partei Frankreichs
PSF	Sozialistische Partei Frankreichs
PSU	Vereinigte Sozialistische Partei
SFIO	Französische Sektion der Arbeiter-Internationale

Literatur:**Brauchbarer Überblick:**

Raschke, Joachim (Hrsg.) Die Politischen Parteien in Westeuropa
Reinbek 1978

Aus konservativer Sicht (Konrad-Adenauer-Stiftung): Oberndörfer, Dieter (Hrsg.)
Die Sozialistischen und kommunistischen Parteien Bd. I Südeuropa
Opladen 1978

Erscheint demnächst im Verlag Neue Gesellschaft (Friedrich-Ebert-Stiftung)
Die Sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa

Stefan Collignon

Nach dem Scheitern der Linksunion: Fraktions- und Klassenkämpfe in Frankreich

1978 hätte in Frankreich das Jahr des Linken Triumphes werden sollen, vergleichbar nur mit dem Sieg der Volksfront 1936. Es wurde das Jahr, in welchem die Linke ihre schlimmste Niederlage seit Gründung der V. Republik 1958 erlitt und das der französischen Bourgeoisie ungeahnte Chancen bot, die Weichen für Frankreichs Zukunft zu stellen.

Tiefe und Bedeutung dieser neuerlichen Niederlage der französischen Arbeiterbewegung lassen sich nur ermessen, wenn man sie im Zusammenhang mit der Krise des kapitalistischen Systems und der Entwicklung der Linkskräfte in den letzten 10 Jahren sieht.

Der Einigungsprozeß

Auch 1968 war mit seinem Mai ein Wendepunkt für Frankreich, der sich jedoch – obwohl von den klassischen politischen Organisationen der Arbeiterbewegung nicht mitgetragen – als ein halber Sieg ausmünzte, betrachtet man die Ergebnisse der Sozialverhandlungen von Grenelle.¹ Wichtiger aber war die bewußtseinsmäßige Langzeitwirkung; die Arbeiterschaft erlebte, daß sie mit ihren Kämpfen etwas erreichen konnte, und ihr politisches Personal erkannte die Notwendigkeit, sich auf ein gemeinsames Projekt zu einigen, um der „sozialen Mehrheit“ (Mitterrand) der Lohnabhängigen auch den Durchbruch zur „politischen Mehrheit“ und der Übernahme des Staatsapparates zu verhelfen. Dieser Einigungsprozeß vollzog sich in zwei Phasen. Zunächst als der Zusammenschluß der nichtkommunistischen Linken, ein Prozeß der seinen vorläufigen Abschluß 1971 auf dem Gründungsparteitag der neuen Sozialistischen Partei (PS) in Epinay fand. Francois Mitterrand wurde hier erster Sekretär, und mit ihm übernahm eine Koalition das Ruder der Partei, die zielstrebig auf die Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei (PC) zusteuerte, und ihre sozialistische Strategie auf der Perspektive eines klaren Bruchs mit dem kapitalistischen System aufbaute. So konnte 1972 das gemeinsame Regierungsprogramm (PCG) zwischen PS und PCF abgeschlossen werden, dem sich später eine linksliberale Abspaltung der

1 Unter dem Eindruck heftiger Streiks und Unruhen im Mai 1968 kam es im Sozialministerium in der Rue de Grenelle zu Verhandlungen zwischen Gewerkschaften, Unternehmen und Regierung, bei denen den französischen Lohnabhängigen Zugeständnisse bei Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung gemacht werden mußten und eine Ausweitung der Gewerkschaftsrechte im Betrieb erreicht werden konnte.

Radikalen Partei, das Mouvement des Radicaux des Gauche (MRG) anschloß. Dieses Programm war für eine Legislaturperiode von 5 Jahren konzipiert und sollte die erste Stufe der Übergangsphase zum Sozialismus festlegen. Es umfaßte daher sowohl quantitative Forderungen wie Lohnerhöhungen, Sozialleistungen, als auch, in seinem zweiten Teil, qualitative Maßnahmen zur „Demokratisierung der Wirtschaft, Entwicklung des staatlichen Sektors, Planung des Fortschritts“. Die darin vorgesehenen Maßnahmen der Arbeiterkontrolle, der Nationalisierung und der Schaffung von Planungsinstanzen sollte die Grundlage für eine „neue Logik“ der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung werden.

Dieses gemeinsame Programm wurde zur Achse der sozialen und ideologischen Kämpfe von PS und PC in den folgenden Jahren. Schon bei den Parlamentswahlen 1973 zahlte es sich für die Linksparteien aus, aber auch in der gewerkschaftlichen Agitation (zunächst nur bei CGT, seit 1974 auch bei der CFDT)² gewann es zunehmend an Bedeutung. Die intensive Aufklärungsarbeit, die in erster Linie von der Basis der Parteien und den Gewerkschaften geleistet wurde, zeigte ihren ersten Erfolg bei der Präsidentschaftswahl 1974, als Francois Mitterrand nur um wenige Zehntel Prozent V. Giscard d'Estaing unterlag. Dieses Wahlergebnis gab dem Bündnis von PS und PC eine neue Glaubwürdigkeit, die für viele Basismitglieder zur Zukunftsgewißheit verklärt wurde: das nächste Mal schaffen wir es!

Die Krise

Dies fiel zusammen mit einer Phase, in der Frankreich in bis dahin unbekanntem Maße von der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise erfaßt und erschüttert wurde. Der schon seit längerer Zeit latente Fall der durchschnittlichen Profitrate, der bis dahin durch die staatliche Fiskalpolitik kompensiert worden war, brach nach der Erhöhung der Ölpreise akut durch, halbierte die Wachstumsrate (von 6 auf 3%), ließ die Inflation auf eine Rate von über 10% anwachsen und führte zu einem drastischen Anwachsen der Arbeitslosenzahlen. Der Außenhandel wurde chronisch defizitär und der Franc verlor kontinuierlich an Wert gegenüber der DM (die BRD ist wichtigster Handelspartner).

Seit der Präsidentschaft Giscard's versuchte die Regierung auf diese Entwicklung mit einer rigorosen Sparpolitik zu antworten, deren Ziel, besonders mit dem „Plan Barre“ 1976 darin bestand, die Massenkaufkraft durch einkommenspolitische Maßnahmen zu reduzieren oder konstant zu halten, während sich der Spielraum für Profite und Investitionen bei einem leichten Wirtschaftswachstum erwei-

2 Confederation Generale du Travail (CGT) – mit der Kommunistischen Partei eng kooperierende, größte Gewerkschaft des Landes. Confederation Francaise Democratique du Travail (CFDT) – die Mehrzahl der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder der PS arbeitet in der CFDT.

terte. Mit anderen Worten: Aufbesserung der Profitrate durch Senkung der Löhne.

Auf diese Politik reagierten Sozialisten, Kommunisten und Gewerkschaften mit einer gewaltigen Mobilisierung, Streiks, Demonstrationen und einer Aufklärungskampagne, die immer wieder das gemeinsame Programm als Grundlage einer alternativen, an den Bedürfnissen des Volkes ausgerichteten Politik präsentierte. Dies zeitigte auch Erfolge: von Nachwahl zu Nachwahl wurden die Ergebnisse der Linken besser, bei den Kantonalwahlen und dann bei den Gemeindewahlen erreichte die Vereinigte Linke weit über 50%. Doch diese Erfolge veränderten auch das Kräfteverhältnis innerhalb des Linksbündnisses. Noch bei der Präsidentschaftswahl 1969 (Pompidou) erreichten die Kommunisten ihre 22%, während G. Defferre als Kandidat der sozialistischen SFIO lediglich auf 12% kam. Jetzt zeigten Wahlergebnisse und Meinungsumfragen, daß die Sozialisten deutlich vor der PC lagen, was nach damaligen Spekulationen im neuen Parlament zu einem Verhältnis von zwei PS-Abgeordneten für einen Kommunisten geführt hätte.

Entwicklung der PS

Doch diese verbesserte Wahlposition ging auch mit einer Veränderung der politischen Inhalte einher. Schon während seines Präsidentschaftswahlkampfes hatte F. Mitterrand versucht, sich „über die Parteien“ zu erheben und dabei auf Leute zurückgegriffen, die außerhalb des Linksbündnisses standen oder es sogar zeitweilig bekämpft hatten. Wichtigster Vertreter war Michel Rocard, damals Generalsekretär der PSU, einer damaligen Abspaltung der SFIO, die jahrelang von der extremen Linken her gegen die autoritären Kommunisten und das staatsbürokratische gemeinsame Programm polemisiert hatten, nun aber erkennen mußten, daß sich diese Strategie doch als erfolgreiche entpuppte.

Etwas ungeduldig und nicht ohne Ehrgeiz verließ Rocard seine Partei, die PSU, nahm ein Drittel ihrer Mitglieder mit sich und schloß sich im Oktober 1974 der PS an. Gleichzeitig stieß ein Teil der CFDT Gewerkschaft nun neu zur PS. Auf dem Parteitag im Frühjahr 1975 wurde Rocard und einige seiner Anhänger von Mitterrand mit einem Sitz im Sekretariat (der „Parteiregierung“) belohnt; zugleich nutzte Mitterrand seine durch den Wahlausgang gestärkte Position, um den CERES³ aus den Führungsinstanzen zu vertreiben und die seit Epinay erfolgreiche Koalition zu brechen, die die PS auf den Weg der Linksunion und des PCG geführt hatte. Von nun an verwässerten sich langsam die Positionen der PS; statt „Bruch mit dem Kapitalismus“ wurde zunehmend der Akzent auf „Regierungspartei – Verwaltung von Wirtschaft und Staat“ gesetzt. Rocards vorsich-

3 Centre d'Etudes, de Recherches et d'Education Socialiste (CERES) – Organisation des linken Parteiflügels der Sozialisten.

tige Äußerungen über den Nutzen des Marktes entlockten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung den – verfrühten – Jubelruf: „die PS steht vor ihrer Godesberger Wende“. Die Strategie der Verwässerung, der Anpassung an die herrschende Ideologie, um nicht zu verunsichern, fand ihren Höhepunkt auf dem Parteitag in Nantes im Juni 77, als Mitterrand sich sonnenköniglich feiern ließ und über die Kommunisten bemerkte: „Wenn sie uns bisher doch gute Dienste geleistet haben, so spricht jetzt kaum ein Grund dagegen, sich ihrer zu entledigen“ und die von weitesten Teilen der Parteibasis geforderte „Synthese“ mit dem CERES mit den Worten vom Tisch fegte: „dies Problem ist für mich weder wichtig noch interessant“.

Das Scheitern der Union

Nach diesem sozialistischen Parteitag muß bei der Führung der PC die Entscheidung gefallen sein, unter diesen Umständen nicht mit der PS an die Regierung zu gehen. Als im Sommer/Herbst die Verhandlungen über die „Aktualisierung des PGG“, die die Forderungen von 1972 auf den Stand von 1977 bringen sollten, begannen, gelang es ihnen nicht, den Sozialisten die gewünschten „Garantien über die Machtverteilung“ abzurufen. So nahmen sie den Streit über die Anzahl der zu nationalisierenden Filialen der Großkonzerne (98%, 50% oder 25% Beteiligungen) zum Anlaß, um im September die Verhandlungen abzubrechen. Beide Parteien lieferten sich umgehend erbitterte Polemiken über die Schuld an diesem Scheitern.

An der Basis von PS und PC, in der Arbeiterschaft und unter weiten Teilen linken Wählerschaft brach damit eine Hoffnung zusammen, die in Wirklichkeit eine Illusion geworden war, denn das Programm Commun, als Fundament der linken Einheit angepriesen, war nie zu einem Instrument der Linken geworden. Es hatte die Funktion dessen, was Sorel einen „mobilisierenden Mythos“ nannte; die Massen glaubten daran – die Führer nicht. Mitterrand sprach einmal von der „Pandorra-Büchse“ des gemeinsamen Programms. Zwischen den Führungsstäben der beiden Parteien herrschte stets weitestgehende Unkenntnis und Mißtrauen über die Absichten des anderen. Kontakte fanden in der Regel nur durch das offizielle „Verbindungskomitee“, statt. Politische Konzeptionen wurden ohne jede Rücksprache mit dem Partner entwickelt und erst nachträglich und meist öffentlich miteinander konfrontiert. Das unzugängliche Verhalten der Kommunisten, die trotz ihres 22. Parteitages bis heute sich nicht aus einer ghettoartigen Isolation befreien konnten, hat sicher nicht dazu beigetragen, den Antikommunismus gewisser Sozialisten zu überwinden. Der CERES jedoch, dessen Führer die Gefahr einer nicht genügend festgefügtten Allianz seit Jahren vorhergesehen hatten, war an einer doppelten Weigerung gescheitert: die PC hatte 1972 die „Einheit an der Basis“ zurückgewiesen, und die Führung um Mitterrand hatte

den CERES in der PS in die Ohnmacht der Minderheit verwiesen. So blieb jeder Weg zu einer neuen Einigung versperrt, und die daraus resultierende Enttäuschung und Demobilisierung führte im März 1978 zu dem Wahlergebnis, das man kennt. (vgl. SPW 1)

Die Strategie der Bourgeoisie

Für die Bourgeoisie war das Wahlergebnis mehr als eine gewonnene Schlacht; es wurde zum Wendepunkt: die Linke zerstritten, zerstückelt und diskreditiert – so hatte die Rechte nun freie Fahrt für eine Politik, die sie vorher nur mühsam, vorsichtig und in abgeschwächter Form durchführen konnte. Erleichternd kam hinzu, daß das Wahlergebnis auch innerhalb der Rechten die Gewichte verschoben hatte. Mit dem Entstehen einer neuen politischen Formation, der UDF (Union pour la Democratie Francause) die die nichtgaullistische Rechte vereinigte, fand die imperialistische Fraktion der französischen Bourgeoisie, deren Interessen mit der Internationalisierung des französischen Kapitals und der neuen internationalen Arbeitsteilung verbunden sind, welche sich heute unter amerikanischer Vormacht abzeichnet, einen politischen Ausdruck im Parlament, den sie zuvor nur im Staatspräsidenten hatte. Diese Fraktion, die sich als die „moderne, fortschrittliche“ gibt, war unter Pompidou zur ökonomischen, unter Giscard zur ideologischen Hegemonie⁴ gelangt und hatte nun auch die Hegemonie im Staatsapparat über die anderen Fraktionen erlangt, die mehr an das nationale monopolistische und nichtmonopolistische Kapital gebunden sind und hauptsächlich vom Gaullismus politisch vertreten wurden. Aus dieser Verschiebung des Kräfteverhältnisses ergeben sich auch wichtige Konsequenzen für die Innen- und Außenpolitik. Wichtigstes Ziel wird die „Modernisierung“ der französischen Wirtschaft und die Steigerung der Produktivität sein, um auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähig zu bleiben oder zu werden. Dazu müssen einerseits die Kosten reduziert werden, und andererseits die Profite erhöht, um die zur „Modernisierung“ notwendigen Investitionen finanzieren zu können. Raymond Barre verarbeitete dies zu einem homogenen Konzept, dem „neuen“ französischen Liberalismus. Die deflationistische Einkommenspolitik wird fortgeführt, wodurch die Lohnkosten sinken und das Handelsbilanzdefizit wegen der geringen Importnachfrage langsam reduziert wird. Neu hinzu tritt eine Industriepolitik, die die Anpassung der Strukturen an die internationale Arbeitsteilung durch eine stärkere „Mobilität“ der Kapitale sucht. Dies geschieht durch Aufhebung der staatlichen Preiskontrollen und der Subventionen durch den öffentlichen Sektor, was in dem hochmonopolisierten Wirtschaftssystem zum Zusammenbruch ganzer Industriezweige und zahlreicher kleiner und mittlerer Betriebe führt. Die Arbeitslosenzah-

4 Vorherrschaft

len schnellen auf nie gekannte Höhen (1,5 Mio Anfang 1979). Innerhalb eines halben Jahres nimmt die Nachfrage am Arbeitsmarkt um 200 000 zu. Die Aufhebung der Preiskontrollen im Juni heizt die Inflation an (11 - 12%). Als das Gebäude der Sozialversicherungen folglich ins Wanken gerät, bricht die Regierung Barre ein Wahlversprechen und erhöht die Beitragszahlungen, was den Zuwachs der Massenkaufrkraft für ein Prozent im Jahre 1978 beschränkt. Gleichzeitig nehmen die Profite der Industrie um 9% real zu (d. h. abzüglich der Preissteigerungen) und erhöhen sich die verfügbaren Gewinne der Firmen um 32%! (vgl. *Le Monde* 20/12/78). Die Außenpolitik des giscardistischen Frankreichs findet zwei Orientierungen: Rohstoffsicherung und Einfügung ins atlantische System (wozu auch die enge Zusammenarbeit mit der BRD gehört). Schon im Mai konnte Giscard seine neue Stärke demonstrieren: mit Hilfe französischer Fallschirmjäger wird im kupferschweren Zaire ein Regime an der Macht gehalten, von dem, laut Tanzanias Staatspräsident Nyerere, „jedermann weiß, daß es korrupt, verbrecherisch und eine Bande von Mördern“ ist. Doch während der imperialistische Charakter des Giscardismus nach außen deutlich zutage tritt (1978 war Frankreich in vier militärische Konflikte verstrickt: Zaire, Tschad, Mauretanien, Komoren), wird nach innen das freundlich-liberale Gesicht der „Öffnung“ proklamiert. Der neue Herrschaftsblock des Bürgertums steht auf wackligen Füßen und bedarf einer Erweiterung des gesellschaftlichen Konsenses. Deshalb Giscard's ständiges Werben um die linke Mitte und sein Wunschtraum von einer „französischen Sozialdemokratie“. Das Scheitern der Linksunion hat nun den Hoffnungen neuen Auftrieb gegeben, daß man soziologisch gesehen Teile der „neuen“ Lohnabhängigen (Ingenieure, höhere und leitende Angestellte, Techniker, etc.), der öffentlichen Technokratie und den Teil der Intellektuellen und Wissenschaftler, die sich an den USA orientieren, politisch gesehen einen Teil der „liberalen, anti-autoritären“ Linken in den herrschenden Block der Bourgeoisie integrieren könnte. Dies gibt nun der Diskussion um die zukünftige Strategie der Linken neue Brisanz und Bedeutung. Dabei konzentriert sich das Interesse zunehmend auf die Entwicklung der Sozialistischen Partei – aber nicht, wie viele Mitglieder langezeit fälschlich angenommen haben, weil die sozialistische Ideologie übermächtig geworden wäre, sondern weil dies der „wacklige“ Teil der Linken ist, wo die Bourgeoisie am ehesten hoffen kann, Teile herauszubringen.

Der Zustand der PC

Dabei ist der Zustand der PC nur vom äußeren Schein her besser als der der PS. Ziemlich bald nach den Wahlen kam es zur offenen Infragestellung der politischen Linie und Führung der PC durch einige Mitglieder der Basis und einige namhafte Intellektuelle. Schematisch formuliert forderte eine „Rechtsopposition“ unter der Führung von J. Ellenstein eine größere „Öffnung“ der PC

nach dem Vorbild der italienischen PCI, während eine „Linksopposition“ hinter L. Althusser der Parteiführung die Abkehr vom revolutionär verstandenen Marxismus, ungenügende theoretische Aufarbeitung des Stalinismus und der Kritik am „realen Sozialismus“ vorwarf. Beide Richtungen waren sich jedoch einig in ihrer Kritik der immer noch zu stalinistischen Praxis des demokratischen Zentralismus und der ungenügenden Demokratie im Inneren der Partei. Zwar gelang es der Parteiführung um G. Marchais, die Dissidenten zur Ruhe zu bringen – und viele sehen in der Tatsache, daß dies ohne Parteiausschlüsse vor sich ging, einen weiteren Beweis für die Demokratisierung der PC – aber innerhalb der Mitgliedschaft hat sich eine breite Verbitterung und Desorientierung breit gemacht, die sich in geringer Teilnahme an den Kampfaktionen und einer größeren Anzahl von Parteiaustritten niederschlägt. Die PCF steckt in einer tiefen Krise und ihre Lösung ist nicht abzusehen. „Alles was wir wissen ist, daß wir aus dem Ghetto rauswollen; aber niemand weiß, wo es rausgeht!“ sagte mir ein kommunistischer Freund.

Fraktionskämpfe in der PS

In der PS ist nach der Sommerpause der offene Krieg ausgebrochen. Schon im März, nach der Wahlniederlage hatte Pierre Mauroy, Nr. 2 in der Parteihierarchie, verkündet, das gemeinsame Programm ist tot und wird keine Auferstehung feiern. Da die nächste bedeutungsvolle Wahl ohnehin die Präsidentschaftswahl sei, sei eine mehr autonomistische Strategie angebracht, wo PS und PC sich mit eigenen Programmen präsentieren und dann für den zweiten Wahlgang ein Wahlbündnis bilden. Im September 1978 ging M. Rocard dann zu einem Generalangriff auf die Linie von Epinay über. In einem Radiointerview erklärte er: „Ein gewisser politischer Stil, oder ein gewisser politischer Archaismus ist zum Scheitern verurteilt; man muß wahrhaftiger, näher an den Tatsachen sprechen“. Claude Estier, Pressesprecher der Partei und Gefolgsmann Mitterrands, antwortete darauf: „Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung wissen wir, daß sich hinter Veränderungen des Vokabulars auch immer eine Änderung der politischen Linie verbirgt“.

Seither tobt ein Kampf zwischen Mitterrandisten und Rocardisten, der das etablierte Kräfteverhältnis in der PS zusammenbrechen ließ, neue Ströme und Flügel hervorbrachte und an Schärfe noch dadurch gewann, daß in der Presse Berichte auftauchten, wonach Rocard 1981 anstelle Mitterrands Präsidentschaftskandidat werden wolle. Dabei sei Pierre Mauroy als erster Sekretär der PS vorgesehen – F. Mitterrand dürfte von der politischen Bühne abtreten. Seither tauchen regelmäßig Meinungsumfragen auf, die „beweisen“, daß Rocard im Volk (im Gegensatz zur Partei) über gleiche oder größere Popularität verfüge wie Mitterrand. Dabei wird deutlich, daß hinter Rocard einflußreiche Kräfte hoffen, die PS auf französische Weise „Bad Godesbergisieren“ zu können.

Die Divergenzen

Die Diskussion und die Widersprüche lassen sich auf folgende fünf Punkte reduzieren:

1. Bruch mit dem Kapitalismus

F. Mitterrand hat wiederholt hervorgehoben, daß dies die Generallinie von Epinay ist: „die Krise erfordert mehr denn je die drei großen Achsen des Bruchs — einen Plan, einen erweiterten öffentlichen Sektor, die Dezentralisierung der Macht“. Für die CERES verläuft der Bruch in folgende Richtung: „Eroberung und Transformation des Staates, Nationalisierung und Plan, neue Wirtschaftspolitik, autonome Massenbewegungen, Klassenfront, internationale Solidarität“. Doch für Pl Viveret, einen engen Mitarbeiter Rocards, bedeutet vom Bruch zu sprechen, „den Gipfel der Doppelzüngigkeit zu erreichen. Mit dieser Art von Formel bereitet man die Partei nicht auf eine wirkliche Veränderung der Gesellschaft vor“.

2. Marktwirtschaft

Rocard ist hier deutlich: „Nennen wir eine Katze ‚Katze‘: alle Versuche, Risiko und ökonomische Sanktionen verschwinden zu lassen, haben zur Konstruktion eines bürokratischen Entwicklungsmodells geführt“. Mitterrand dagegen: „Der Markt, gegründet auf dem freien Wettbewerb, ist nicht mehr Regulator der Wirtschaft. In zahlreichen Bereichen unseres wirtschaftlichen Lebens hat er sogar aufgehört zu existieren... Wir glauben, daß die großen Entscheidungen zum Nutzen unseres Volkes in Kenntnis und Konfrontation der Interessen, Bedürfnisse und demokratischen Bestrebungen auf allen Ebenen diskutiert werden müssen und nicht dem Gesetz derer unterworfen sein dürfen, die unter dem Deckmantel des Marktes ihre Diktatur ausüben — Monopole, Multis und Bankherren“.

3. Staat und Nationalisierungen

Rocard: „die Einführung des Sozialismus in Frankreich führt nicht über die Verstärkung des bereits omnipotenten Verwaltungsapparates“. CERES: „Sich nicht der Hebel des Staates zu bedienen, hieße sich die Hände abzuschneiden. Wenn wir uns nicht seiner bedienen, wird sich der Staatsapparat gegen uns wenden“. Mitterrand: „Wenn man den Staat als den privilegierten Agenten der Diktatur der Geldbourgeoisie zerstören muß, so werden wir durch die Übernahme der Staatsmacht über das entscheidende Mittel zum Handeln verfügen... Zu glauben, die Basis könne mit Instinkt die Probleme lösen, die nur eine methodische Organisation anpacken kann, würde uns zurück in die Utopie“.

4. Linksunion

CERES: „Es gibt in Frankreich gegenwärtig keine Alternative zur Strategie der Linksunion, weder für die PS noch für PC“. Mitterrand will zwischen PS und PC ein politisches und soziales Kräfteverhältnis schaffen, das die PC zwingt, ihre gegenwärtige Position zu revidieren, wenn die Kommunisten feststellen, daß

diese Position ebenso ruinös für sie selber wie für die ganze Linke ist, werden sie vielleicht nachdenken!"

M. Rocard hingegen möchte die PC „an den Rand drängen“ und vertritt „Festigkeit gegenüber der PC und Vertiefung der sozialistischen Identität“. Z. B. so: „Wie sollte man nicht die dramatischen Konsequenzen feststellen, welche seit zwei Jahren die wohlüberlegte Haltung der PC hervorruft, die darin besteht, den Franzosen nicht die Wahrheit über die wirtschaftliche Strenge und Genauigkeit zu sagen, welche jede Politik der tieferen Gesellschaftsveränderung erfordert. Wie sollten wir nicht beunruhigt sein über das Echo, das diese Haltung in unserer eigenen Partei findet?“

5. Europa

In diesem Punkt sind Rocard und Mauroy engagierte Proeuropäer und suchen die Zusammenarbeit mit den anderen sozialdemokratischen Parteien. Mitterrand hält eine Mittelposition („ein freies Frankreich in einem unabhängigen Europa“). Der CERES hingegen vertritt eine antieuropäische Linie mit dem Argument: „Die alleinige Suche europäischer Solidaritäten ist eine Sackgasse, wegen des Gewichts Deutschlands, welches seine Vergangenheit, seine Teilung, seine prekäre Lage im Herzen Europas, sein konservatives politisches Gleichgewicht und schließlich seine in der ganzen Welt verbreiteten Interessen an die USA schweißen... Wenn es auch klar ist, daß die Rechte jedes Interesse hat, Frankreich an die Bundesrepublik zu hängen, so ist das Interesse der Linken das Gegenteil: Man muß das Kräfteverhältnis in Europa umkehren... Zuviel Verbindungen wurden zwischen beiden Völkern gewoben und zusehr verpflichtet die geographische Nähe, die Erinnerungen an die Geschichte, der Reichtum beider Kulturen, die Zukunft als etwas gemeinsames anzusehen, als daß die Linke einem üblen antideutschen Chauvinismus überlassen bleiben könnte. Allerdings bedeutet eine tiefe und dauerhafte Entente zwischen einem Frankreich, das sich auf dem Weg zum Sozialismus befindet und der Bundesrepublik von heute, daß letztere auch darin – selbst langfristig ihr Interesse findet.“

Diese Punkte werden die Hauptauseinandersetzung innerhalb der PS bis zum Parteitag in Metz im April 1979 sein. Zum Augenblick, da dies geschrieben wird (Januar 1979), ist ein Ausgang noch nicht abzusehen, obwohl sich folgende Allianzen abzeichnen: die bisherige Mehrheit um Mitterrand hat sich gespalten. Rocard hat einen Bundesgenossen in Mauroy, Bürgermeister von Lille, gefunden. Eventuell wird sich ihm eine andere Gruppierung um Gilles Martinet anschließen. Mitterrand zählt auf seine alten Getreuen aus der Vor-PS-Zeit, auf G. Defferre und auf die neue Generation um Lionel Jospin. Inhaltlich bahnt sich eine Annäherung zwischen Mitterrandisten und CERES an, welche zur Reintegration des CERES in die oberste Parteiführung führen könnte. Vom CERES hat sich jedoch seinerseits auf dem Colloquium vom 16./17. Dezember 1978 eine kleine Minderheit (5% der Delegierten) abgespalten und scheint sich auf Rocard/Mauroy zuzubewegen. Es ist noch unklar, welche Konsequenzen dies an der

Basis haben wird und welche der beiden möglichen Koalitionen die Mehrheit bei den Parteiwahlen erhalten wird. Die Zukunft des Sozialismus in Frankreich hängt davon ab.

Die Rolle der Gewerkschaften

Abschließend ein Wort zu den Gewerkschaften. Auch sie werden von ähnlichen Schwierigkeiten erschüttert wie die politische Linke. Die Strategie von CGT und CFDT, den beiden größten Gewerkschaften hieß, bis zu den Wahlen: Gemeinsames Programm – soziale Wende durch linke Macht im Staat. Nach dem Scheitern der Linksunion wandte sich die CFDT von diesem Konzept, dem sie sich erst 1974 angeschlossen hatte, wieder ab, kritisierte den „Attentismus“⁵ der CGT und vertrat eine „Rückbesinnung auf gewerkschaftliche Arbeit“, die sich an konkreten Zielen orientiert, Teilresultate erreichen könne, um so die Selbstbestimmung der Arbeiter zu entwickeln. Die CGT, von deren 2,5 Millionen Mitglieder 500 000 Kommunisten und nur 30 000 Sozialisten sind, bleibt weiterhin stark an die PC angelehnt und vertritt deren Konfrontationspolitik gegenüber der PS in den Betrieben. Da die sozialistische Partei aber selbst praktisch über keinen Apparat in den Betrieben verfügt, bleibt die Konfrontation auf dieser Seite der CFDT überlassen.

Von der Frage, wie und ob sich die PS auf Dauer in der Arbeiterschaft einpflanzen wird, hängt es ab, ob das Erstarren der letzten Jahre Dauer erhalten wird. Dabei setzt Rocard stärker auf die Zusammenarbeit mit der CFDT, während der CERES die Gründung von Betriebsgruppen der Partei vorantreiben möchte.

Es ist schwer, heute eine Voraussage über die weitere Entwicklung der Linken Frankreichs zu machen, aber man versteht, warum die Wahlniederlage vom März 1978 so katastrophale Wirkungen haben konnte. Victor Serge hat geschrieben: „Das Proletariat hat keine andere Schule als den Kampf. Ausgebeutete, unterdrückte Klasse, definitionsgemäß Klasse der Besiegten, lernt sie in den Umschwüngen zu siegen. Und ihre beeindruckendsten Niederlagen werden gelegentlich zu fruchtbaren Siegen“.

Für Frankreich kann man nur hoffen!

Norman Paech

Die neokoloniale Stoßrichtung der westeuropäischen Integration*

I. Ausgangsbedingungen der Integration

Die zentralen Faktoren für den wechselvollen Prozeß, mit dem die westeuropäischen Staaten nach dem 2. Weltkrieg an den Wiederaufbau ihrer Ökonomien und die Regelung ihrer Beziehungen untereinander gingen, lagen in den Widersprüchen des internationalen kapitalistischen Systems und seiner Konkurrenz zu den sozialistischen Staaten. Die westeuropäischen Länder hatten ihre Führungsposition an die USA abgegeben und beider Interesse an der Integration widerspiegelten auf der Seite der USA ihr Interesse an der Rekonstruktion der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung unter amerikanischer Hegemonie, auf der Seite der westeuropäischen Staaten das Interesse an der Aufhebung der Widersprüche und Rivalitäten untereinander, um die Konkurrenzposition gegenüber den USA zu verbessern. So kam es, daß die beiden bedeutendsten Wiederaufbau- und Integrationsorganisationen unmittelbar nach dem Krieg, der Marshall-Plan (European Recovery Program) und die OEEC (Organization for European Economic Cooperation) allen als Instrument ihrer unterschiedlichen Interessen diente: den USA zur Sicherung ihrer Vorherrschaft über den kapitalistischen Wiederaufbau Westeuropas, den westeuropäischen Ländern zur Überwindung ihrer internen politischen und ökonomischen Schwierigkeiten.

Dieses widersprüchliche Konzept wurde vor allem durch den aus der Systemkonkurrenz herrührenden antisozialistischen Inhalt, die Konfrontation mit den sozialistischen Ländern zusammengehalten. Das Ziel einer globalen weltwirtschaftlichen Integration unter kapitalistischen Vorzeichen ließ die innerimperialistischen Rivalitäten zurücktreten, ohne daß sie in der Folge des Integrationsprozesses überwunden werden konnten. Die nationalen Widersprüche, die insbesondere auf die Hegemonieansprüche Frankreichs und der Zurückhaltung Großbritanniens gegenüber der „Europaideologie“ beruhten, blieben eine der Hauptbedingungen der Einigungsbestrebungen. Das Kernproblem in jener Nachkriegszeit bildete dabei der französisch-deutsche Gegensatz, der sich darin ausdrückte, daß Frankreich seine politische Vorherrschaft gegenüber dem dynamischen Wirtschaftspotential der BRD durch eine wirksame Kontrolle mittels des europäischen Zusammenschlusses zu sichern versuchte.

Aber es waren nicht nur jene innerimperialistischen Rivalitäten und ihre gemeinsame Konfrontation mit dem sozialistischen System, die die verschiedenen Stufen der Integrationsbemühungen von der OEEC über die NATO, die Montanunion (EGKS), die gescheiterte EVG bis zur EWG und Euratom bestimmten. Der

* Der Aufsatz wurde für die Mittelmeerkonferenz in Bremen im Juni 1978 erstellt.

forcierte Aufbau der z. T. zerstörten Ökonomien erforderte zum einen Rohstoffe, die in Europa nicht vorhanden waren, zum anderen Märkte, die der Internationalisierung der Verwertungsbedingungen des Kapitals den notwendigen Spielraum eröffneten. Dies waren die beiden Eckpfeiler der neokolonialen Stoßrichtung der westeuropäischen Integration von Anfang an.

II. Etappen bis zur EWG

Auch hier nahm Frankreich mit seinem zwar langsam zerfallenden aber immer noch existenten Kolonialbesitz eine Schlüsselrolle ein. Die Politik der USA war auf eine Schwächung der kolonialen Positionen Frankreichs und Großbritanniens gerichtet, der Frankreich im Nachkriegswiederaufbau kein Gegengewicht entgegenzusetzen hatte, es sei denn, die Sicherung seiner Einflußsphären kollektiv unter Hinzuziehung anderer imperialistischer Staaten zu organisieren. Das bedeutete zwar einen realen Verlust an eigenem Einfluß, ermöglichte aber die Kolonialpolitik fortzuführen. Darüberhinaus bot sich über eine solche Kooperation die Möglichkeit, Westdeutschland fest in die westliche Interessensphäre einzubauen und die französische Vorherrschaft zu stabilisieren.

Das erste Angebot erfolgte 1950, als R. Schumann in einer Rede in Paris anregte, der neu zu bildenden Montanunion auch die Aufgabe einer „Entwicklung des afrikanischen Kontinents“ zu übertragen. Dieses war ein eindeutiges Kooperationsangebot an das wiedererstarkende westdeutsche Industriekapital, in den abhängigen französischen Überseegebieten zu investieren. Es nahm den Vorschlag sofort auf, da es eine Lösung verschiedener nach dem Kriege schon bald auftauchender Probleme verhieß.

Kennzeichnend für die deutsche Nachkriegsentwicklung war ein starkes, staatlich gefördertes Tempo der Inlandinvestitionen verbunden mit hoher Exportorientierung. Der Staat beschleunigte durch seine Umverteilungspolitik die Konzentration und Zentralisation des Kapitals und trug dazu bei, daß das relativ überschüssige Kapital in Form fixen Kapitals nicht exportiert werden konnte. Statt dessen diente ähnlich wie in Japan zunächst der Warenexport als Mittel, der wachsenden Überproduktion Herr zu werden und die Internationalisierung der Kapitalbeziehungen voranzutreiben. Die historische Benachteiligung der BRD gegenüber den alten Kolonialmächten, über keine traditionellen Einflußgebiete und Absatzmärkte zu verfügen, mußte überwunden werden. Die Märkte Nordafrikas boten sich deshalb als eine mögliche Lösung an, zumal die Westmächte auf die Einschränkung des westdeutschen Osthandels drängten. Hinzu kam die von Anfang an offenstehende Frage der Rohstoffversorgung.

Hinter der Entscheidung, die geplante Montanunion nicht auf die überseeischen Besitzungen der Mitgliederstaaten zu erstrecken, stand damals noch jener Kolonialegoismus, der auf die eigene Stärke baute.

1952 legte der Europarat den sog. Straßburgplan vor, der „die Hebung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den verfassungsmäßig mit ihnen verbundenen überseeischen Gebieten“ herbeiführen sollte. Dieser von Engländern und Franzosen initiierte und von westdeutscher Seite stark propagierte Plan sollte „zwischen der kollektivistischen Zone (des Ostens) und dem Dollarraum einen Wirtschaftsraum (...) schaffen, der fähig ist, ein Gleichgewicht im Handelsaustausch mit den vorgenannten Räumen her(zu)stellen“. Die Beteiligung Westdeutschlands war in umfangreichen Lieferungen industrieller Ausrüstungsgüter vorgesehen, da „diese Lieferungen an neue Länder die einzig mögliche Alternative zu der Belieferung der Länder der sowjetischen Sphäre sei, die früher einen bedeutenden Markt für die deutsche Industrie darstellten“. Das entscheidende Mittel sah man „in der Steigerung der Rohstoffproduktion und der tatsächlichen Nachfrage (nach europäischen Waren) in Übersee“. Auch die Einrichtung eines Industriefonds war bereits geplant.

So plausibel die gemeinsamen Vorteile einer solchen imperialistischen Kooperation auch waren, im Frühjahr 1954 wurde der Plan durch die OEEC abgelehnt. Als im Oktober 1954 auch die EVG scheiterte, war der Straßburgplan für einige Zeit vom Tisch. Mitentscheidend für das Scheitern waren damals die USA, die gegen den Plan bei der OEEC intervenierten, weil sie realistischerweise erkannten, daß ihr mit der Verwirklichung des Planes ein Konkurrent erwachsen würde, der sie nicht nur in Afrika herausfordern könnte.

Etwa gleichzeitig war die französische Regierung daran gegangen, ihren alten Plan, in Nordafrika auf der Grundlage der dort vorhandenen Rohstoffe ein leistungsfähiges Industriegebiet (vor allem Rüstungs- und Luftfahrtindustrie) aufzubauen, mit westdeutscher Hilfe zu verwirklichen. Dem dienten sowohl Verhandlungen auf der Grundlage des nach dem ehemaligen Generalresidenten in Marokko, Erik Labonne, genannten Planes, als auch die Wirtschaftsgespräche im Oktober 1954 zwischen Mendes-France und Adenauer in La Celle St. Cloud. Inzwischen hatte auch Frankreich zunehmend Schwierigkeiten, seine Kolonien und abhängigen Gebiete zu halten. Der Erfolg allerdings auch dieser Kooperationsversuche war gering. Die Errichtung einer deutsch-französischen Handelskammer, die lediglich 10%ige Beteiligung westdeutscher Unternehmen an Gemeinschaftsprojekten und der 100 Mio DM Kredit westdeutscher Banken unter der Führung der Kreditanstalt für Wiederaufbau für Infrastrukturprojekte in Marokko erfüllten die westdeutschen Erwartungen nicht. Insbesondere konnte die Bundesregierung sich nicht mit dem französischen Wunsch nach Absatzgarantien für die Produkte aus den Kolonien befreunden und stand dem Investitionsfonds ablehnend gegenüber, da sie nicht ohne Grund vermutete, mit seiner Hilfe mehr französische als deutsche Projekte zu finanzieren.

Von der westdeutschen Zustimmung zu diesem Investitionsfonds machte Frankreich dann schließlich auch seine Zustimmung zur Assoziierung der französischen Überseegebiete an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft abhängig.

Die Motive, die die westdeutsche Regierung zur Aufgabe ihres Widerstandes veranlaßt hatten, gab Walter Hallstein in einer Erklärung vom 21.3.1957 an: „Die Bundesregierung habe sich veranlaßt gesehen, ihre Zustimmung zu geben, da es der Bundesregierung nicht gleichgültig sein könnte, ob die Entwicklung dieser überseeischen Gebiete fortschreite, zumal eine Verstärkung der kommunistischen Infiltrationsversuche in weiten Teilen Afrikas zu befürchten sei, wenn die europäischen Staaten keine Hilfe leisten“.

Der wechselvolle Gang der europäischen Kooperationsversuche bis zur Assoziierung afrikanischer Staaten an die neugegründete EWG hat zwei wesentliche Momente offengelegt, die für die weitere Entwicklung wichtig waren:

1. Trotz aller verbrämten karitativen und humanitären „Hilfe“-Beteuerungen lag die Notwendigkeit westdeutscher Afrika-Interessen nach dem zweiten Weltkrieg in erster Linie in der Sicherung von Absatzmärkten und der Rohstoffversorgung. Die Kooperation mit den anderen europäischen Staaten, insbes. Frankreich, wurde eine immer dringlichere Forderung zur Unterstützung der Politik der Nichtanerkennung der DDR in den Staaten der Dritten Welt. Sie verband der gemeinsame Kampf gegen das Vordringen des Kommunismus in der Absicht, das imperialistische System zu stabilisieren und seinen weltweiten Einfluß zu sichern.

2. Offenbar geworden ist schon in dieser frühen Phase die Labilität imperialistischer Kooperations- und Integrationspläne. Obwohl Frankreich immer dringender ausländisches Kapital zur Sicherung seiner Positionen in den abhängigen Überseegebieten benötigte, hinderten doch die manifesten ökonomischen und politischen Rivalitäten eine vertragliche Umsetzung des ‚divide et impera‘. Die Neuaufteilung der nachkolonialen Einflußsphären in Afrika, wie sie faktisch durch die Assoziierung der 18 afrikanischen Staaten vorgenommen wurde, war kein Akt freiwilliger Kooperation, sondern durch die ökonomische Entwicklung des Monopolkapitals diktiert.

III. Neue Bedingungen für die Monopolpolitik

Die verschiedenen Ansätze zur Bildung zwischenstaatlicher Systeme, ob Straßburgplan, EVG oder EWG, waren die politischen Reaktionen auf die gemeinsamen Entwicklungsschwierigkeiten des Kapitalismus in seinen unterschiedlichen nationalen Ausprägungen. Die Frage zwischenstaatlicher und überstaatlicher Formen stellte sich zunehmend mit der Ausweitung der weltwirtschafts-Beziehungen, der Internationalisierung von Kapital und Arbeit, der Verschärfung der Konkurrenz und der stärkeren Krisengefährdung des Reproduktionsprozesses. Diese Bedingungen waren 1958 mit dem Inkrafttreten der Römischen Verträge noch nicht vollständig entfaltet, die Verwertungsschwierigkeiten auf den Binnenmärkten und die innerkapitalistische Konkurrenz hatte jedoch bereits

solche Formen angenommen, daß internationale Organisationsformen zur Lösung der Schwierigkeiten gefunden werden mußten.

Trotz der Notwendigkeit der Übertragung gewisser Souveränitätsteile auf die internationalen Organisationen, büßten die Nationalstaaten nichts von ihrer Bedeutung ein, sondern gewannen noch zusätzliche Aufgaben. Zoll- und Währungspolitik, regionale und sektorale Wirtschaftsförderung, Forschungs- und Entwicklungspolitik – diese Aufgaben liegen auch heute nach wie vor zum größten Teil beim Nationalstaat. Auch die Internationalisierung staatlicher Strukturen ist von der nationalstaatlichen Souveränität abhängig. Ihr bisher sichtbarstes Ergebnis, die beschleunigte internationale Konzentration und Zentralisation verdrängt nicht die Konkurrenz, zwingt ihr nur neue Formen auf. Die ungleichmäßige Entwicklung der Produktivkräfte in den einzelnen Sektoren und Branchen wirkt sich auch auf das unterschiedliche Entwicklungstempo der einzelnen Länder aus und läßt den Kampf um Einflußgebiete immer neu entbrennen. Integration ist insofern nur eine weitere Methode zur Neuaufteilung und Sicherung der Einflußsphären. Bündnisse, Kartelle und Allianzen halten nur solange, wie das ökonomische Gleichgewicht gewahrt ist; da das langfristig unmöglich ist, platzen sie immer wieder.

Aufgrund dieser internationalen Neuordnung des Kräfteverhältnisses mußten die westeuropäischen Länder ihre Beziehungen zu den schwach entwickelten Ländern neu bestimmen. So lautet Art. 131 des EWG-Vertrages: „Ziel der Assoziierung ist die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete... Die Assoziierung soll in erster Linie den Interessen der Einwohner dieser Länder und Hoheitsgebiete dienen und ihren Wohlstand fördern, um sie der von ihnen erstrebten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung entgegenzuführen“. Man braucht den damaligen Parlamentsdebatten durchaus nicht die subjektive Ehrlichkeit der Zielsetzung abzuspochen. Betrachtet man jedoch das vorhersehbare Ergebnis der Entwicklung, so gibt es keinen Zweifel an der Kontinuität der alten Ziele: Neuaufteilung und Sicherung der Märkte (Kapitalanlage-, Waren- und Rohstoffmärkte); Zurückdrängung des Einflusses des sozialistischen Systems und Paralyse der Befreiungsbewegungen; Spaltung der Solidarität der Entwicklungsländer; Sicherung militärstrategischer Basen.

In einem Bericht der EWG-Kommission heißt es: „Das Mittelmeer ist einer der Punkte, an denen die Sicherheit Europas gefährdet werden könnte. Hier könnte die europäische Einflußnahme zur Wahrung des Friedens zweifellos den stärksten Ausschlag geben. Die Gemeinschaft verfolgt daher mit größter Aufmerksamkeit die Krisen im Nahen Osten, die etwaigen Niederlassungen feindlicher Streitkräfte an benachbarten Küsten und die Bedrohung der Erdölvorsorgung“.

IV. Assoziierung, Instrument des Neokolonialismus.

In die Römischen Verträge vom 19.II.1957 waren alle damals abhängigen Gebiete der Mitgliedsländer automatisch einbezogen. Aber auch nach Erlangung der politischen Unabhängigkeit konnten sich die Länder nicht aus den alten ökonomischen Abhängigkeiten lösen. Die fast ausschließliche Ausrichtung der wirtschaftlichen Tätigkeiten auf die alten Kolonialbeziehungen zwangen sie sämtlichst – mit Ausnahme von Guinea – in die Assoziierungsabkommen, dessen erstes am 20.VII.1963 in Kaoude zwischen der EWG und den Staaten Burundi, Dahome, Elfenbeinküste, Gabun, Kamerun, VR Kongo (Kongo-Brazzaville), DR Zaire (Kongo-Kinshasa), Madagaskar, Mali, Mauretanien, Niger, Obervolta, Rwanda, Senegal, Somalia, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik abgeschlossen wurde. Am 29.7.1969 folgte das zweite Abkommen und zwei Monate später am 24.IX.1969 wurde ein weiteres Abkommen mit Kenia, Tansania und Uganda unterzeichnet. Es folgten Abkommen mit Marokko, Tunesien, Israel, Libanon und der Türkei. Die ökonomischen Interessen (Rohstoffe, Absatzmärkte, Arbeitskräfte) zusammen mit der militärstrategischen Zielsetzung, die Sowjetunion und die osteuropäischen Länder einzukreisen, ließen die historisch gewachsene Stoßrichtung des europäischen Kolonialismus über den afrikanischen Kontinent auf den ganzen Mittelmeerraum übergreifen. Dieses System fand am 28.II.1975 mit der Unterzeichnung des ersten Vertrages von Lome zwischen der EWG und 46 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (inzwischen sind es 50) seine Fortsetzung und wird zumindest in den meisten europäischen Hauptstädten als „Modell fortschrittlicher Entwicklungspolitik“ gewürdigt.

1. Zentrale Faktoren in den Beziehungen der EWG zu den afrikanischen Ländern

Die Struktur des Handels der afrikanischen Länder mit den kapitalistischen Industrieländern ist nicht nur dadurch gekennzeichnet, daß der Anteil jener Länder am Welthandelsvolumen permanent zurückgeht, sondern auch durch die Einseitigkeit des Warenaustausches: 4/5 des Gesamtexportes der afrikanischen Länder in die EG sind pflanzliche und mineralische Rohstoffe (5% Kaffee, Kupfer, Rohholz, Kakao); 1/5 des Exports sind Güter der verarbeitenden Industrie: Säge-, Holzarbeiten, Musikinstrumente, Sport- und Spielwaren, Lederverarbeitung, Elektrotechnik, Schuh-, Textil- und Bekleidungsindustrie. Um diese ungünstigen Relationen zu verändern, hatte es schon im Art. 133 des EWG-Vertrages geheißen, daß eine allgemeine Zoll- und Steuerfreiheit des Warenaustausches in beiden Richtungen erreicht werden soll, um die Rohstofflastigkeit der Entwicklungsländerexporte zu durchbrechen.

Die Assoziierungsregelungen sahen eine einseitige Zollausssetzung für Halb- und Fertigfabrikate zugunsten der afrikanischen Länder vor. Für Agrarprodukte, die den europäischen „gleich oder konkurrierend sind“, bestimmte die Gemeinschaft ein besonderes System, das für die afrikanischen Länder günstiger als für Drittländer ist, aber ungünstiger als die Regelung innerhalb der EWG.

2. Der Europäische Entwicklungsfonds

Der Europäische Entwicklungsfonds verwirklichte die alten Pläne des Investitionsfonds. Jeweils 730 Mio (1. Abkommen) bzw. 900 Mio (2. Abkommen) Rechnungseinheiten (Dollar) sollten den „wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt“ stimulieren, damit die assoziierten Staaten „ihr wirtschaftliches Gleichgewicht und ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit“ erlangen. „Ziel jeder Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern ist die methodische Suche nach einer ausgeglicheneren und der Gegenwart besser angepaßten Verteilung des Wohlstandes in der Welt, also das Bemühen um bessere Lebensbedingungen und freiere Entfaltung des Menschen. Voraussetzung hierfür ist, daß sich die Zusammenarbeit nicht auf die Durchführung von Maßnahmen oder den Einsatz von Mitteln beschränkt, die ausschließlich auf die Entwicklung des Wirtschaftspotentials der Länder der Dritten Welt abzielen. Da der Fortschritt zum Wohle der Menschheit weitgehend durch den Wirtschaftsaufschwung herbeigeführt wird, der die erforderlichen Mittel im Sozialbereich, beim Gesundheitswesen und im Kulturbereich zur Verfügung stellen muß, so liegt es auf der Hand, daß keine Wirtschaftsentwicklung auf Dauer sein kann, wenn nicht gleichzeitig Ausbildungs- und Gesundheitszustand der Menschen, jenen der Wirtschaftsfortschritt zugute kommen soll, verbessert werden.“ Entschieden wird über all dies allerdings in Brüssel und den westeuropäischen Hauptstädten, nicht in den afrikanischen Ländern. Die EG-Kommission prüft die Anträge, wählt aus, verändert die Projekte oder lehnt sie ab und verteilt die Gelder.

3. Im April 1973 griff die EWG-Kommission erstmalig in einem Memorandum die langjährige Forderung nach Stabilisierung der Exporterlöse auf und schlug die Garantie eines Minimalerlöses für die Hauptexportgüter vor, um den Schwankungen des Weltmarktes zu entgehen. Für die Produkte Zucker, Erdnüsse, Baumwolle, Kakao, Kaffee, Bananen und Kupfer sollen allerdings nicht die Preise stabilisiert werden — sie bleiben weiter den Marktschwankungen unterworfen —, es sollen lediglich Ausgleichszahlungen geleistet werden. Das hat zur Folge, daß die Länder die zuvor erhaltenen Zuschläge zurückzahlen haben, wenn die Weltmarktpreise in einem bestimmten Zeitraum über den festgesetzten Satz steigen und die Kontrahenten der EWG entsprechend höhere Erlöse erzielen.

V. Ein neuer Merkantilismus

Entscheidend für die Beurteilung der Auswirkungen der Assoziierungsabkommen sind Fragen, inwieweit eine Umstrukturierung des Warenaustausches gelang und welche Fortschritte die Industrialisierung der afrikanischen Länder gemacht hat.

Mengenmäßig nahm der Export der afrikanischen Länder in die EWG jährlich um 6% im Durchschnitt zu, kein Land vermochte aber Steigerungsraten zu erzielen wie z. B. die BRD (11%) oder Italien (13,4%) mit ihren Exporten in die assoziierten Länder. Wertmäßig ist sogar ein Sinken des Anteils der Assoziierten am Weltexport von 0,97% (1964) auf 0,78% (1970) zu verzeichnen. Darin drückt sich eine beträchtliche Verschlechterung der terms of trade aus, die sich in den Handelsbeziehungen zwischen den Assoziierten und der EWG sogar deutlicher vollzog als im Austausch mit den übrigen Staaten der Erde.

Nach sowjetischen Berechnungen soll der daraus resultierende Devisenverlust zwischen 1958 und 1969 dem Gesamtexport der Länder in die EWG im Jahre 1969 entsprechen. Auch die Veränderung der traditionellen Handelsstruktur zeigt ähnlich enttäuschende Ergebnisse. Der Anteil der Fertigprodukte an den Exporten in die EWG ging 1970/71 von 18% auf knapp 15% zurück; in den Jahren 1962 - 1970 beim Export in die BRD von 10,2% auf 7,2%. Nach wie vor hat der Rohstoffexport die höchsten Zuwachsraten (1959 - 1969: Rohholz 13 - 20,4%; Kakao 30,3 - 55,8%; 1963 - 1969: Eisenerz 2,6 - 7,6%). Damit verfestigten sich die Monostrukturen in diesen Ländern.

Die gemeinschaftlichen Gebrauchszolltarife trugen geradezu merkantilistische Züge, d. h. die nominale Zollbelastung nimmt mit jeder Stufe der Verarbeitung zu. So lag z. B. der Zolltarif für Kakaobohnen bei 4%; für Schokolade bei 30%, für Rohtabak bei 26%, für bearbeiteten Tabak bis zu 154%, für Baumwollgarne bei 6 - 16%, für Baumwollgewebe bei 13 - 16%. Hinzukommen Kontingentierungen und nichttarifäre Handelshemmnisse, sodaß das Hamburger Weltwirtschaftsarchiv zu dem Urteil kam, daß die „Assoziierungspolitik und Präferenzpolitik der EG (...) für die begünstigten Staaten kaum erkennbare präferenzbedingte Verbesserungen ihrer Exportposition ergeben (hat).“

Aber mehr noch, durch eine derartige Politik wird die notwendige Industrialisierung verzögert, weitgehend sogar verhindert. Denn die von den Assoziierten eingeräumten Gegenpräferenzen erlauben ein fast beliebiges Eindringen europäischen Kapitals, welches nicht nur den Staatshaushalten wichtige Einnahmen entzieht (Importzölle), sondern auch den einheimischen Kapitalmarkt ausschöpfen und die Entwicklung nationaler Industrien hemmen kann. So ist es nicht verwunderlich, daß der Anteil der industriellen Produktion am Sozialprodukt kaum stieg. Nur in der DR Zaire erreichte er 25%, in Gabun 24%. In vier anderen Ländern lag er bis Anfang der siebziger Jahre zwischen 9 und 6%, bei den restlichen 12 Ländern unter 6%.

Auch die Finanzhilfe der beiden Entwicklungsfonds hat kaum Mittel für die Industrialisierung bereitgestellt. Die wichtigsten Sektoren waren die Landwirtschaft (1. Fonds : 24,8%; 2. Fonds : 44,2%), die Infrastruktur (44%; 36,2%) und das Unterrichtswesen (19,9%; 10,0%). Und das nicht ohne Grund, denn die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion führte zur Senkung der Preise und zur Sicherung der Exportnachfrage. Ist dieses Ergebnis noch durchaus im Interesse beider Seiten interpretierbar, so muß man doch die überwiegenden Interessen des europäischen Monopolkapitals an der Infrastrukturförderung erkennen. Dieses staatliche Prä-Investment (Häfen, Straßen, Kommunikationsmittel, Energieversorgung) ist zwar Vorbedingung jeglicher Industrialisierung, in der Konzeption der Europäischen Gemeinschaft handelte es sich aber von Anfang an um eine vom europäischen Markt abhängige Industrialisierung.

VI. Schlußbemerkung

Das Resümee der vorangegangenen Thesen lautet: Der Gewinn der europäischen Staaten aus der Assoziierung ist nachweisbar, der der afrikanischen Staaten nicht, eher ihr Schaden. Berücksichtigt man, daß die Länder der EWG 70% der afrikanischen Exporte aufnehmen (nur 1,85% des EWG-Exportes ging in die afrikanischen Länder), so war diese einseitige Abhängigkeit der Ausgangspunkt der Verhandlungen. Wollten die afrikanischen Länder ihre traditionellen Exportmärkte nicht verlieren, mußten sie der Assoziierung zustimmen.

Der grundsätzlich unveränderte neokoloniale Charakter der weiteren Assoziierungsschritte wird im Vorfeld der ab September 1978 beginnenden Verhandlungen um die Verlängerung des ersten Lome-Abkommens über den 1. III. 1980 hinaus deutlich. Der Brüsseler EG-Kommissar für Entwicklungshilfe Cheysson schlug jüngst die Aufnahme der Art. 3 und 5 der Allgemeinen Menschenrechtsklärung in das neue Abkommen vor, um Interventionsmöglichkeiten zu eröffnen, wenn diese Artikel nach Ansicht der Gemeinschaft nicht eingehalten würden. Zudem sollen Industrialisierungsvorhaben der AKP-Staaten auf „sensible“ Produktionszweige in der EG Rücksicht nehmen, d. h. unterbleiben, wenn sie ein Konkurrenzfaktor für die europäische Industrie werden könnten.

Die Linke und Europa heute*

Man kann sehr wohl behaupten, daß, wenn der Gemeinsame Markt nicht existiert hätte, es später nicht notwendig gewesen wäre, ihn einzuführen. In den 50er Jahren von denen geplant, die den Schrecken eines neuen europäischen Krieges vermeiden wollten, entstand er in einer Zeit, als ein solcher Krieg zumindest zwischen den westeuropäischen Mächten sowohl durch den Kalten Krieg als auch durch den atomaren Schutzschild der USA unwahrscheinlich geworden war.

Wurde er anfangs von den USA als eine ökonomische Grundlage für die Rekonstruktion des Kapitalismus in Westeuropa angesehen, so wurde er erst 1958 funktionsfähig, zu einer Zeit also, als diese Wiederherstellung schon längst vollendet war.

Die Liberalisierung des Zahlungsverkehrs wiederum brachte bereits eine andere Institution – die Europäische Zahlungsunion – während eine umfassende Liberalisierung des Handels schon durch das Abkommen über Handel und Zölle eingeleitet wurde, das in den frühen siebziger Jahren zu einem Zollniveau zwischen den einzelnen Mitgliedsländern führte, welches sich nur wenig von den EWG-Außenzöllen unterschied.

Supranationale Bestrebungen

Sicherlich hat vor allem auch das Streben der EWG zur Überwindung des Nationalismus hin zu einer supranationalen Institution viele verblendet, die darin eine Antwort auf den – angeblichen – Niedergang des Nationalen Staates erblickten. Dabei wurde der wichtigste Mechanismus zur Erlangung dieser Supranationalität, das Prinzip der Mehrheitsentscheidung im Ministerrat, schon von de Gaulle durch seine Politik des „leeren Stuhls“ und seinen Rückzug aus den Ratsgeschäften Mitte 1965 gesperrt. Durch die Bestimmungen des Luxemburger Kompromisses vom Januar 1966 wurde von da an Einstimmigkeit in allen wichtigen Entscheidungen von nationalem Interesse verlangt.

Der Entscheidungsbereich, der der Kommission in den Richtlinien der betreffenden Verträge von Paris und Rom zugewiesen wurde, wurde von den größeren Staaten ignoriert bzw. zurückgewiesen, wann immer es ihnen paßte, während die einzige gemeinsame funktionierende Politik – die Agrarpolitik – die möglicherweise schlechteste Agrarpolitik darstellt, die sich die moderne Menschheit je ausgedacht hat.

Die ungerade und ungleiche Entwicklung innerhalb der EG – zwischen Betrieben und Industrien, Ländern und Regionen, sozialen Gruppen und Klassen,

wirft in den verschiedenen Mitgliedsländern der Gemeinschaft unterschiedliche Probleme und Fragestellungen auf. Nicht zuletzt werden von den verschiedenen Fraktionen und politischen Gruppen unterschiedliche Vorstellungen darüber vertreten, welches die wirklichen Bedürfnisse im sozialen und ökonomischen Bereich seien und mit welchen Institutionen man sie am besten in Angriff nehmen sollte.

Aber ungeachtet dieser Tatsachen versucht die EG weiterhin, alle Probleme, so unterschiedlich sie auch sein mögen, auf einen gemeinsamen unangemessenen Nenner zu bringen.

Inzwischen wurde ein mögliches gemeinsames Handeln auf einer internationalen Ebene durch die falschen und überzogenen Hoffnungen und Erwartungen jener Föderalisten vereitelt, die für die außergewöhnlichen Probleme, denen sich die europäischen Staaten gegenübersehen, nur supranationale Lösungen für möglich halten. So wurde die gemeinsame Agrarpolitik niemals von etwas begleitet, das man eine gemeinsame Industriepolitik nennen könnte, trotz mehrerer Gesetzesentwürfe und einer Reihe von die Industrie betreffenden Regelungen innerhalb der letzten 10 Jahre.

Schließlich gibt es keine zusammenhängende soziale Gruppe oder Klasse, die unzweideutig eine supranationale Politik auf föderalistischer Basis unterstützt. Die organisierte Arbeiterschaft, die vor dem Ersten Weltkrieg überwiegend internationalistisch orientiert war, hat sich fraktioniert und auf hauptsächlich nationale Bewegungen aufgeteilt. Sie vertritt eine im wesentlichen reagierende, defensive Position gegenüber dem Kapital und nimmt eine ebenso passive Haltung gegenüber Maßnahmen der Regierungen ein.

Zur selben Zeit haben große Kapitalmengen, die ständig gewachsen sind und bis zum Ende dieses Jahrhunderts noch weit mehr wachsen werden, nicht nur die nationalen Märkte, sondern auch die europäische Arena des Gemeinsamen Marktes selbst überflutet. Das neue multinationale Großkapital profitiert dabei von der Liberalisierung des Kapital-, Arbeits- und Warenmarktes, den die EG mit sich gebracht hat. Aber es braucht und will keine europäische Wirtschaftspolitik, die seine Aktivitäten einschränken könnte; ebenso wenig, wie es eine Währungsunion benötigt (die es sich durch den Eurodollar faktisch schon selbst geschaffen hat).

Die kleinen nationalen Unternehmen hingegen, die durch den Monopolisierungs- und Internationalisierungstrend in den früheren 70er Jahren in Krisen geworfen wurden, haben zunehmend die Regierungen ihrer betreffenden Staaten um Interventionen ersucht. Diese sollen sie vor den Folgen der Liberalisierung eines ungleichen Marktes schützen, in dem die Starken die Schwachen mehr und mehr aus dem Felde zu schlagen pflegen. Daneben hat natürlich das Wiedererstarken nationaler Interventionen dazu beigetragen, die Entwicklung einer Wirtschaftsunion zu hemmen.

Internationale Realitäten

Im allgemeinen haben sich die konservativen Regierungen der Mitgliedsstaaten — und die sogenannten linken Regierungen handeln hier wie Stellvertreter der Rechten — entweder in den Anfangszeiten der EG zum Beitritt entschlossen und sich dann nicht mehr zurückgezogen, oder sie haben in der Mitgliedschaft in einer Organisation, die durch gemeinsames internationales Auftreten die eigene nationale Macht wieder stärken könnte, später einen längerfristigen Vorteil erblickt. Natürlich haben sich einige Regierungen auch aus Mangel an etwas Besserem entschlossen, „Europa beizutreten“. Hätten sich etwa die UN oder die OECD in der Lage gesehen, in regionalen Weltwirtschaftsgebieten wie Westeuropa eine wirksamere Rolle zu spielen, so hätten sie wahrscheinlich mit weniger formulierten Ansprüchen und mehr Pragmatismus mehr erreicht als die EG. Die Briten, wie auch die gegenwärtige griechische Regierung, beschlossen ihre Mitgliedschaft darüber hinaus auch aus Furcht davor, außerhalb der Gemeinschaft auf Schwierigkeiten zu stoßen.

Möglicherweise erwies De Gaulle der Gemeinschaft und ihren Verfechtern in den Anfangsjahren einen großen Dienst, als er den Supranationalisten durch seine Politik eine vordergründige Entschuldigung für das Scheitern einer einheitlichen, wirklich gemeinsamen Politik lieferte: Mit der Aufgabe des Prinzips, im Ministerrat strikt Mehrheitsentscheidungen durchzuführen, die einige Mitgliedsländer in die Minderheit hätten setzen können, und damit der Abschaffung der Pflicht, eine Politik, die den eigenen Bedürfnissen nicht entsprach, akzeptieren zu müssen, bewahrte er darüber hinaus vermutlich schwächere Länder davor, den Kampf um nationale Unabhängigkeit führen zu müssen und sich mit der Idee der EG kritisch auseinanderzusetzen.

Neuerdings hat sich die Gemeinschaft von dem zeitweise eingetretenen Stillstand, hervorgerufen zum einen durch den Gaullismus und zum anderen durch ihre eigene fehlgeschlagene Antwort auf die Wirtschaftskrise der 70er Jahre, wieder etwas erholt. Durch die Organisation von Wahlen zu einer Versammlung ohne Machtbefugnisse und durch das Vorbereiten einer — eigentlich überflüssigen — Währungsunion kann aber das Ausbleiben von Fortschritten auf den schwierigeren Gebieten der Wirtschaftsunion und das Fehlen einer wirklich gemeinsamen Politik nicht verdeckt werden. Dieses Fehlen zeigt sich insbesondere bei spektakulären Zusammentreffen. Europäische Gipfel wurden von den jeweiligen Regierungschefs häufig aus demselben Grunde erklommen, wie der Mount Everest: weil es sie eben gab. Und genau wie so viele Bergsteiger haben sie bei Erreichen des Gipfels wenig mehr getan als sich die Hände zu schütteln, bevor sie wieder umkehrten.

So gut wie nichts wurde getan, um die wirklichen Probleme, denen Europa in diesem Jahrzehnt gegenübersteht und denen es noch in diesem Jahrhundert entgegensteht, anzupacken. Dies beinhaltet die offenkundige Notwendigkeit einer

Inflationsbekämpfung, einer Wiederbelebung der Kaufkraft sowohl im privaten wie im öffentlichen Sektor, um dieser Bettler-Ideologie der Geldwirtschaft entgegenzutreten. Dies beinhaltet ebenso die Notwendigkeit, Regelungen gegen den chronischen Niedergang der Beschäftigung in den traditionellen Sektoren wie Schiffbau, Stahl- und Textilindustrie und die Ausweitung des Imports auf diese Bereiche zu finden. Hinzu kommt das neue Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit, eine Folge der schon im Gang befindlichen „elektronischen Revolution“, die eine ungeheure Arbeitsplatzvernichtung gerade in den Bereichen des privaten und öffentlichen Dienstleistungssektors hervorruft, die bisher Arbeitsverluste in Industrie und Landwirtschaft noch ausgleichen konnten.

Die Spaltung der Linken

Die europäische Linke nahm gegenüber Initiativen der EG, Organisationsformen auf europäischer Ebene zu schaffen, eine durchweg reaktive Abwehrhaltung ein.

Für einige Wenige, insbesondere für angesehene Sozialdemokraten, bedeutete die Schaffung der EG während der 50er Jahre einen politischen Antrieb – gerade zu einer Zeit, als eine ganze Generation, in den 30er Jahren intellektuell entwöhnt, ihren Glauben an den Sozialismus verlor und zu der Ansicht gelangte, der Kapitalismus könne im Rahmen eines Wohlfahrtsstaates regulierbar sein. Der nominelle Internationalismus der Gemeinschaft verdrängte hierbei das Ideal einer sozialistischen Umwandlung der Gesellschaft. Wenn auch beschwerlich, langwierig und zeitweise unglaublich, so erschienen die Versuche der EWG doch fortschrittlich und zukunftsweisend genug, um andere Modelle des Übergangs zum Sozialismus in den Schatten zu stellen, Vorstellungen, die zum großen Teil entweder auf dem sowjetischen Modell basierten oder von der vor dem Zweiten Weltkrieg noch plausibel erscheinenden Annahme ausgingen, das kapitalistische System müsse früher oder später sowieso gesetzmäßig zusammenbrechen. Für andere Teile der Linken repräsentierte die Gemeinschaft das leibhaftige Kapital, das sich, vor den Karren der US-Imperialisten gespannt, über die Interessen der Arbeiterklasse rücksichtslos hinwegsetzte. Die Ablehnung des sowjetischen Systems bedeutete somit auf der Ultralinken keineswegs, daß man die Europäische Gemeinschaft als Rahmenwerk eines Europäischen Internationalismus akzeptierte. So betonte Ernest Mandel in seinen allgemeinen Ausführungen über die Widersprüche des Imperialismus, deren Bedeutung sicherlich weit über seine Sektion der Vierten Internationale hinausreicht, zwar sowohl die Internationalisierung des Kapitals als auch den internationalen Aspekt der Währungskrise, gab der Linken aber kein Rezept für die Transformierung einer kapitalistischen Europäischen Gemeinschaft an die Hand. Seine Monographie über die EWG endet viel-

mehr einfach mit einem Slogan, der so kurz wie bedeutungslos ist: „Vorwärts gegen europäische und US-Monopolisten zu den Vereinigten Staaten von Europa!“¹

Unter den europäischen Kommunisten existieren eine ganze Reihe von EG-Einschätzungen, so vielfältig und verschieden wie die Ansichten außerhalb der Linken. Die französische KP war in der Nachkriegsperiode „plus gaulliste que le roi“ und bestand auf einer Gemeinschaft, die auf nationalen Staaten basierte, während sie gegen den Supranationalismus heftig opponierte. Die italienischen Kommunisten hingegen vollzogen eine schnelle Änderung ihrer Haltung von Skepsis bis zur Unterstützung des Konzeptes eines ökonomischen und politischen Föderalismus. Zweifellos hat hier sowohl die Angst vor etwas Schlimmerem als auch das Streben nach Regierungsbeteiligung für die PCI eine bedeutende Rolle gespielt. Die Möglichkeit eines faschistischen Regimes dürfte in Italien zwar weniger stark sein als in anderen Ländern des südlichen Europas, aber dennoch schien die Einbindung Italiens in einen europäischen Staatenverband einen Schutz gegen eventuelle US-Aktionen zu bedeuten, die sich gegen eine mögliche kommunistische Beteiligung an der Regierung hätten richten können. Für die KP Spaniens schließlich scheint derzeit ein europäischer Verbund sowohl eine Sicherheit vor internen Reaktionen als auch eine Möglichkeit zum gemeinsamen Vorgehen gegen das multinationale Kapital zu bieten.

Für den Großteil der Linken in Großbritannien, vor allem innerhalb der Labour Party, hat selbst eine Zweidrittelmehrheit in der Volksbefragung die offen zur Schau getragene Feindschaft gegen das weitere Verbleiben in der Gemeinschaft nicht beenden können. Die spezifischen Nachteile für Großbritannien in der EG zeichnen sich sicherlich deutlicher ab als für andere Länder, nicht zuletzt, weil die Agrarpolitik der Gemeinschaft auf Länder mit anderen strukturellen Bedingungen und anderen Entwicklungsstufen der Landwirtschaft zugeschnitten ist. Bis heute haben die Auseinandersetzungen innerhalb des linken Flügels der Labour Party jedenfalls nicht dazu geführt, die reine Oppositionshaltung gegenüber der Gemeinschaft in ihrer gegenwärtigen Gestalt zu überwinden. Keine gemeinsame Basis für eine linke Politik auf europäischer Ebene wurde gefunden, keine positive Strategie einer Transformierung der Gemeinschaft entwickelt. Die Polarisierung der Partei in ein linkes und ein rechtes Lager, in Antis und Pros, wurde von den Linken vielmehr zu oft zum Prüfstein bei anderen Fragen gemacht, die nichts mit der Gemeinschaft zu tun hatten, sondern eher aus generellen Meinungsverschiedenheiten zwischen sozialen Demokraten und Sozialisten resultierten. So kommt es, daß innerhalb der Labour Party die Rechte bei der Behandlung von Fragen der EG ein Vorrecht hat.

1) Ernest Mandel, *Europe versus America? — Contradictions of Imperialism*, New Left Books, 1970

Die ideologische Herausforderung

Es gibt gute Argumente für die These, daß die Lösung der Probleme, die den nationalen Staaten durch das Wachsen des multinationalen Kapitals und das Ende des ungehemmten Wirtschaftswachstums der Nachkriegszeit erwachsen, eher Veränderungen innerhalb der einzelnen Nationen erfordern, als Veränderungen in ihren Beziehungen untereinander. Mit anderen Worten, man kann sehr wohl behaupten, daß die gegenwärtige europäische Wirtschaftskrise, die zugleich auch eine ideologische und politische Krise ist, ihren Ausgangspunkten den einzelnen Nationalstaaten hat und eben dort bekämpft werden muß.

Sicherlich kann die ideologische Herausforderung, die die Krise des gegenwärtigen Kapitalismus darstellt, nicht einfach der „Gemeinschaft Europa“ überlassen werden, denn außer in Ländern mit einer entsprechend starken Linken wie Frankreich, Italien und Großbritannien, würde eine Annahme dieser Herausforderung nicht erfolgen. Dort müssen auch Strategien entwickelt werden, die dieser kapitalistischen Herausforderung entgegentreten: Wir brauchen mehr Intervention, nicht weniger. Und wir benötigen das realistische Modell einer Wirtschaftsordnung, die auf sozialer Kontrolle beruht und nicht weitgehend auf dem Vertrauen in private Entscheidungen als der Basis von Wirtschaft und Gesellschaft.

Aber wenn solche Strategien für den Sozialismus auch auf nationaler Ebene in Pionierarbeit gefunden werden müssen, vor allem in solchen Ländern, in denen sowohl der politische Anspruch als auch die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen dafür am günstigsten sind, so heißt das nicht, daß die Linke auf nationaler Ebene es sich leisten kann, eine rein negative Strategie gegenüber der EG zu verfolgen. Diese Gemeinschaft zu bekämpfen, deren Verträge als Inkarnation der Ideologie eines liberalen Kapitalismus im Zeitalter des Monopolkapitalismus erscheinen, und deren Institutionen den Spielraum nationaler Staatsinterventionen zu ihren – kapitalistischen – Gunsten zu demontieren versuchen, ist vollkommen verständlich und legitim. Und die Zerstörung des Mythos von einem sozialen Kapitalismus sowie die Forderung nach staatlichen Maßnahmen gegen das Großkapital sind selbstverständlich dringender als die Behandlung der Frage, ob man nun die Größe von Arzneimittelpackungen oder die Lärmwerte von Rasenmähern in der Gemeinschaft harmonisieren sollte. Trotzdem muß die Linke in den einzelnen Mitgliedsländern davon Kenntnis nehmen, daß eine effektive nationale Strategie etwas europäische Dimension voraussetzt, wenn man der – trotz eines geschwächten Dollars – fortgesetzten Hegemonie der USA in Europa begegnen will. Ebenso wichtig ist es, zu erkennen, daß für jeglichen entschlossenen Versuch, ein europäisches Land zu sozialisieren, ein gemeinsames Handeln der Linken auf europäischer Ebene notwendig und unabdinglich ist.

Jenseits kapitalistischer Integration

Sollen die verschiedenen Standpunkte der Parteien der europäischen Linken sich – wenigstens zu einem Minimum – vereinheitlichen, so ist es unbedingt notwendig, in der Diskussion die Ideologie einer weiteren kapitalistischen Integration zu bekämpfen. Die Realisierungschance einer solchen gemeinsam geführten Herausforderung kapitalistischer Ideologie scheint jedoch im Augenblick recht gering. Denn Theorie und Praxis einiger größerer Parteien, die nominell auf der Linken stehen, enthalten eben diese kapitalistische Ideologie selbst. So argumentiert z. B. die SPD, die gegenwärtige Wirtschaftskrise erfordere eher mehr Integration als eine fundamentale Veränderung des Wirtschaftssystems. Diese Partei scheint die Tatsache zu ignorieren, daß die Wirtschaft der Länder in der Gemeinschaft und die Struktur des Kapitals sich seit der Phase der Nachkriegszeit verändert haben: So wurden die liberal-kapitalistischen Aussagen der Römischen Verträge durch das Erstarken der Macht der Monopole und den Trend zum multinationalen Kapital gründlich widerlegt.

Zur Zeit liegt die Hauptsache der Macht in der Gemeinschaft zwischen Giscard's Frankreich und Schmidts Westdeutschland. Diese Tatsache an sich sollte gewichtige Fragen über die Realisierungschance einer umfassenden Allianz der Linken in Europa aufwerfen. Dem Namen nach sozialdemokratisch, verfolgt die dominierende Elite innerhalb der SPD eine Politik, die sich von der Politik der Konservativen oder Christdemokraten anderswo in Westeuropa nicht mehr unterscheidet. Die Tatsache, daß die Führer der SPD innerhalb der Partei insbesondere von der jungen Generation herausgefordert werden, kann nicht das Ausmaß verschleiern, indem die vorsichtigen Versuche der Partei, einen Platz in der Sonne internationaler Respektabilität zu erringen, einer aggressiven Haltung gewichen sind, das System der BRD dem Rest der Gemeinschaft aufzuzwingen. Wenn sich diese Politik der SPD nicht ändert, scheinen die Aussichten für eine umfassende Allianz der Linken in der Gemeinschaft düster zu sein.

Nichtsdestoweniger werden diese Realitäten in der Gemeinschaft – ebenso wie die Existenz des Kapitals – nicht deshalb verschwinden, weil die Linke vorzieht, sie totzuschweigen. Es ist gut möglich, daß eine Erweiterung der EG auf die Länder Griechenland, Spanien und Portugal, die ihre Mitgliedschaft beantragt haben, die Gemeinschaft zu groß werden läßt. Das Resultat könnte zuerst eine Verwässerung zentraler Entscheidungsgewalt sein und dann eine Auflösung. Es gibt derzeit sicherlich genügend Anzeichen für eine Zweiteilung der EG auf der Linie, wie sie Willy Brandt bereits empfohlen hat, mit den Benelux-Staaten, Frankreich und Westdeutschland als Kernbereich und den anderen an der Peripherie. Mit den drei neuen Antragstellern könnte sich die Gemeinschaft dann bald in einer Situation der Dreiteilung befinden, die auf Dauer unhaltbar sein wird.

Vom linken Standpunkt her ist es entscheidend, dem gegenwärtigen Gemeinsamen Markt nicht zu erlauben, Ansprüche auf Internationalismus und Fortschritt mit sich zu identifizieren. Der Supra-Nationalismus der EG ist einseitig und klassenbezogen, besorgt um Förderung und Erhaltung der kapitalistischen Produktionsweise in einer Zeit ökonomischer Krisen, die den Kapitalismus selbst in Frage stellen. Die angebliche EG-Vision einer neuen Gesellschaft ist die reinste Negation der Prinzipien des Demokratischen Sozialismus. Die politischen Institutionen der Gemeinschaft, direkt gewählt oder ernannt, sind in ihrer Macht auf Proteste und Erklärungen beschränkt. Die wirkliche Macht der EG ist die Macht des Kapitals.

Somit ist die Anklage einer solchen Gemeinschaft und die Forderung nach ihrer Auflösung, die von einigen in der Labour-Party erhoben wird, eine legitime politische Position. Auf der anderen Seite, vorausgesetzt, daß sowohl die fundamentalen Unterschiede zwischen der SPD einerseits und den kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs andererseits als auch die generellen Meinungsverschiedenheiten zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten sich zumindest ansatzweise beseitigen lassen, wäre die Möglichkeit einer sozialistischen Umwandlung der EG denkbar. Daher gehört die Debatte über eine solche politische Strategie auf die Tagesordnung der Linken. Die gegenwärtige EG darf nicht ignoriert, sie muß von den Linken herausgefordert werden.

Ausweitung der Souveränität

Es gibt genügend Arbeitsfelder internationalen Kampfes gegen das multi-nationale Kapital, für bessere Sozialpolitik und Umweltschutz, auf denen die europäische Linke — ungeachtet ihrer verschiedenen Fraktionen — fähig sein sollte, eine gemeinsame Politik gegen einen „ungemeinsamen“ Markt zu entwickeln. Eines der klarsten Prinzipien einer solchen linken Aktionsgemeinschaft sollte die Ausweitung der Souveränität sein, nicht deren Einschränkung, wie sie der Föderalismus impliziert. Das heißt, auf europäischer Ebene sollte eine Politik verfolgt werden, die auf der Anerkennung gemeinsamer Interessen zwischen autonomen Staaten basiert, ebenso, wie dies durch andere internationale Organisationen erfolgt. Basis dieser Politik muß das Ziel sein, gemeinsame Probleme, mit denen alle Regierungen und Parteien konfrontiert werden, gemeinsam zu lösen.

International statt Supranational

Dabei bedeutet die Vorstellung von einer Ausweitung der Souveränität, daß es internationale und nicht supranationale Institutionen geben muß. Das heißt nicht unbedingt, daß die Funktion einer Kommission entfällt, die Vorschläge an

den Ministerrat formuliert. Aber es bedeutet, daß das Prinzip des Mehrheitsvotums im Ministerrat endgültig verworfen wird. Schon in der Praxis der 60er Jahre, als dies Prinzip in Kraft treten sollte, erfolgten die Entscheidungen des Rates eher einstimmig als mehrheitlich. Dem folgte der Luxemburger Kompromiß vom Januar '66, als die Franzosen darauf bestanden, daß in Fällen von „Bedeutendem Nationalem Interesse“ ein einstimmiges Votum vorliegen müsse, wobei dieses Interesse von dem jeweils betroffenen Staat selbst bestimmt werden sollte. Nicht nur Ralf Dahrendorf als ehemaliges Kommissionsmitglied vertritt hier die Auffassung, daß eine solche Regelung für die Abstimmung einer gemeinsamen Politik auf europäischer Ebene sinnvoller ist als das schärfer reglementierende Mehrheitsvotum².

Verschiedenheit statt Uniformität

Sicherlich lag ein Grund für die damalige französische Initiative in der sehr spezifischen Auffassung der Rolle Frankreichs seitens De Gaulle. Aber unzweifelhaft spiegelte De Gaulles Opposition der 60er Jahre auch wirkliche Differenzen zwischen Frankreich und den anderen Regierungen bezüglich des Verhältnisses von nationalem Staat und Gemeinschaft wider. Solche Differenzen sind nicht nur wichtig, um ein gleichgeschaltetes Europa zu vermeiden, in dem das soziale Leben und die politischen Institutionen bis ins kleinste Detail homogen sind, sondern sie sind von essentieller Bedeutung für ein Funktionieren des demokratischen Prozesses selbst. Demokratie beinhaltet nicht nur das Recht, verschieden zu denken, sondern auch das Recht, verschieden zu sein. Berücksichtigt man nicht nur die ungleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinschaft sondern darüber hinaus auch die Differenzen zwischen einer nur nominal linken Partei wie der SPD und z. B. den französischen Sozialisten (ganz zu schweigen von den Eurokommunisten), so wird eine Verteidigung dieses Rechts auf europäischer Ebene noch entscheidender.

Provisorisch statt endgültig

Eine weitere grundsätzliche Forderung, die von der Linken, oder zumindest von breiten Teilen der europäischen Linken, erhoben werden muß, ist das Prinzip des Provisorischen statt des Endgültigen. So wie das Recht, sich zu unterscheiden, ist dies eine grundsätzliche Bedingung für eine Demokratie. Es impliziert sowohl das Recht darauf, seine Meinung zu ändern, als auch die Möglichkeit eine Einrichtung wieder abzuschaffen oder eine Politik zu revidieren. Dieses Prin-

2) Ralf Dahrendorf, *A New Goal for Europe*, „Die Zeit“, 9 and 16 July 1971.

zip gilt, wie das Recht auf Verschiedenheit, übrigens auch für Prozesse innerhalb der Linken. Auch hier können Standpunkte nach neuen Erfahrungen wechseln, kann eine Politik, die vorher als wünschenswert erschien, plötzlich als falsch erkannt werden.

Die EWG-Prinzipien der 50er Jahre, begründet auf einer Politik, die einen umfassenden Wettbewerb unter Gleichen postulierte und Staatsinterventionen weitgehend ablehnte, wurden durch den ungleichen Wettbewerb zwischen kleinen und großen Unternehmen, starken und schwachen Regionen und durch die ungleiche Kaufkraftentwicklung verschiedener Gruppen und Klassen längst aufgehoben. Dazu kommt, daß ein Föderalismus an sich keine Endgültigkeit politischer Entscheidungen implizieren kann. Ein neugewählter Präsident der USA kann bei seinem Amtsantritt mit der Unterstützung des Kongresses die politischen Entscheidungen der vorherigen Regierung aufheben. Die Institution der EG dagegen ist in ihrer konstitutionellen Endgültigkeit einmalig.

Divergenz und Konvergenz

Deshalb sollte die Linke den vorgegebenen Rahmen der Gemeinschaft als provisorisch, nicht als endgültig begreifen. Die spezifischen Auswirkungen dieses Rahmens auf die Strategie des Kampfes um eine gemeinsame Politik sind natürlich zu berücksichtigen. So wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach die EG, so wie sie gegenwärtig strukturiert ist, allen Forderungen nach Aufdeckung der Einflußnahme durch die Großindustrie auf politische Entscheidungen und nach demokratischer Kontrolle des Großkapitals hartnäckig widersetzen. Es ist ebenso unwahrscheinlich, statt kosmetischer Sozialpolitik in absehbarer Zeit eine weitgehende Umverteilung des wirtschaftlichen Reichtums unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit durchsetzen zu können. Trotzdem muß die Linke sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene solche Forderungen aufstellen, um der reaktionären Politik des Monetarismus, der Ideologie der ungehemmten Kapitalentfaltung, wirksam begegnen zu können.

Die entscheidenden Fragen, an denen solch ein ideologischer und politischer Kampf geführt wird, könnten in den 80er Jahren durchaus über die in dieser Analyse erwähnten hinausgehen. Nicht zuletzt können sich die Machtverhältnisse zwischen den einzelnen Nationen und in der Kommission – zwischen Rechts und Links – zwischen den verschiedenen Fraktionen des Kapitals und der organisierten Arbeiterschaft ändern. Die Machtstruktur der Gemeinschaft entspricht dem Kräfteverhältnis zwischen den stärksten Machtfaktoren im heutigen Kapitalismus Westeuropas. In dem Maße, in dem der Kapitalismus selbst erfolgreich in Frage gestellt werden kann, werden sich auch die Institutionen der Gemeinschaft und deren Politik ändern. Die Bekämpfung des Kapitalismus, nicht der Gemeinschaft, ist daher das Hauptthema der europäischen Linken. Diese gemein-

same antikapitalistische Politik muß jedoch auch auf der Ebene der EG und in ihren Institutionen betrieben werden.

Der vielleicht wichtigste Punkt in diesem Zusammenhang ist, daß die Vorbehalte gegenüber der EG auf keinen Fall die Bedeutung der Übereinstimmung einer linken Politik in Europa verdecken dürfen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt befindet sich die Linke in einem Zustand enormer Verwirrung, nicht eigentlich wegen der Existenz der EG als solcher, sondern auf Grund ihrer eigenen historischen Spaltung. In dieser Hinsicht bestehen die wichtigsten Unterschiede zwischen den Kommunisten und der nicht-kommunistischen Linken auf dem europäischen Kontinent. Die sogenannte Linksunion in Frankreich wurde vor den Wahlen 1978 intern auseinandergerissen. Die westdeutschen Sozialdemokraten führen informelle Gespräche mit der KPI, während sie gleichzeitig erklären, daß eine Allianz mit Kommunisten auf europäischer Ebene undenkbar sei. Ironischerweise hat sich dabei gerade die Position der PCI der der alten SPD aus der Phase der Zweiten Internationalen mehr angenähert als an die Leninistische Dritte Internationale; eine Feststellung, die allerdings nicht auf alle europäischen kommunistischen Parteien zutrifft. Der Bruch mit dem System der Sowjetunion, den die westeuropäischen Kommunisten vollzogen, scheint jedoch endgültig zu sein³.

Die Feststellung punktueller ideologischer Annäherung rechtfertigt nun natürlich noch nicht die Forderung nach einer gemeinsamen politischen Linie der Parteien, nach einem halben Jahrhundert der Spaltung und insbesondere, nachdem das Scheitern des dramatischen kommunistisch-sozialistischen Experimentes in Frankreich noch so frisch in Erinnerung ist. Aber sie zeigt auf, daß eine mögliche Transformierung der EG von heute vielleicht schon morgen die Formierung einer funktionierenden Allianz zwischen der kommunistischen und der nicht-kommunistischen Linken annehmen könnte. Obwohl es zu früh erscheint, eine Rückkehr der Linken zu einer gemeinsamen europäischen Politik ähnlich der Zweiten Internationale vor dem ersten Weltkrieg anzupeilen, ist doch eine breite Öffnung der großen Parteien auf der Linken zueinander hin von größter Bedeutung.

Das bedeutet natürlich nicht das Leugnen der Existenz unterschiedlicher nationaler Bedingungen. Nicht zuletzt die deutsche SPD, die den anderen europäischen Sozialdemokraten oftmals konträr gegenübersteht, sollte sich dabei an die Forderung erinnern, die Jean Jaurés auf der Konferenz der Zweiten Internationalen 1904 in Amsterdam aufgestellt hat. Als es darum ging, ein Mehrheitsvotum der Konferenz gegen eine Beteiligung der Französischen Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung zu akzeptieren, beschwor Jaurés die SPD, die besonderen Unterschiede zwischen Ländern und Verfassungen in der praktischen Politik zu berücksichtigen. Er erklärte, eine reformistische Politik würde zwar von der SPD

3) Stuart Holland, *Euro-Communist Economics*, in Edward Mortimer, Jonathan Storry and Paolo Filo della Torre (eds) *Euro-Communism*, Penguin Books, 1979, and Mondadori, 1978.

verbal abgelehnt, ihre praktische Politik sei aber noch reformistischer als die der französischen Linken. Weiter führte er aus, daß eine Revolution zwar in Deutschland praktisch notwendig sei, man dasselbe aber nicht vom Frankreich der dritten Republik sagen könne⁴.

Wenn solche nationalen Unterschiede innerhalb einer gemeinsamen Perspektive von den großen Parteien der gegenwärtig noch gespaltenen Linken akzeptiert werden können, dann gibt es für die Linke eine bedeutende Chance, gegen die derzeitige EG wirksam anzugehen. Wenn es dabei einige Parteien in starken Ländern entweder vorziehen, diese Möglichkeit zu ignorieren oder sogar dagegen opponieren, dann sollten sich die übrigen Kräfte der Linken in ihren Bemühungen, eine Transformierung der EG anzustreben, auch durch ihre formale Einbindung in die sogenannte Sozialistische Internationale nicht beeinflussen lassen.

4) Zit. nach Daniel Ligou, *Histoire du Socialisme en France*, Presses Universitaires de France, 1962, chapter 4.

*) Den vorliegenden Artikel unter dem Orginaltitel „The Left and Europe Now“ schrieb der Autor für die Zeitschrift „Politica ed Economica“ der KPI, wo er vor den europäischen Direktwahlen erscheinen soll. Der Autor stellte uns den Artikel zum Abdruck zur Verfügung. Übers. aus dem Englischen von Rosemarie Jung.

Klaus Thüsing

Das Europa-Programm der SPD – Kommt der Sozialismus?

Das für die SPD für den Europawahlkampf von einer Werbeagentur vorge-schlagene und unter Vermeidung jeder Erinnerung an Symbole der Arbeiterbe-wegung gewählte Emblem – ein nach oben gerichtetes Pfeilgeschoß – verheißt: raketenhaften Fortschritt, Dynamik – wohin auch immer, aber aufwärts wird es jedenfalls gehen. Schubkraft soll ein vom Europaparteitag der SPD am 10. Dezember 1978 verabschiedetes umfangreiches Programm geben. Das unter dem Slogan „Soziale Demokratie für Europa“ einstimmig verabschiedete Programm läßt fragen: War die Einstimmigkeit möglich, weil das Programm für jeden etwas gibt, klug gestaltet nach dem Muster des sowohl als auch, oder enthält es klare Konturen sozialistischer Programmatik? Läßt sich etwa an das Programm der SPD für die erste Europäische Direktwahl die Maxime Kurt Schumachers, ge-sprochen auf dem 1. Nachkriegsparteitag in Hannover im Mai 1946, anlegen: „Es gibt kein Primat der Taktik. Man kann nicht mit kleinen Manövern und Schlauheiten die Gesellschaft ändern“ Oder entsprang etwa die Einstimmigkeit der Begeisterung der Delegierten, die nach Kurt Schumacher notwendig ist, um große Taten zu vollbringen?

Hätte die politische Reaktion der Bundesrepublik recht, die das Programm sofort als sozialistisch diffamierte – die Freude der Sozialisten wäre ungeteilt. Wie sozialistisch aber ist das Programm, wenn wir ausgehen von der Hauptthese des demokratischen Sozialismus, daß es in einer Gesellschaft, die alle anderen As-pekte menschlichen Zusammenlebens dem Profitstreben unterstellt, keine soziale Demokratie geben kann, und daher diese Gesellschaft umgestaltet werden muß?

Schon eine oberflächliche Lektüre läßt den Schluß zu, daß sich das Programm zur Europawahl anders als die Wahlplattformen zu den letzten Bundestags- oder Landtagswahlen viel bewußter in die Tradition der deutschen und auch europäi-schen Arbeiterbewegung einreicht. Symptomatisch ist dafür, daß sogar die radi-kale Gesellschaftskritik von Karl Marx in einem SPD-Dokument wieder positive Erwähnung findet: „Es war die Arbeiterbewegung, die in Europa die Ideen der Aufklärung und des Humanismus weiter entwickelt und zu allen Menschen, auch den Schwachen und Armen, gebracht hat. Die rücksichtslose Ausbeutung der Ar-beiter im 19. Jahrhundert provozierte die radikale Gesellschaftskritik von Karl Marx, der das Fehlen der Freiheit und der Gerechtigkeit in der Wirtschaft in das Zentrum seines politischen Denkens rückte.“ (S. 7)

Als „vorrangiges Ziel der Sozialdemokraten überall in der Europäischen Gemeinschaft ‚wird genannt‘ die Befreiung des Menschen von jeglicher Ausbeu-tung, Abhängigkeit und Not und die Verstärkung der Rechte und Möglichkeiten

jedes einzelnen Bürgers. Um dies zu erreichen, müssen wir eine Änderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur unserer Länder anstreben.“ (S. 9)

Es wird auch, wenngleich zurückhaltend, zugegeben, daß die bisherige Entwicklung Europas unter dem Gesetz des Kapitalismus gestanden hat: „Die erste Phase der Gemeinschaft war durch die Liberalisierung des Warenverkehrs gekennzeichnet, brachte jedoch wenig Fortschritte hinsichtlich eines größeren regionalen und sozialen Gleichgewichts.“ (S. 9). Den konkreten Folgen dieser Entwicklung gelten folgende besorgte Feststellungen:

- „– die Schwierigkeiten, angesichts der derzeitigen Gesellschaftsstruktur, das gewaltige Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen;
- daß eine Entwicklung zu weniger Gleichheit und Solidarität stattfindet, die sich in einer Vertiefung der Kluft zwischen reichen und armen Ländern in der Welt, aber auch in der Europäischen Gemeinschaft äußert;
- daß unkontrollierte Produktions- und Verbrauchssteigerung, insbesondere in den reicheren Regionen der Welt, zum Raubbau an den vorhandenen Ressourcen und zur Verschmutzung der Natur führen, und zwar auf Kosten sich verschlechternder Lebens- und Arbeitsbedingungen für Millionen von arbeitenden Menschen.“ (S. 10)

Abschließend heißt es dann: „Unser Eintreten für eine Gesellschaft, in der die verfügbaren Ressourcen gerecht verteilt werden, setzt voraus, daß wir die soziale und ökonomische Entwicklung beeinflussen wollen und können. Die klassischen Instrumente der Wirtschaftspolitik haben sich als unzureichend erwiesen; eine aktive Beschäftigungspolitik und eine wirtschaftliche Rahmenplanung sind erforderlich, um die Arbeitslosigkeit zu verringern. Wir streben eine gerechtere Verteilung der verfügbaren Arbeit an, wobei Arbeitszeitverkürzungen und systematische Umschulungspolitik eine wichtige Rolle spielen.“ (S. 10)

Es folgt im Programm ein das Einleitungskapitel abschließendes Unterkapitel mit der Überschrift: „Wir streiten für die Humanisierung der Arbeit durch Demokratie in der Wirtschaft“, das vor allem den Widerspruch zwischen der Staatsbürgerrolle in der formalen Demokratie und der fremdbestimmten, einflußlosen Untergebenenrolle in der Wirtschaft noch einmal herausarbeitet.

Dem allen wollen nun Sozialdemokraten, wie es das Programm formuliert, nicht tatenlos zusehen. Welche Taten aber sind zu erwarten oder mindestens zu erhoffen?

Das dem Grundsatzkapitel folgende beschäftigt sich auf siebzehn Seiten mit dem Aufweisen möglicher Schritte, die eine „soziale Demokratie als Fundament der Europäischen Gemeinschaft“ garantieren sollen. Vieles ist in diesem Kapitel allgemeine, wenn auch richtige Proklamation und Feststellung. Doch wie konkretisiert sich die Feststellung, daß es zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit „einer wirksamen europäischen Strategie“ bedarf und eine „Globalsteuerung der Wirtschaft“ gefordert wird.

Vorgeschlagen wird lediglich die Anmeldung von Investitionen nach technologischen, umweltbezogenen und beschäftigungspolitischen Kriterien, wobei die Investitionsförderung durch die Gemeinschaft an die „Beschaffung neuer bzw. die Sicherung bereits bestehender Arbeitsplätze“ gebunden werden soll – Kriterien, die in ihrer beliebigen Auslegung jede Entscheidung rechtfertigen können und selbst dann zweifelhaft bleiben, wenn der von der Europäischen Kommission regelmäßig vorzulegende Strukturbericht Grundlage einer „demokratischen Rahmenplanung“ in der Europäischen Gemeinschaft werden soll.

Zwar wendet sich das Programm gegen das konservative Rezept des Lohnverzichts, um die Arbeitsplatzprobleme zu lösen und betont auch die Bedeutung öffentlicher Investitionen. Das Ziel einer demokratischen Rahmenplanung von Investitionsentscheidungen bleibt aber im Proklamatorischen stecken.

Als Erfolg des Parteitages ist es zu werten, daß über „Arbeitsproduktivität, Produktionszuwachs und Arbeitszeit“ weniger allgemeine Betrachtungen angestellt werden, sondern hier konkret die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche vom Parteitag erkämpft werden konnte.

Ein Erfolg, der umso höher zu bewerten ist, als die Ausführungen zum „weltwirtschaftlichen Strukturwandel“ im Programm nicht gerade den Eindruck vermitteln, hier könne mit Blick auf die Arbeitslosigkeit wirklich Entscheidendes „gestaltet“ werden, wie die Kapitelüberschrift verspricht. Vielmehr lebt die Hoffnung auf weltwirtschaftlichen Strukturwandel von einer optimistischen Zukunftserwartung, die sich freilich im Kapitel „Europa als Solidaritätspartner für die Dritte Welt“ in einigen Punkten konkretisiert, wobei allerdings diese Konkretisierung erschreckend deutlich macht, wie sehr die bisherige Politik auch der Bundesrepublik hinter den Anforderungen einer Politik für die Dritte Welt und mit der Dritten Welt zurückgeblieben ist.

Die Ausführungen zu den arbeitsmarktpolitischen Problemgruppen der Frauen, Jugendlichen und ausländischen Arbeitnehmer wiederholen die von der Partei in den letzten Jahren erarbeiteten Positionen noch einmal zusammenfassend, wobei auffällt, daß zu den Behinderten ein eigenes Unterkapitel fehlt.

Den Offenbarungseid, wie es das Programm mit dem Sozialismus hält, leistet das Unterkapitel mit der Überschrift „Wir wollen die Gemeinschaft der Wirtschaftsdemokratie“.

Eine in der Deutschen Sozialdemokratie jedenfalls in programmatischen Erklärungen in dieser Deutlichkeit schon lange nicht mehr gehörte Feststellung leitet das Kapitel ein: „Die Marktwirtschaft führt nicht von sich aus zu sozialer Gerechtigkeit. Solange die Arbeitnehmer und ihre Vertreter nicht an der wirtschaftlichen und sozialen Planung beteiligt werden, solange keine echte Wirtschaftsdemokratie verwirklicht wird, können die Arbeits- und Lebensbedingungen in absehbarer Zeit nicht menschlicher werden. Planung und Demokratisierung dürfen nicht allein auf den öffentlichen Sektor beschränkt bleiben. Es gilt, die demokratische Kontrolle der Gesamtwirtschaft zu verbessern. In einer Ge-

sellschaft, die in ihrer großen Mehrheit aus Arbeitnehmern besteht, können diese nicht länger von den Entscheidungsprozessen in der Wirtschaft ausgeschlossen werden.“ (S. 27)

Diese begrüßenswerte Aussage freilich wird durch den gleich folgenden – zu dem fettgedruckten – Zusatz: „Die Beteiligung der Arbeitnehmer an den Entscheidungen der Wirtschaft kann in den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft unterschiedlich verwirklicht werden“, allerdings gleich wieder relativiert – vielleicht eine bundesrepublikanische Vorbehaltsklausel, um zukünftige Entscheidungen, insbesondere der von der SPD geführten Bundesregierung, vor Kritik zu schützen oder nur eine Formel, die allzugroße Erwartungen noch vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Mitbestimmungsklage der Arbeitgeber auf das bundesrepublikanische Maß des Möglichen und Machbaren zurückschrauben sollte, oder eine Beruhigungspille für die deutsche Wirtschaft?

Immerhin: Von „Mitbestimmung auf paritätischer Basis“ und gar von „Selbstverwaltung“ ist sofort anschließend auch die Rede und beim „Abbau bestehender Machtpositionen“ kommen insbesondere die Multis ins Blickfeld. Auch sollen das Miteigentum und die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer gefördert werden.

Ist damit aber die sozialistische Programmatik erschöpft und die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln endgültig aus dem Konzept sozialdemokratischer Politik zur Demokratisierung der Wirtschaft gestrichen?

Der Parteitag konnte sich nur zu folgendem Satz durchringen: „Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig.“ (S. 29)

Der dann folgende Absatz klärt dann gleich darüber auf, wo Gemeineigentum besonders tätig werden soll (oder darf?): „wo die Prinzipien der Gegenmacht oder der Gemeinwirtschaftlichkeit dies gebieten, private Initiative fehlt oder übergroße Risiken bei anerkanntem gesellschaftlichem Bedarf vorliegen.“ Der Absatz schließt mit einem mahnenden Vorurteil vor gemeinwirtschaftlichen Unternehmen: „Auch wenn auf Gewinnerzielung verzichtet wird, muß das Prinzip der Kostenminimierung gelten“.

So redet das Programm der SPD zur Europawahl gegenüber dem blinden Prozeß der Kapitalverwertung im Kapitalismus immerhin einer demokratisch legitimierten, politisch-ökonomischen Rahmenplanung das Wort, die international abgestimmt werden soll. Dabei sollen durchaus auch gesellschaftliche Machtstrukturen, die sich auf den Besitz an Produktionsmitteln gründen, in Frage gestellt werden, um sie in einen demokratisch legitimierten Prozeß der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung einzubeziehen. In der Frage der Überführung von Produktionsmitteln in Gemeineigentum jedoch wird die Möglichkeit eingeräumt, gleich aber mit vorurteilsbehafteten Kautelen versehen, die zwar die alte

Förderung der Arbeiterbewegung nicht total abschreiben, aber mit deutlichen Warnungen versehen.

Für den „euro schnellbrief“ der SPD vom 31. Januar 1979 ist schon klar: „Die jahrelange Diskussion über die Möglichkeit eines ‚Dritten Weges‘ – zwischen der privaten Verfügungsgewalt in der Wirtschaft und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel durch den Staat – ist abgeschlossen.“ Damit wäre ein Stück Sozialismus zu Grabe getragen, die Arbeiter um eine Hoffnung betrogen, ein über hundertjähriger Kampf an ein unrühmliches Ende gekommen, eingepackt in das Versprechen von Mitbestimmung, Miteigentum, Gewinnbeteiligung und sozialer Demokratie. Die Arbeiterschaft hätte auf der Grundlage der Proklamation einer „Demokratisierung der Wirtschaft“ ihren Frieden mit dem Kapitalismus gemacht, der nach wie vor außerstande ist, die elementaren Lebensbedürfnisse der Menschheit zu befriedigen.

Deshalb müssen die im Europaprogramm erreichten Positionen als Grundlage der weiteren programmatischen Diskussion in der SPD und mit den Sozialisten Europas verteidigt, konkretisiert und ausgebaut werden.

Klaus Peter Kisker

Gewerkschaften und Multinationale Konzerne*

1. Das Problem

Etwa 200 Multinationale Konzerne (MNK) beeinflussen heute die ökonomische und politische Entwicklung der kapitalistischen Länder. Sie produzieren zusammen mehr als ein Viertel des Sozialproduktes der kapitalistischen Welt, 107 der größten MNK haben ihren Stammsitz in den USA, 23 in Japan, 19 in der Bundesrepublik, 18 in Großbritannien und 13 in Frankreich. Der Rest verteilt sich insbesondere auf Schweden, die Benelux-Länder, Italien und Canada. Diese MNK stellen die Gewerkschaften vor neue Probleme, da national arbeitende Organisationen international operierenden Kapitalen gegenüberstehen. In diesem Aufsatz soll versucht werden, diese neuen Probleme zu skizzieren. Dazu ist notwendig, zuerst darzustellen, was MNK sind, welche Besonderheiten sie gegenüber rein nationalen Kapitalen haben und wie sie gewerkschaftlichen Bemühungen begegnen können. Darauf aufbauend wird untersucht, was die Gewerkschaften, insbesondere die europäischen Gewerkschaften, bisher getan haben, und was weitergehend getan werden muß, um die Macht der MNK wirksam einzuzugrenzen.

2. MNK – eine Form der Kapitalexpansion

Die Frage, was MNK sind, wird von bürgerlichen Autoren in der Regel nur mit einer Beschreibung beantwortet. Demnach handelt es sich um Großunternehmen, die in mehreren Ländern mit Niederlassungen vertreten sind, deren Auslandsumsatz einen bedeutenden Anteil am Gesamtkonzernumsatz ausmacht und deren Auslandsaktivitäten mehr oder weniger aufgrund einer Gesamtstrategie von einer Zentrale gesteuert werden¹. Diese Definition ist nicht falsch, aber sie sagt nichts über das Wesen der MNK aus. Zur Erklärung ihrer Entstehung wird von den bürgerlichen Ökonomen eine Fülle von – sich oft widersprechenden – Motiven genannt. Aber auch unter den marxistisch orientierten Autoren besteht keine Einigkeit darüber, was MNK sind und warum es zu ihrer Herausbildung kam. Ein wesentlicher Mangel aller bürgerlichen wie der meisten marxistischen Erklärungsversuche scheint mir darin zu liegen, daß sie die Konzentration und

*) In diesem Artikel werden Ergebnisse eines Forschungsprojektes wiedergegeben, die demnächst in einem Buch unter dem Titel K.P. Kisker (Hrsg.) *Die Beeinflussung des Handlungsspielraumes der Gewerkschaften der Bundesrepublik Deutschland durch die Multinationalen Konzerne*, veröffentlicht werden.

1 Vgl.: Dietrich Keschull/Otto G. Mayer (Hrsg.) *Multinationale Unternehmen, Anfang oder Ende der Weltwirtschaft*, Frankfurt/M. 1974, S. 7 ff.

Zentralisation des Kapitals innerhalb eines Nationalstaates als „normal“ ansehen und die internationale Expansion als erklärungsbedürftige Abweichung betrachten. Daraus folgt dann, daß die allgemeinen Gesetze der kapitalistischen Akkumulation im Nationalstaat gelten und auf dem Weltmarkt besondere Gesetzmäßigkeiten bestehen. Die Suche nach diesen besonderen Gesetzmäßigkeiten hat zu einer Fülle von Gründen für Auslandsinvestitionen geführt.

Mit der Aussage: „Die Tendenz, den Weltmarkt zu schaffen, ist unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben“² hat Marx darauf hingewiesen, daß der kapitalistische Weltmarkt nicht ein zufälliges Produkt der Entwicklung des Kapitalismus, sondern seine Entstehung im Wesen der kapitalistischen Produktion begründet ist. Die Produktion wird weder durch ein direktes Herrschaftsverhältnis – wie im Feudalismus – noch durch einen gesellschaftlichen Plan gesteuert. Ihre Regulierung erfolgt gemäß des Wertgesetzes durch Tausch. Das schließt ein, daß prinzipiell jeder mit jedem tauschen kann. Eine warenproduzierende Gesellschaft ist daher prinzipiell ein offenes System. Das Ziel der kapitalistischen Produktion ist die Akkumulation von Mehrwert. Produktion von mehr Wert ist zugleich Produktion von mehr Waren. Um diese Waren abzusetzen muß der inländische Markt erweitert oder der Tausch mit anderen Gesellschaften verstärkt werden. Der zweite Weg wird gewählt, wenn er bessere Verwertungsmöglichkeiten bietet. Bessere Verwertungsmöglichkeiten im Ausland stellen sich dabei aufgrund der Konkurrenz der Einzelkapitale als Zwang zur Expansion dar.

Die Expansion über nationale Grenzen kann sich in verschiedenen Formen vollziehen. In der Frühphase des Kapitalismus war die vorherrschende Form die des Warenhandels, es folgte die Phase in der der Warenexport durch Leihkapitalexporte ergänzt wurde. Nach dem zweiten Weltkrieg erfolgte die Expansion zunehmend in Form von Auslandsinvestitionen. Das heißt, Großunternehmen kaufen oder errichten Tochtergesellschaften jenseits der nationalen Grenzen und werden damit zu MNK.

Die MNK sind also nicht – wie oft behauptet – etwas völlig Neues. Sie stellen vielmehr eine bestimmte Form der Weltmarktexpansion dar, die aus dem Wesen des Kapitalismus auf einer bestimmten Entwicklungsstufe zu erklären ist. Diese Form der Weltmarktexpansion entsteht, wenn Konzentration und Zentralisation zu Kapitaleinheiten geführt haben, die die Anlaufkosten und Risiken bei der Erstellung ausländischer Produktionseinheiten zu tragen in der Lage sind. Ferner setzt diese Expansionsform voraus, daß internationale Übereinkünfte auf den Gebieten der Wirtschafts-, Währungs- und Steuerpolitik die Produktionsverlagerungen und Finanztransaktionen längerfristig kalkulierbar machen und daß internationale Kommunikationssysteme (Telefon, Fernschreiber, Fluglinien etc.) eine zentrale Koordination gewährleisten.

2 s. Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Frankfurt/M./Wien o.J. S. 311

3. MNK und Gewerkschaftspolitik

Aus der jeweiligen Form, in der das Kapital den abhängig Beschäftigten gegenübertritt – als eine Vielzahl kleiner Unternehmen, wie im 19. Jahrhundert, als nationale Monopole, wie bis zum 2. Weltkrieg oder als multinational agierendes Monopolkapital heute – ergeben sich spezifische Probleme für den Kampf der Gewerkschaften.

Ein wesentliches Ziel der Gewerkschaftspolitik ist der Schutz und die Verbesserung der Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten. Dazu gehören Lohnkämpfe, denen multinationale Konzerne besser als jedes nationale Kapital begegnen kann. Allein schon die Möglichkeit, besser als jedes nationale Kapital die Gewinne verschleiern zu können, schwächt die Verhandlungsposition der Gewerkschaften. Mit der Verschiebung von Gewinnen können sich multinationale Konzerne teilweise der Besteuerung entziehen. Damit mindern sie die Möglichkeiten des Staates, den gewerkschaftlichen Forderungen nach Erhaltung und Verbesserung der sozialen Infrastruktur zu entsprechen.

Eine stärkere Waffe gegen Lohnforderungen und Versuche, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, ist die Möglichkeit, die Produktion ganz oder teilweise ins Ausland zu verlagern. Allein die Drohung eines MNK mit dieser Waffe kann in einem Arbeitskampf eine erhebliche Wirkung auf die Gewerkschaft haben. Daß diese Waffe nicht nur theoretisch vorhanden ist, zeigt der Streik in den Ford-Betrieben 1971 in Großbritannien. Damals erklärte Henry Ford II., daß geplante Investitionen auf dem Kontinent getätigt werden sollen, da „die Dinge in Westdeutschland viel besser gehen“.³ Gleichzeitig wurde versucht, den Produktionsausfall in Großbritannien durch Mehrarbeit in den kontinentaleuropäischen Werken zu kompensieren.

Mit Produktionsverlagerungen wird nicht nur bei Tarifeinmündung gedroht. Dieses Mittel wird auch zur Abwehr von Forderungen nach Verbesserung gesellschaftlicher Lebensbedingungen, also von Maßnahmen die über den Staat durchzusetzen sind, eingesetzt. So drohen die MNK immer wieder, angesichts von Versuchen schärfere Umweltschutzbestimmungen einzuführen, in unternehmerfreundlichere Länder zu gehen. Bei der Diskussion um die Einführung der paritätischen Mitbestimmung wurde gedroht, daß die Einschränkung der Unternehmerautonomie dazu führen müsse, daß in der Bundesrepublik weniger als bisher investiert würde.

3 s. Der Spiegel 11/1971, zur Analyse dieses Streiks und die internationalen Gewerkschaftsmaßnahmen s. Ernst Piehl, *Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegung*, Frankfurt a.M. 1974, S. 155 ff.

4. Das Verhältnis von Staat und Gewerkschaften zu den MNK

Gewerkschaftliche Forderungen richteten sich vorrangig an das Kapital, an Teile des Kapitals – z. B. die Unternehmen einer bestimmten Branche – oder an Einzelkapitale und können nur durch gewerkschaftlichen Druck durchgesetzt werden.

Dabei ist das Kapital entweder der direkte Adressat – wie Tarifverhandlungen – oder der indirekte Adressat, der über den Staat angesprochen wird.⁴ Hinsichtlich des Staates ist dabei nicht von der Ideologie auszugehen, daß er objektiver Schiedsrichter ist. Seine Aktionen werden durch die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse bestimmt. Das heißt heute, staatliche Entscheidungen werden weitgehend durch Unternehmerinteressen geprägt. Wenn Gewerkschaften Forderungen an den Staat richten wie z. B. der paritätischen Mitbestimmung und durchzusetzen versuchen, handelt es sich dabei nicht um unzulässigen Druck, vielmehr ist dies Teil der Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital und hat zum Ziel, dem Staat die Möglichkeit zur Erfüllung gewerkschaftlicher Ziele zu geben.

Bei einem nationalen Kapital richten sich gewerkschaftliche Forderungen direkt oder indirekt an Unternehmen, die vollständig in das Rechtssystem eines Nationalstaates eingebunden sind. Bei einem MNK ist ein Teil des Kapitals weder durch nationale Gewerkschaften noch durch den Nationalstaat beeinflussbar. Der MNK ist eine ökonomisch-organisatorische Einheit, in der Gewinne, Investitionen, Produktion und Arbeitsplätze nach Gewinnmaximierungsgesichtspunkten verschoben werden können. Der MNK kann aufgrund von Entscheidungen in der Konzernleitung direkt auf die Gewerkschaften eines Landes bzw. auf einen Nationalstaat Druck ausüben. Die Gewerkschaft kann andererseits direkt oder indirekt über den Nationalstaat nur auf den Teil des MNK einwirken, der im Rechts- und Wirtschaftssystem des eigenen Landes liegt. Dadurch verstärken sich die Schwierigkeiten in der Interessenvertretung der Arbeiterklasse.

5. Gewerkschaftsstrategien gegen MNK

Die durch die MNK entstandenen neuen Probleme sind seit Anfang der 70er Jahre von den Gewerkschaften breit diskutiert worden. Wir beschränken uns hier auf eine Skizze der Beschlüsse des DGB und des EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund). Die heutige Haltung des DGB zum Problem der MNK wird in dem Antrag 28 des 10. Ordentlichen Bundeskongresses (Mai 1975 in Hamburg) dokumentiert. In diesem einstimmig angenommenen Antrag heißt es u. a.: „Die

4 Vgl.: Gerhard Leminski/Bernd Otto, Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1974, S. 38 ff.

ständige Ausbreitung multinationaler Unternehmen ist in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Infolge der nahezu ausschließlich nationalen Begrenzung aller relevanten Gesetzgebung erwuchs den Großunternehmen durch die Internationalisierung ihres Kapitals zugleich ein neues unkontrolliertes Machtpotential. Den wirtschaftlichen und politischen Mißbräuchen dieses Potentials... gegen die Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften ist entgegenzuwirken“.

Die wichtigsten Forderungen dieses Antrages sind:

- internationale Vereinbarungen über Informations-, Publizitäts- und Konsultationspflichten gegenüber der Öffentlichkeit und den Gewerkschaften, die in der nationalen Gesetzgebung zu verankern sind;
- die Bundesregierung wird aufgefordert, alle gesetzgeberischen und administrativen Möglichkeiten auf nationaler Ebene auszuschöpfen, um Manipulationen internationaler Konzerne zu verhindern. Auf internationaler Ebene soll die Bundesregierung alle Möglichkeiten der wechselseitigen Information ausschöpfen, um internationale Konzentrationsvorgänge, Finanzbewegungen und Gewinnverlagerungen frühzeitig zu erkennen.
- Kapitalexpert und Direktinvestitionen in Entwicklungsländern sind durch Lenkungsmaßnahmen zu beeinflussen.
- Förderungsmaßnahmen zugunsten von Direktinvestitionen sind so zu gestalten, daß eine flexible und planmäßige Beeinflussung im Interesse der Struktur- und Beschäftigungsentwicklung in der BRD ermöglicht wird.
- Bei dem Erwerb von Beteiligungen an deutschen Unternehmen durch multinationale Konzerne sind der Regierung Einspruchsmöglichkeiten einzuräumen.
- Die gewerkschaftliche Gegenmachtposition ist durch die Erweiterung und Verbesserung der Mitbestimmungsrechte zu stärken.
- Die DGB-Gewerkschaften verpflichten sich zur internationalen Unterstützung anderer Gewerkschaften im Rahmen der Koordination durch ihre internationalen Berufssekretariate.

Weitergehende Forderungen zur Einschränkung der Macht multinationaler Konzerne hat der 1973 gegründete Europäische Gewerkschaftsbund auf dem Londoner Kongreß (April 1976) und in dem 1977 verabschiedeten Papier „Europäisches Aktionsprogramm – Multinationale Konzerne“ erhoben. Auf dem Londoner Kongreß hat der EGB beschlossen „alle Bemühungen seiner angeschlossenen Organisationen zu unterstützen, in ihren Ländern auf der Basis der bereits vorhandenen gesetzlichen und kollektivvertraglichen Regelungen in den Betrieben und Unternehmen verbesserte oder zusätzliche Vertretungs- und Mitwirkungsrechte zu erkämpfen, mit dem Ziel, für alle Arbeitnehmer mehr Einfluß auf die Gestaltung des einzelnen Arbeitsplatzes und auf den Arbeitsablauf in den Betrieben sowie einen größeren Einfluß auf die Unternehmensentscheidungen zu gewinnen“.

In dem Aktionsprogramm wird u. a. gefordert:

- die Einrichtung nationaler Investitionsmeldestellen, denen alle Investitionen größeren Umfanges anzuzeigen sind. Dabei sind anzugeben, welche Auswirkungen diese Investitionen auf die Beschäftigten und die Umwelt haben;
- die nationalen Investitionsmeldestellen sollen ihre Informationen über Investitionen multinationaler Konzerne regelmäßig austauschen;
- finanzielle Beihilfen oder Steuererleichterungen sollen für Investitionen nur gegeben werden, wenn sie gesellschaftliche Bedürfnisse erfüllen;
- auf nationaler wie europäischer Ebene ist auf der Basis der gemeldeten Investitionen für die wichtigen Sektoren eine Investitionsplanung vorzunehmen. An der Investitionsplanung sind die Gewerkschaften zu beteiligen. Dazu sind auf sektoraler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene Wirtschafts- und Sozialräte zu schaffen.

Daneben enthält das Aktionsprogramm Forderungen zur Ausgestaltung des Konzernrechts, insbesondere zum Ausbau der Mitbestimmung auf allen Ebenen, die den Gewerkschaften ermöglicht, auf die Zielsetzung und Politik der Konzerne Einfluß zu nehmen, zum Ausbau des Wettbewerbsrechtes – u. a. Genehmigung von Zusammenschlüssen nur, wenn sie nachweislich im Interesse der Allgemeinheit, der Arbeitnehmer und Verbraucher liegen, Preiskontrolle in hochkonzentrierten Sektoren und zur Kontrolle der Kapitalbewegungen.

6. Die nächsten Schritte

Die Macht der multinationalen Konzerne beruht auf der privaten Verfügungsmacht über Investitionen bzw. auf der Steuerung der Wirtschaft durch private Profitinteressen. Eine Einschränkung der Macht der MNK ist daher letztlich nur zu erreichen, wenn die Gewerkschaften an ihre klassischen Forderungen nach einer grundsätzlichen Neuordnung der Wirtschaft anknüpfen und diese durch konkrete Zwischenziele aktualisieren. Die oben dargestellten Forderungen des DGB und des EGB sind solche Zwischenziele. Sie müssen in einen breiten Diskussionsprozeß ausgebaut und in der Arbeiterklasse verankert werden.

Mit Recht legen die Gewerkschaften großes Gewicht auf den Ausbau der Informationsmöglichkeiten. Informationen sind notwendig um ein Bild von Rationalisierungsprozessen, Produktionsverlagerungen und Produktionseinstellungen zu bekommen. Das nächste Zwischenziel muß sein, die Investitionsmeldung durch eine Investitionskontrolle zu ergänzen. Demokratische Investitionskontrolle heißt, den Wirtschafts- und Sozialräten die Möglichkeit zu geben, bestimmte Investitionen zu unterbinden und die Einhaltung von Auflagen zu überwachen. Welche Investitionen zu unterbinden und welche Auflagen zu machen sind, kann nicht abstrakt in Form einer Bedarfsfrankskala formuliert werden, sondern ist ein Problem des demokratischen Willensbildungsprozesses. Da die

ser nicht als fertiger Mechanismus vorausgesetzt werden kann, sondern am Problem selbst zu entwickeln ist, kann eine Investitionskontrolle selbst nur schrittweise eingeführt werden. Die entsprechenden Forderungen können sich zu Anfang nur auf wenige Großinvestitionen richten, bei denen bereits ein breiter Konsens hinsichtlich der gesellschaftlichen Erwünschtheit oder Unerwünschtheit besteht. Das weitergehende Zwischenziel heißt Investitionslenkung auf der Basis demokratischer Willensbildung. Investitionsmeldung und -kontrolle berührt nicht grundsätzlich das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Investitionskontrolle engt die Verfügungsgewalt nur dort ein, wo private Investitionsentscheidungen negative Folgen für die Gesellschaft haben. Die Investitionslenkung aus den Händen weniger Konzernvorstände in die Hände demokratisch gebildeter und zu kontrollierender Organe zu überführen, ist dagegen ein Schritt über die Grenzen des kapitalistischen Systems. Für diesen Schritt gilt das gleiche, was oben zur Investitionskontrolle gesagt wurde, er ist selbst nur über Zwischenschritte zu vollziehen.

Dem Einwand, daß solche Forderungen utopisch seien, ist entgegenzuhalten, daß Vorstellungen, wie sie hier nur als Andeutung skizziert sind, in der französischen und italienischen Arbeiterbewegung seit Jahren diskutiert werden und nicht zuletzt unter dem Druck der jeweiligen Gewerkschaften Eingang in die Regierungsprogramme der sozialistischen wie der eurokommunistischen Parteien gefunden haben. Der DGB steht vor der schwierigen Aufgabe, bei den abhängig Beschäftigten das Bewußtsein von der Notwendigkeit grundlegender Veränderungen zu entwickeln. Denn nur auf der Basis eines solchen Bewußtseins kann der Druck entstehen, der es den Gewerkschaften ermöglicht, wirksame Strategien gegen die Macht des Kapitals durchzusetzen.

Hans Janßen

Die Tarifergebnisse für die metallverarbeitende Industrie*

Die Tarifrunde 1979 in der metallverarbeitenden Industrie ist abgeschlossen. In den Tarifgebieten unserer Organisation ist es gelungen, in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern Ergebnisse zu erreichen, die mittlerweile von den zuständigen Tarifkommissionen gebilligt wurden.

Der Anfang wurde in Hessen gemacht. Dort konnte in zähen und mühevollen Verhandlungen, die immer wieder vom Scheitern bedroht waren, der Durchbruch erreicht werden. Das Ergebnis von besonderem Gewicht ist, daß in der metallverarbeitenden Industrie die IG Metall den Sechs-Wochen-Urlaub für alle durchsetzen konnte. Mit dieser erfolgreichen Urlaubsregelung ist ein seit langem angestrebtes, tarifpolitisches Ziel erreicht worden. Mit dem jetzt vereinbarten Urlaubs-Stufenplan ist die Arbeitswelt menschlicher geworden. Unseren Kolleginnen und Kollegen bietet dieser soziale und kulturelle Fortschritt mehr Freizeit und längere Erholungsmöglichkeiten.

Die Jahresarbeitszeit wurde ein weiteres Stück verkürzt. Damit konnte zugleich ein von den Arbeitgeber-Verbänden als unverrückbar aufgebautes Tabu – der Sechs-Wochen-Urlaub für alle – in dem bedeutendsten Tarifbereich unserer Organisation, der metallverarbeitenden Industrie, durchbrochen werden, das nach dem Willen der Arbeitgeber weder verhandlungs- noch vereinbarungsfähig war.

Die IG Metall hat darüber hinaus erreicht, daß die Lohn- und Gehaltsschlüssel, die die Abstände zwischen den einzelnen Lohngruppen in Prozent festlegen, nicht mehr wie bisher, von Ausnahmen abgesehen, im Lohn- und Gehaltsrahmen- bzw. Manteltarifvertrag stehen. Die Arbeitgeber wollten den Lohn- und Gehaltsschlüssel in den Lohnrahmen- und Manteltarifverträgen festschreiben, um Veränderungen längerfristig abzuwehren. Nunmehr steht er im jeweils gültigen Lohn-tarifvertrag und ist somit Jahr für Jahr mit den Löhnen und Gehältern kündbar und damit jederzeit verhandlungsfähig. Damit wurde ein weiteres wichtiges Ziel des vergangenen Gewerkschaftstages erfüllt. Das bedeutet: In Zukunft kann das Verhältnis der einzelnen Lohngruppen zueinander bei den jährlichen Tarifverhandlungen neu bestimmt werden. Dadurch sind Lohnforderungen der verschiedensten Art und Form, in jeder Variation und Kombination möglich, wie sie in den einzelnen Tarifgebieten immer wieder gefordert werden.

Die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen werden bei einer Laufzeit von 13 Monaten um 4,3% erhöht. Dieses Ergebnis ist bei Betrachtung des Gesamtabschlusses tragbar. Damit konnte die Umverteilungsabsicht der Arbeitgeber, die Lohn- und Gehaltssteigerungen auf den Ausgleich der Preissteigerungsrate zu beschränken, abgewehrt werden.

* aus „metall“, Nr. 3, vom 7.2.1979

Preis für Fortschritt

Für viele ist die mit dem Abschluß verbundene Festschreibung der Wochenarbeitszeit für fünf Jahre ein zu weit gehendes Zugeständnis an die Arbeitgeber. Wir sind gewiß nicht glücklich über diese Bindung. Doch schien der IG Metall die Verwirklichung des gewerkschaftlichen Ziels eines sechswöchigen Urlaubs für alle sie als vertretbar zu rechtfertigen. Die IG Metall hat einen gewissen Preis für die erreichten Fortschritte zahlen müssen. Hier hat sich der Verbots- und Sperrkatalog der Unternehmer-Verbände und ihre bindenden Absprachen untereinander gegen die Verkürzung der Arbeitszeit ausgewirkt.

Die jetzt eingegangene Bindung bedeutet nicht, daß der IG Metall in den nächsten fünf Jahren tarifpolitisch die Hände gebunden sind. Dies gilt allein in der Frage der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit! Einen Stillstand in der Tarifpolitik wird es nicht geben. Der Gewerkschaftstag 1977 in Düsseldorf hat in seiner tarifpolitischen Entschließung eine Reihe weiterer wichtiger Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen formuliert, beispielsweise bezahlte Erholungszeiten, menschengerechte Arbeitsorganisation, Schutz vor unzumutbaren Leistungsabforderungen. Hier liegen wichtige, tarifpolitische Aufgabenstellungen, die in den kommenden Jahren schrittweise angegangen werden müssen.

Insgesamt betrachtet hat die IG Metall mit diesem Ergebnis einen tragbaren Kompromiß bei der Einkommenserhöhung und ein wesentliches Grundsatzziel mit dem längeren Urlaub erreicht. Auch unter schwierigen Bedingungen konnte der Versuch der Arbeitgeber, sozialen Fortschritt zu verhindern, abgewiesen werden. Aus diesem Grund empfahl der Vorstand einstimmig eine Übernahme des hessischen Tarifabschlusses in die übrigen Tarifgebiete.

Daß die Metallindustriellen zu einem zügigen Abschluß in der vorliegenden Form bereit waren, dazu hat die Standfestigkeit der IG Metall im Stahlstreik wesentlich beigetragen. Die Arbeitgeber versuchen verstärkt eine Umverteilung in der Wirtschaft zu ihren Gunsten durchzuführen und die Risiken der wirtschaftlichen Entwicklung einseitig den Arbeitnehmern aufzuladen. Ihre Politik besteht darin, nein zu allen Veränderungen zugunsten der Arbeitnehmer zu sagen und sich jeden Fortschritt mit großem Einsatz abringen zu lassen. Mit dem Stahlarbeiter-Streik über die Festtage hinweg und mit dem Metallarbeiter-Streik im Frühjahr vergangenen Jahres in Nordwürttemberg-Nordbaden ist die IG Metall erstmals in ihrer Nachkriegsgeschichte innerhalb eines Jahres zu zwei großen Streiks als letztem Mittel der gewerkschaftlichen Interessenvertretungen gezwungen worden. Wir haben gezeigt, daß die Industriegewerkschaft Metall auch in schwierigen Zeiten entschlossen ist, den Herausforderungen der Arbeitgeber mit allen geeigneten Mitteln entgegenzutreten.

Noch ein weiteres hat die Tarifauseinandersetzung in der Eisen- und Stahlindustrie bei den Arbeitgebern offenbar bewirkt. Sie verzichteten auf den vorschnelen Ruf nach dem Schlichter oder einem Vermittler. Der Abschluß ist in freien

Verhandlungen zustande gekommen. Das ist Sinn und Zweck der Tarifautonomie, nicht die Flucht aus der Verantwortung als Tarifvertragspartei in die Schlichtung oder die politische Vermittlung, wie es die Arbeitgeber im Tarifkonflikt der Eisen- und Stahlindustrie getan haben.

Das erreichte Tarifergebnis ist um so höher zu bewerten, wenn man die schwierigen Bedingungen bedenkt, unter denen die IG Metall ihre Forderungen zu vertreten hat. Erneut hat sich bestätigt, daß die Tarifauseinandersetzungen von Jahr zu Jahr schwieriger und härter werden. Den organisierten Arbeitnehmern einen angemessenen Anteil am Volkseinkommen zu erkämpfen und sie vor den unsozialen Folgen der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung zu schützen, stößt auf wachsenden Widerstand der Metallarbeitgeber. Wir stehen, so wurde in diesem Jahr überdeutlich, einer straff organisierten Einheitsfront der Unternehmer- und Arbeitgeber-Verbände in der Bundesrepublik gegenüber, dessen harter Kern Gesamtmetall ist und dessen Verbindungslinien weit in den politischen Raum und in den Medienbereich hineinreichen.

Ernste Entwicklung

Die Regieanweisungen dieser auf die Abwehr gewerkschaftlicher Forderungen gerichteten Einheitsfront sind im sogenannten Tabu-Katalog der Unternehmer- und Arbeitgeber-Verbände niedergeschrieben, dessen fortschrittsfeindlicher und unsozialer Charakter es offenkundig war, der die Urheber zur Geheimhaltung bewog. Daß die Metallarbeitgeber entschlossen sind, sich rücksichtslos getreu diesen Regieanweisungen zu verhalten, zeigt der zweimalige Griff zum brutalen Instrument der Aussperrung in einem Jahr. Damit sollte die IG Metall gefügig gemacht und in ihrer Kampfkraft auf Dauer entscheidend geschwächt werden. Zugleich sollte allen anderen Gewerkschaften ein warnendes Beispiel vor Augen geführt werden.

Diese Entwicklung ist sehr ernst zu nehmen. Der Interessenkonflikt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer war nie beseitigt. Er ist wieder um vieles deutlicher und sichtbarer geworden. Noch mehr als bisher kommt es darauf an, die Kampffähigkeit und Handlungsfreiheit der Organisation zu stärken, um in den kommenden Jahren in den auf uns zukommenden harten Auseinandersetzungen bestehen zu können. Darüber hinaus gilt es, im Betrieb in gemeinsamen Anstrengungen alle vorhandenen tarifvertraglichen und betriebsverfassungsrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine Politik der Kostensenkung und Gewinnsteigerung auf Kosten der Beschäftigten zu verhindern und einem weiteren Personalabbau entgegenzutreten. Hier gibt es eine Reihe von Ansatzpunkten, von längeren Erholzeiten für gestiegene Belastungen bis hin zur Ablehnung von Überstunden, um einen wirksamen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu leisten. Tarifpolitisch wird der Schutz

vor den Folgen der Rationalisierung und des technischen Wandels noch stärker in den Vordergrund rücken. Dabei sind die Sicherung der Arbeitsplätze und die menschengerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen Themen von vorrangiger Bedeutung. Jede anstehende Tarifrunde im Organisationsbereich der IG Metall wird diese Leit motive verdeutlichen. Wenn die Arbeitgeber glauben, die IG Metall sei nach zwei Arbeitskämpfen in einem Jahr erpreßbar oder kampfunfähig geworden, so befinden sie sich auf einem gefährlichen Irrweg.

Die IG Metall ist nicht gewillt, tatenlos zuzusehen, daß sich auf der einen Seite die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit und der wirtschaftliche Reichtum erhöhen, daß aber auf der anderen Seite Arbeitsplätze, sozialer Status und Lebensstandard einer großen Zahl von Arbeitnehmern gefährdet werden.

Dabei wissen wir, daß die Mittel der Tarifpolitik beschränkt sind. Es muß die vorrangige Aufgabe der staatlichen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Technologiepolitik sein, die Vollbeschäftigung wieder herzustellen und zu sichern – auch gegen den Willen der Unternehmer. Aus dieser Verantwortung dürfen die Politiker nicht entlassen werden.

Josef Hindels

Bemerkungen zu den Herforder Thesen

Die Herforder Thesen sind eine wertvolle Diskussionsgrundlage nicht nur für Marxisten in der SPD, sondern auch für Marxisten in anderen sozialdemokratischen Parteien. Es ist verständlich, daß sie Passagen enthalten, die sich auf die spezifischen Verhältnisse in der Bundesrepublik beziehen, und daher nicht übertragen werden können.

Aber es überwiegen grundsätzliche Aussagen, denen internationale Bedeutung zukommt. Deshalb möchte ich als österreichischer Linkssozialist ein paar Bemerkungen zu diesem Dokument machen, die als Ergänzung gedacht sind.

Zur STAMOKAP-Theorie

Die Einleitung enthält eine komprimierte Stellungnahme zur sogenannten Stamokap-Theorie, die seit langem zu den Reizworten eines geistlosen Antikommunismus gehört. Es wird auch ein Zitat von Rudolf Hilferding angeführt, aus dem hervorgeht, daß dieser sich über die Funktion des Staates im Monopolkapitalismus Stamokap-ähnliche Gedanken gemacht hat, die ihn, wäre er nicht von den Nazis ermordet worden, heute in den Verdacht bringen würden, ein „Verfassungsfeind“ zu sein.

Meiner Ansicht nach wäre es zweckmäßig, bei einer Neubearbeitung der Thesen diesen ideengeschichtlichen Aspekt noch stärker herauszuarbeiten. Es gilt, der weitverbreiteten Meinung, daß Aussagen über die Beziehungen zwischen Staat und Monopol nur in der kommunistischen Theorie zu finden sind, entschieden entgegenzutreten.

Besonders ist zu betonen, daß der zitierte Rudolf Hilferding das Werk „Finanzkapital“ bereits 1909 veröffentlicht hat, also vor der Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung und der Gründung der Kommunistischen Internationale.

Mit Recht schreibt Édouard März in einer Einleitung zu der 1968 in der Europäischen Verlagsanstalt erschienen Ausgabe des „Finanzkapital“:

„Hilferdings ‚Finanzkapital‘ ist häufig als der vierte Band des Marx'schen Kapitals bezeichnet worden. Es mag dahingestellt sein, ob ein solcher Vergleich gerechtfertigt ist. Sicher ist, daß Hilferdings Werk zu den wenigen Büchern der ersten nachmarx'schen Generation zählt, die theoretisches Neuland erschließen.

Das große Verdienst Hilferdings besteht hauptsächlich darin, daß er die Marx'sche Lehre von der Konzentration und Zentralisation des Kapitals konsequent weiterführt.“

Es ist richtig, daß Lenin in seinem Werk über den Imperialismus die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus gründlich analysierte. Aber es darf nicht übersehen werden, daß er sich, vor allem bei der Behandlung wirtschaftstheoretischer Momente, auf Rudolf Hilferdings Untersuchungen stützte.

Hilferding, hervorgegangen aus der austromarxistischen Schule, später eng verbunden mit der deutschen Sozialdemokratie, kann aber nicht als kommunistischer Theoretiker bezeichnet werden. Er wurde von den Kommunisten wiederholt heftig kritisiert.

Es geht hier — und das sollte auch in den Thesen ausgesprochen werden — um eine grundsätzliche Frage sozialistischer Wissenschaftstheorie, die weit über das Thema Stamokap hinausführt:

Die rechten Sozialdemokraten haben seit dem Versagen der Internationale bei Kriegsbeginn 1914 kostbares Ideengut über Bord geworfen. Dazu gehören die Werke von Marx und Engels ebenso wie die meisten Arbeiten ihrer Schüler. Weder ein August Bebel noch ein Franz Mehring, ein Rudolf Hilferding und ein Otto Bauer, um nur wenige zu nennen, passen in das Konzept einer integrationalistischen, sich an den Spätkapitalismus anpassenden Sozialdemokratie. Aber es ist historisch unzulässig, daraus die Folgerung zu ziehen, daß alles, was diese großen Denker der Arbeiterbewegung gesagt und geschrieben haben, zur kommunistischen Theorie gehört.

Marxisten in den sozialdemokratischen Parteien dürfen nicht müde werden, dieses Gedankengut zu wahren und schöpferisch weiterzuentwickeln. Es soll nicht bestritten werden, daß auch kommunistische Theoretiker wertvolle Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus geleistet haben und noch leisten. Aber es dient dem Selbstverständnis von Marxisten in den sozialdemokratischen Parteien zu betonen, wie groß der Anteil sozialdemokratischer Denker ist, auch wenn etliche von ihnen heute zu unbequemen Mahnern wurden, die man zwar feiern darf (wenn es sich nicht vermeiden läßt), aber nicht zitieren soll.

Krisenmomente des gegenwärtigen Kapitalismus

Dieses Kapitel der Thesen scheint mir besonders gelungen zu sein. Vor allem ist es richtig, daß auch auf die Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unter kapitalistischen Eigentums- und Entscheidungsverhältnissen hingewiesen wird: Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen.

Ergänzend möchte ich nur hinzufügen: Otto Bauer hat dafür das treffende Wort: *Fehlrationalisierung* geprägt. In seinem 1931 erschienen Buch: „Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg — Erster Band: Rationalisierung — Fehlrationalisierung“ finden wir eine tiefeschürfende Analyse des kapitalistischen Rationalisierungsprozesses.

Otto Bauer hat – im Unterschied zu den alten und neuen Maschinenstürmern – die Rationalisierung, die technische Verbesserung und Verwissenschaftlichung der Produktionsvorgänge, niemals abgelehnt. Nichts lag ihm ferner – das heute zu betonen, ist von besonderer Aktualität – als die Großtechnologien durch rückständige Kleinbetriebe ersetzen zu wollen. Die Rationalisierung sollte im Sozialismus und bereits beim Übergang zur sozialistischen Gesellschaft, nicht mehr der Maximierung des Profits, sondern der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dienen.

Seine Schlußfolgerungen aus der Untersuchung über die Beziehungen zwischen Rationalisierung und Gesellschaftsordnung verdienen es, auch in der Gegenwart beachtet zu werden. Hier seien lediglich die wichtigsten Sätze wiedergegeben:

„Die Rationalisierung der Betriebe fordert die Rationalisierung der Gesellschaftsordnung, die die methodische Anwendung der Wissenschaft zur Steigerung der Produktivität der Arbeit verwandeln soll aus einer Ursache der Wirtschaftskrisen und der Arbeitslosigkeit in das Mittel, den Wohlstand aller zu heben und die Arbeitsbürde aller zu erleichtern.

Die Rationalisierung der Gesellschaftsordnung kann nur errungen werden im Klassenkampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse. Aber ob und wann, auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln die Arbeiterklasse die Rationalisierung der Gesellschaftsordnung durchzuführen vermögen, wird abhängen einerseits von dem Gelingen des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion, andererseits von der Behauptung der Demokratie in Europa.“

Das wurde zwei Jahre vor der Machtergreifung des Hitlerfaschismus in Deutschland geschrieben. Heute wissen wir, daß sich damals die Demokratie in Europa nicht behaupten konnte. Daher sind die ungelösten Fragen der Gesellschaftsveränderung auf der Tagesordnung geblieben.

Nebenbei sei bemerkt, daß Otto Bauers positive, wenn auch nicht unkritische, Haltung zum sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion zum linkssozialdemokratischen Gedankengut von damals gehörte. War Otto Bauer deshalb ein „Kryptokommunist“? Hätte er heute Berufsverbot?

Die Strategie der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Industrieländern

Von besonderem Interesse für Marxisten in sozialdemokratischen Parteien auch außerhalb der Bundesrepublik ist jener Teil der Thesen, der sich mit dem „Neuen“ einer solchen Strategie gegenüber den bisherigen Erfahrungen beschäftigt.

Ich stimme vollinhaltlich mit dem Hinweis auf das veränderte weltpolitische Kräfteverhältnis überein. Es ist richtig, daß der Zwang zur Koexistenz langfristig auch die Chancen eines nichtgewaltsamen demokratischen Übergangs zum

Sozialismus erhöht. Die Betonung sollte meiner Meinung nach bei dem Wort „langfristig“ liegen. Noch sind die Aktivitäten der Kalten Krieger eine akute Gefahr.

Die in den Thesen enthaltene Einschätzung der Situation der Linken in Westeuropa scheint mit zu optimistisch zu sein. Da heißt es zunächst:

„Erstmals seit mehr als einem halben Jahrhundert sind alle Staaten Europas von der Herrschaft faschistischer Regime befreit; die Linke hat sich gerade in den zuletzt befreiten Ländern eine starke Stellung sichern können.“

Nach mir vorliegenden Informationen ist es der Linken in Portugal bisher nicht gelungen, die Angriffe der Reaktion auf die revolutionären Errungenschaften, vor allem im agrarischen Bereich, abzuwehren. Und in Spanien sind im Staatsapparat, insbesondere in den Streitkräften, noch immer Repräsentanten des Franco-Faschismus in leitenden Positionen tätig. Mir würde daher folgende Formulierung eher zusagen:

Erstmals seit mehr als einem halben Jahrhundert sind alle Staaten Europas von der Herrschaft faschistischer Regime befreit. Die Linke hat sich gerade in den zuletzt befreiten Ländern Positionen sichern können, denen bei der Abwehr reaktionärer Anschläge große Bedeutung zukommt.

Es darf nicht übersehen werden, daß diese Länder kapitalistisch geblieben sind, zum Teil sogar mit feudalen Strukturen in der Landwirtschaft. Hinzu kommt der gewaltige Einfluß des ausländischen, vor allem des amerikanischen und westdeutschen Kapitals, der die Rechtskräfte stärkt und die integrationsistischen Teile der Arbeiterbewegung begünstigt.

In den Thesen wird ausführlicher auf die Situation in Frankreich und Italien eingegangen. Es heißt da:

„In zwei bedeutenden westeuropäischen Nationen, Frankreich und Italien, hat sich inzwischen die Position der klassenbewußten, antikapitalistischen Kräfte der Arbeiterbewegung soweit verbessert, daß sich hier schon für die nächste Zukunft die Möglichkeit abzeichnet, tiefgreifende, ihrer Perspektive nach revolutionäre Strukturformen einzuleiten.“

Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß es gleichzeitig in anderen Ländern, wie besonders der Bundesrepublik, zu erfolgreichen Gegenoffensiven der herrschenden Klasse und zu einer deutlichen Verschiebung der politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach rechts gekommen ist. Dennoch wird man zusammenfassend davon ausgehen können, daß sich der demokratische Handlungsspielraum und die gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten für fortschrittliche Positionen in den westeuropäischen Ländern im Ganzen gesehen erweitert haben.“

In Frankreich hat die Linksunion eine Wahlniederlage erlitten. Es könnte sich dabei um eine vorübergehende Episode handeln, die es nicht verdient, in den Thesen behandelt zu werden. (Übrigens weiß ich nicht, ob die Thesen vor oder nach diesem Wahlgang verfaßt wurden.) Aber wesentlicher ist, daß sich in letzter

Zeit die Differenzen zwischen den beiden Linksparteien verschärft haben. Im Brief eines französischen Genossen finde ich den beunruhigenden Satz: „Die Linksunion hat aufgehört zu existieren, obwohl es sie auf dem Papier noch gibt.“ Ich kann nicht beurteilen, ob es tatsächlich so schlimm ist. Aber eines scheint mir klar zu sein:

Wenn diese Vertrauenskrise der Linken nicht überwunden wird, kann es in der nächsten Zukunft keine revolutionären Strukturreformen in Frankreich geben. Selbst wenn man beiden Linksparteien den ehrlichen Willen zu solchen Reformen zubilligt, ist jede allein zu schwach, um sie gegen den Widerstand der eigenen Bourgeoisie und des ausländischen Kapitals durchzusetzen. Die Linksentwicklung in Frankreich hat sich leider verlangsamt.

In Italien befindet sich die KPI, die dort die stärkste, und geistig lebendigste Kraft der Linken repräsentiert, in einer äußerst komplizierten Situation. Sie hat viel Verantwortung übernommen, aber bisher keinen realen Einfluß auf das sozialökonomische Geschehen gewinnen können.

Ich glaube nicht, daß es unsere Aufgabe ist, der italienischen Arbeiterbewegung, von der wir viel zu lernen haben, Lektionen zu erteilen. Aber bei einer nüchternen Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen im westlichen Europa ist es notwendig, diese Problematik der größten Linkspartei, der KPI, ohne Illusionen zu erkennen.

Dazu auch eine allgemeine Bemerkung zum sogenannten Eurokommunismus: Es ist ein gewaltiger historischer Fortschritt, daß die eurokommunistischen Parteien erkannt haben, daß die Erfahrungen der russischen Oktoberrevolution nicht mechanisch auf hochentwickelte Industrieländer des Kapitalismus angewendet werden dürfen, sondern in jedem Land, unter Beachtung seiner historischen und kulturellen Eigenarten, ein eigener Weg zum Sozialismus notwendig ist.

Aber auch dieser eigene Weg bedeutet harten Klassenkampf und ist mit der Gefahr verbunden, daß die Arbeiterbewegung (auch die kommunistische) in die bestehende Gesellschaft integriert wird.

Gegen den alten und neuen Revisionismus

Die Herforder Thesen sollten uns bewußt machen, daß es Ziele gibt, die von den Marxisten in den sozialdemokratischen Parteien Europas *gemeinsam* angestrebt werden sollten, ohne die spezifischen Probleme in den eigenen Ländern zu vernachlässigen. Ich möchte mit voller Absicht zunächst ein negatives Ziel in den Mittelpunkt stellen:

Es gilt, dem alten und neuen Revisionismus in der europäischen Sozialdemokratie wirksam entgegenzutreten. Ich verstehe den Begriff Revisionismus nicht als Schimpfwort, entnommen dem Vokabular von Dogmatikern, sondern im

Sinne des klassischen Revisionismusstreites in der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg.

Die damals gegen Bernstein vorgebrachten Argumente sind — bei Berücksichtigung neuer Entwicklungsmomente — angesichts der größten Krise des Kapitalismus seit den dreißiger Jahren aktueller denn je. Wieder hat, wie schon in früheren Jahrzehnten, die Entwicklung die Bernsteinschen Illusionen von einem harmonischen Kapitalismus und vom Abschleifen der Klassengegensätze überzeugend widerlegt.

Das Versagen jenes Instrumentariums, das nach Keynes Krisen rechtzeitig verhindern sollte, beweist, daß die Marxisten mit ihren angeblich antiquierten Theorien recht behalten haben gegenüber den rechten Sozialdemokraten, die noch vor kurzem von einem krisenfreien Kapitalismus schwärmten und vor Keynes auf den Knien lagen.

Im Kampf gegen den alten und neuen Revisionismus können in den sozialdemokratischen Parteien die theoretischen Voraussetzungen geschaffen werden für eine Veränderung dieser Parteien im Sinne sozialistischer Grundsätze.

Die Ausgangspositionen sind in den einzelnen Parteien verschieden. Dennoch scheint mir das Gemeinsame von entscheidender Bedeutung zu sein. Es ist mir daher ein Bedürfnis, jenen Genossen herzlich zu danken, denen es gelungen ist, die Herforder Thesen zu erarbeiten. Dieser Beitrag verdient weiteste Verbreitung in den sozialdemokratischen Parteien und darüber hinaus in der gesamten Linken Europas.

Monika Buttgerit

Sozialismus als Männersache

100 Jahre Bebels Buch „Die Frau und der Sozialismus“

Vor 100 Jahren erschien August Bebels Buch „Die Frau und der Sozialismus“. Das 100jährige Jubiläum dieses Buches wurde von verschiedenen Autor(inn)en zum Anlaß genommen, sich mit der Behandlung der Frauenfrage in der Sozialdemokratie unter aktuellen Gesichtspunkten auseinanderzusetzen. Einen wirklich ernsthaften Versuch scheint mir das Buch „Sozialismus als Männersache,“¹ von Luc Jochimsen darzustellen.

Bebel verstand sein Buch als Kampfschrift für den Sozialismus und gegen die Unterdrückung der Frauen. Er wandte sich damit ebenso gegen die Vorurteile bürgerlicher Wissenschaftler wie auch die der eigenen Genossen. Neben der Darstellung der Situation der Frau in Vergangenheit und Gegenwart enthält das Buch eine ökonomische Analyse des Staates sowie eine ausführliche Darstellung der Konsequenzen, die sich aus einer Sozialisierung der Gesellschaft ergeben würden.

Das Buch wurde von Frauen und Männern gleichermaßen gelesen und führte dazu, daß mehr Frauen die Frauenfrage aufgriffen und für eine breite Diskussion sorgten – die Anfänge der sozialistischen Frauenbewegung entstanden. Es wurden Frauengruppen gegründet, die sich den Kampf für Sozialismus ebenso zur Aufgabe machten wie die Analyse der Situation der Frau. Die Männer lasen das Buch zwar, konnten oder wollten daraus aber keine Konsequenzen für die Partei ziehen. (Sozialistengesetz, Vereinsgesetzgebung). Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes wurde die Forderung nach Gleichberechtigung der Geschlechter jedoch zur Kampfparole der Partei.

Im folgenden sollen zwei wichtige Kapitel beider Bücher dargestellt werden. Wegen der aktuellen Bedeutung scheinen die Bereiche „Frauenarbeit“ und „Kampf um politische Gleichberechtigung“ dazu am besten geeignet. Die Diskussion um die Erwerbstätigkeit der Frau und um die Stellung der Frau in der SPD bilden heute wie damals Schwerpunkte in der Behandlung der Frauenfrage.

Frauenarbeit

Für die 25. Auflage seines Buches (1895) hat Bebel ein Kapitel „Die Erwerbstellung der Frau – Entwicklung und Verbreitung der Frauenarbeit“² eingeführt.

1 Luc Jochimsen, Sozialismus als Männersache oder Kennen Sie ‚Bebels Frau‘? rororo, Frauen aktuell, Bd. 4350

2 August Bebel, Die Frau und der Sozialismus, Fackelträger-Verlag Schmidt Küster GmbH, Hannover

Mit Hilfe etlicher Statistiken weist er das ständige Zunehmen von Frauenerwerbstätigkeit nach und kommt zu dem Schluß: „Die Frauenarbeit hat somit einen solchen Umfang, eine solche Bedeutung gewonnen, die die ganze lächerliche Hohlheit des Philistersprüchleins erweisen, die Frau gehört ins Haus.“³

Ungeachtet der faktischen Erwerbstätigkeit wurde die Bindung der Frau an Haus und Herd damals jedoch auch juristisch normiert:

„Der Mann ist das Haupt der Familie.“ (§ 91 BGB) „Die Gattin erhält den Namen des Mannes und genießt die Rechte seines Standes.“ (§ 92 BGB) „Es ist vorzüglich die Pflicht des Vaters, so lange für den Unterhalt der Kinder zu sorgen, bis sie sich selbst ernähren können. Die Pflege ihres Körpers und ihrer Gesundheit ist hauptsächlich die Mutter auf sich zu nehmen verbunden.“ (§ 141 BGB)⁴

Daß die gesellschaftliche Realität anders war, hat damals so wie heute kaum jemanden interessiert: 30% der Erwerbstätigen waren schon zu Bebels Zeiten Frauen.

Allerdings sind die gesetzlichen Grundlagen heute anders. Seit der Reform des Ehe- und Familienrechts wird die Rolle der Frau in der Familie nicht mehr als die der Mutter und Hausfrau definiert.

Als Ursachen für die Erwerbstätigkeit von Frauen nennt Bebel: Unzulänglichkeit des Verdienstes des Mannes, der Mann verbraucht zu viel für sich selbst, Gewohnheit – und kommt zu dem Schluß, daß die große Mehrzahl der Frauen arbeitet, weil sie muß.

Auch Bebels Analyse des Lohnniveaus der Frauen gegenüber den Männern erinnert an die Gegenwart.

„Die Bezahlung der Frauen ist in fast allen Branchen erheblich niedriger als jene der Männer. Im allgemeinen verdient eine Frau ein Drittel oder die Hälfte des Wochenlohns eines Mannes.“⁵

Gewerkschaftlich organisiert waren damals nur 2% der Frauen. Das lag zum einen an mangelnder Bereitschaft der Gewerkschaften, Frauen aufzunehmen, zum anderen an der Überbelastung der Frauen. Clara Zetkin schreibt dazu: „... Müde, abgehetzt kehrt sie aus Fabrik und Laden oder vom Felde zurück – und dann heißt es, den großen Pflichtkreis der häuslichen Verrichtungen zu erfüllen – und die Stimme des Blutes, die Stimme der Liebe gebeut, auch hier die ganze Kraft einzusetzen, Arbeit, die dem Manne erspart bleibt.“⁶

Kein Wunder, daß die Frauen damals wie heute kaum Zeit fanden, zu Versammlungen zu gehen, an Schulungen teilzunehmen, usw.

Heute ist der Prozentsatz von Frauen in den Gewerkschaften sehr viel höher (DGB: rund 20% – in der Einzelgewerkschaft Textil- und Bekleidung beträgt er

3 zitiert in Luc Jochimsen, a.a.O., S. 31

4 Luc Jochimsen, a.a.O., S. 32

5 zitiert in Luc Jochimsen, a.a.O., S. 35

6 zitiert in Luc Jochimsen, a.a.O., S. 35

64%). In den letzten Jahren nahm die Zahl weiblicher Mitglieder im DGB stärker zu als die der männlichen.

Die Frauen sind also durchaus daran interessiert, ihre Probleme als Arbeitnehmerinnen in die Gewerkschaften hineinzutragen. Hat sich das auf die Politik der Gewerkschaften ausgewirkt?

– Es gibt immer noch Leichtlohngruppen, nach denen fast ausschließlich Frauen bezahlt werden. Der DGB hat nur zaghaft in Tarifverhandlungen die Abschaffung dieser Lohngruppen gefordert.

– Die Gewerkschaften fordern immer noch zum großen Teil einheitliche prozentuale Lohnerhöhungen. Das führt zu einer Benachteiligung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen und damit der Frauen.

– Die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit wird noch immer einseitig unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten diskutiert. Den Frauenausschüssen der Gewerkschaften ist es nicht gelungen, den emanzipatorischen Effekt einer *täglichen* Arbeitszeitverkürzung in die Diskussion miteinzubeziehen. Eine tägliche Arbeitszeitverkürzung böte die Chance, daß Männer und Frauen gleichberechtigt ihre Pflichten im Haushalt und bei der Kindererziehung wahrnehmen.

Es bliebe abzuwarten, ob die Männer die Möglichkeit, die sich ihnen durch das Verlassen ihrer „Männerrolle“ böte, erkennen und nutzen würden.

Nachdem sich die Gewerkschaftsfrauen mit ihrer Forderung nach täglicher Arbeitszeitverkürzung bisher nicht durchsetzen konnten, hört man immer öfter die Forderung nach Verkürzung der Lebensarbeitszeit.

Diese Form der Arbeitszeitverkürzung würde die Mehrfachbelastungen der berufstätigen Frau allerdings nicht abbauen helfen.

Der Kampf um die politische Gleichberechtigung

Trotz formaler Gleichberechtigung sind Frauen heute nach wie vor politisch und gesellschaftlich benachteiligt.

Zu Bebels Zeiten stand im Mittelpunkt des Kampfes um politische Gleichberechtigung die Forderung nach dem Wahlrecht für Frauen.

Auch hier erscheint Bebels Auseinandersetzung mit der These, die Frauen seien zu ungebildet, durchaus nicht 100 Jahre alt.

„Als die ersten Arbeiter in den Reichstag traten, glaubte man, auch über sie witzeln zu können und behauptete, die Arbeiter würden bald einsehen, welche Torheit sie begingen, solche Leute zu wählen. Aber ihre Vertreter wußten sich schnell Respekt zu verschaffen, und jetzt fürchtet man, daß es ihrer zu viele werden möchten.“⁷

⁷ zitiert in Luc Jochimsen, a.a.O., S. 88

Zu der Befürchtung, daß die Frauen zu sehr unter traditionellen Einflüssen stünden und daher nicht für die Sozialdemokratie eintreten würden, sagt Bebel: „Auch die Mehrzahl der Männer stimmt unserer Auffassung nach so, wie sie nicht stimmen dürfte, begriffe sie ihr wahres Interesse“⁸

Als eine der wenigen Errungenschaften der Revolution erhielten die Frauen 1918 das Wahlrecht. 1919 wurden fast 10% Frauen ins Parlament gewählt. Ein verheißungsvoller Anfang. Doch wie ging es weiter?

Die Prozentzahlen sanken kontinuierlich, und 1933 waren nur noch 3,8% der Abgeordneten Frauen. „Der Sieg wurde schnell zu Asche. Wahlrecht hin, Wahlrecht her. Politik blieb Männersache – und die Sozialdemokratie ein Männerbund“⁹

Auch nach 1945 änderte sich diese Situation nicht wesentlich. *Die Grundgesetzforderung „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ wurde 1948 von der CDU und der FDP abgelehnt.*

Der Sozialdemokratin Elisabeth Selbert – eine der vier Frauen des 70köpfigen Parlamentarischen Rates – ist es zu verdanken, daß der Artikel 3 schließlich doch noch in das Grundgesetz aufgenommen wurde.

„Die Öffentlichkeit wurde, unter kräftiger Mitwirkung von Elisabeth Selbert, alarmiert. Die Industriegewerkschaft Metall, in der 40 000 Frauen organisiert waren, der Frauenring Rheinland, der Frauenring der britischen Zone, der süddeutsche Frauenarbeitskreis, die weiblichen Mitglieder des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen und sämtliche weiblichen Abgeordneten sämtlicher Landtage – außer Bayern – machten mit Eingaben dem Parlamentarischen Rat die Hölle heiß. Und am 18.1.1949 wurde der Artikel 3 des Grundgesetzes schließlich angenommen.“¹⁰

Bezeichnend ist, daß dieser Kampf um den Artikel 3 des Grundgesetzes weitgehend unbekannt geblieben ist.

Im Godesberger Programm der SPD steht zur Frauenfrage: – Gleichberechtigung soll die Beachtung der psychologischen und biologischen Eigenarten der Frau nicht aufheben. – Hausfrauenarbeit muß als Beruf anerkannt werden. – Mütter von vorschulpflichtigen und schulpflichtigen Kindern dürfen nicht genötigt sein, aus wirtschaftlichen Gründen einem Erwerb nachzugehen....

Hier findet wieder keine Analyse der Situation der Frau statt: Aus der Erwerbstätigkeit vieler Mütter werden keine Forderungen nach Ganztagschulen, -kindertagesstätten und -krippen abgeleitet. Stattdessen werden Fakten über Berufstätigkeit von Frauen geleugnet, und man setzt einfach voraus, daß Mütter eben nicht genötigt sein dürfen, erwerbstätig zu sein.

Und wie sieht es in der SPD heute aus?

8 August Bebel. a.a.O., S. 213

9 Luc Jochimsen, a.a.O., S. 97

10 Luc Jochimsen, a.a.O., S. 102

Auf der einen Seite betonen Sozialdemokraten — besonders vor Wahlen — stets ihren besonderen Einsatz für Frauen. Auf der anderen Seite sprechen Zahlen eine deutliche Sprache:

1974 — Von 8 800 Ortsvereinen werden 30 von einer Frau geführt (0,3%). Von 233 Unterbezirken werden 2 von einer Frau geführt (0,9%). Von 22 Bezirken wird keiner von einer Frau geführt (0%).¹¹

Konsequenterweise heißt es 1975 in einem Grundsatzpapier der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen: „Innerhalb der Partei ist ein Bewußtsein für die grundlegende Bedeutung der Frauenfrage noch kaum in Ansätzen vorhanden.“

FAZIT:

An der Lage der Frauen hat sich seit Bebel nur graduell etwas geändert. Bebels Analyse der Situation der Frau und seine Forderungen für eine sozialistische Politik sind weitgehend ohne Konsequenz geblieben. Die Diskussion um Frauenerwerbstätigkeit und Gleichberechtigung im gesellschaftlichen Bereich ist nicht ausreichend vorangetrieben worden. Männer blieben und bleiben in der SPD meist unter sich.

Doch es gibt einige aktuelle Ansätze, die Diskussion über die Frauenfrage wieder aufzunehmen: Bei den Jungsozialisten haben sich etliche Fraueninitiativen gebildet (Arbeitskreis Emanzipation, Frauenkommission, u. ä.). Ihr erster Erfolg war es, auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten in Hamburg 1977 den Antrag „Recht auf Arbeit für Frauen“ einzubringen. Die Diskussion zeigte, daß die Argumente gegen Erwerbstätigkeit von Frauen dieselben wie zu Bebels Zeiten sind. Es hat weder eine entscheidende theoretische noch eine praktische Weiterentwicklung der Frauenfrage gegeben. Nach heftigen Debatten wurde der Antrag dann mit Mehrheit beschlossen... und verschwand in den Schreibtischen. Eine Umsetzung fand nur sehr begrenzt statt.

Trotz aller Schwierigkeiten ist die Frauenarbeit zu einem festen Bestandteil der Arbeit vieler Jungsozialist(inn)en geworden.

Die Frauen werden allmählich selbstbewußter und lassen sich nicht mehr so leicht damit vertrösten, daß eine Emanzipation im Kapitalismus sowieso nicht möglich sei und daß sich das Verhältnis zwischen den Geschlechtern im Sozialismus automatisch verändere.

So steigt die Hoffnung, daß Sozialdemokraten demnächst wieder so weit sein werden, wie Bebel vor 100 Jahren war, und erkennen mögen: **DEM SOZIALISMUS GEHÖRT DIE ZUKUNFT, DAS HEISST IN ERSTER LINIE DEM ARBEITER UND DER FRAU.**

¹¹ Zahlenangaben bei Luc Jochimsen, a.a.O., S. 111

Als Denkanstöße in dieser Richtung kann ich nur die Lektüre von Bebel's „Die Frau und der Sozialismus“ und Jochimsens „Sozialismus als Männersache“ empfehlen.

Prokla

**Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik**

34

Oskar Negt

Zur Dialektik der Übergangsperiode
in Westeuropa – Lelio Basso

Massarrat

Ursachen des massiven Ausbaus
der Kernenergie

Helmut Migge

Kapitalakkumulation, Umweltschutz und
gesellschaftliche Interessen

Glaeßner/Köppl

Gesundheitszerstörung im Produktionsprozeß

Gerhard Armanski

Zum Verhältnis von Mensch, Natur
und Gesellschaft

Peter Dudek

Naturwiss. Denkformen und ökon. Struktur



ÖKOLOGIE UND MARXISMUS

Einzelheft
DM 9,-

im Abo
DM 8,-

Rotbuch
Verlag

Heinz Albrecht

Das Nahostproblem anders gesehen

Eine Entgegnung zum Artikel „Nahost“
von Abdul-Rahman Alawi in Heft 2 der SPW

Es ist richtig: Kein Frieden ohne Beteiligung des palästinensischen Volkes. Aber ebenso richtig ist: Kein Frieden ohne Sicherheit der Existenz des Staates Israel. Um diese beiden Pole dreht sich das Nahostproblem. Im Nahen Osten wird es keinen wirklichen dauerhaften Frieden geben, ohne die Lösung der Palästinenserfrage; d. h. ohne Verwirklichung des Heimatrechts des palästinensischen Volkes und damit die Räumung der Westbank (Westjordanien) und des Gaza-Streifens von israelischer Besetzung. Das ist aber nur möglich, wenn Israel in den Grenzen von 1967 in Sicherheit leben kann, ohne von seinen palästinensischen und weiteren arabischen Nachbarn bedroht zu werden. Wer garantiert das? Etwa die PLO? Diese Organisation hat in der Zeit ihres Wirkens mindestens bis 1974 verdeutlicht, daß sie die Vernichtung Israels und nicht die Zusammenarbeit mit dem jüdischen Staat anstrebt, auch dann nicht, wenn die besetzten Gebiete „befreit“ sind.

Kleine Richtigstellung zur Geschichte

Zu einer einigermaßen objektiven Darstellung des Nahostproblems gehört auch eine den Tatsachen und Ursachen entsprechende Darstellung des geschichtlichen Werdegangs der jüdischen Besiedelung Palästinas. Hierbei sei nur am Rande vermerkt, daß große Teile Palästinas bis zur Zerstörung Jerusalems im Jahre 66 und der Vertreibung der Juden durch die Römer fast ausschließlich von Juden bevölkert war. Als Reste dieser früheren jüdischen Bevölkerung lebten bis zur Mitte des 19. Jahrh. noch mehr als 20 000 Juden friedlich mit Arabern und Christen in Palästina.

Infolge der Judenprogrome im zaristischen Rußland wanderten tausende russischer und polnischer Juden auch nach Palästina aus. Das war der erste Zuwanderstrom bis 1917, Palästina, das sich bis 1914 unter türkischer Herrschaft befand (Osmanisches Reich), wurde nach Ende des ersten Weltkrieges britisches Mandatsgebiet. Die Balfour-Deklaration förderte die jüdische Einwanderung, welche als ein Schutzwall gegen die arabischen Aufstände von der Mandatarmacht angesehen wurde. So richteten sich die arabischen Aufstände (1922, 1929 und 1936 - 39) sowohl gegen die britische Mandatarmacht als auch gegen die jüdischen Siedlungen. Die Judenverfolgungen im „Dritten Reich“, die das ganze europäische Festland ergriffen, führten zu weiteren großen Einwandererwellen, auch europäischer Juden.

Kann man, angesichts der Judenverfolgungen in Europa, wahrheitsgemäß behaupten, daß die jüdische Besiedelung Palästinas mit „aus dem Westen kommenden Eroberern“ erfolgte und gleichzeitig dazu verwandt wurde, „um die Juden aus ihren verschiedenen Heimatländern herauszureißen und von den Nationen zu entfremden“, wie dies der PLO-Führer Arafat vor den UN laut Alawi erklärt hat?

Für die meisten europäischen Nationen war die Gründung des Staates Israel ein Akt der Wiedergutmachung. Er wurde aber auch gleichzeitig der Beginn der Unterdrückung und Vertreibung tausender arabischer Einwohner Palästinas durch den Staat Israel.

Die „revolutionäre“ PLO

Soweit die PLO als eine nationale Befreiungsbewegung angesehen wird und sich selbst auch als eine solche versteht, ist das richtig und völkerrechtlich legitim. Im arabischen Lager wird sie als die einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes angesehen, welcher Auffassung sich die Generalversammlung der Vereinten Nationen im November 1974 anschloß.

Aber kann man die PLO als eine revolutionäre Bewegung und den „Befreiungskampf des palästinensischen Volkes“ unter der Führung der PLO als einen revolutionären Kampf“ ansehen, wie dies von den Vertretern der PLO und auch in dem Artikel von Abdul-Rahman Alawi behauptet wird? Für Marxisten ist ein revolutionärer Kampf ein Klassenkampf, eine revolutionäre Bewegung eine Klassenbewegung. Beide Merkmale treffen für den nationalen Befreiungskampf des palästinensischen Volkes und für seine Kampforganisation, die PLO, nicht zu. Kämpft die PLO gegen die besitzende Klasse im palästinensischen Volk oder gegen die in den anderen arabischen Völkern oder auch nur gegen die in Israel? Ist sie nicht, ihrer eigenen Struktur und ihrem eigenen Bekenntnis nach eine Organisation, die alle Klassen und Schichten des palästinensischen Volkes erfaßt und auch gegen das ganze israelische Volk gerichtet ist, also auch gegen die israelische Arbeiterklasse? So ist die PLO keine Klassenkampforganisation, keine sozialistische Bewegung. Wenn sie sich dennoch als revolutionär bezeichnet und ihren Kampf als revolutionären Kampf versteht, so wird eine gewollte Verzerrung dieses Begriffes vorgenommen, so wie dies mit der „islamischen Revolution“ im Iran geschieht. Die PLO nennt ihren Kampf – vielleicht deshalb – eine „nationale Revolution“.

Und wie führt die PLO ihren „nationalen Befreiungskampf“ aus? Mit Bombenanschlägen, Flugzeugentführungen, Überfälle auf unbewaffnete Zivilisten usw. Also mit Terroranschlägen und sie nennt dies Guerillakrieg. Ein Guerillakrieg ist aber ein solcher, der von der Bevölkerung in einem besetzten Land gegen militärische Ziele geführt wird, wie dieser im zweiten Weltkrieg in Frankreich, Polen und Rußland von den Partisanen geführt wurde. So sieht der Guerillakrieg der PLO nicht aus.

Der Weg zum Frieden

Durch den bis heute mit terroristischen Mitteln geführten „Befreiungskampf“ der PLO und dem von ihr offen erklärten Ziel: Die Vernichtung des Staates Israel, kann die PLO kein Gesprächspartner für Israel sein. Und umgekehrt: So lange Israel der arabischen Bevölkerung in Israel und in den besetzten Gebieten keine wirklichen, der jüdischen Bevölkerung gleichwertigen Rechte und Freiheiten gewährt und den Verzicht auf die besetzten Gebiete, bei Garantie seiner territorialen und existentiellen Sicherheit erklärt, kann auch Israel kein Gesprächspartner für die PLO sein, kann es keinen wirklichen und dauerhaften Frieden in Nahost geben.

Blickt man auf die Vorgänge in Libanon oder Jemen, wo ein Waffenstillstandsabkommen nach dem anderen zwischen arabischen Gegnern gebrochen wird, kann man das Mißtrauen israelischer Politiker gegenüber arabischen Erklärungen oder Abkommen verstehen. Dieses gegenseitige Mißtrauen zwischen Juden und Arabern, welches nach 30 Jahren Krieg und Haß nur zu verständlich ist, hat auch die Friedensversuche Ägyptens und Israels belastet, die dennoch einen Anfang darstellen, das Nahostproblem ohne Krieg zu lösen.

So unlösbar und widersprüchlich es erscheinen mag: Die Sicherheit des Staates Israel und die Verwirklichung des Heimatrechtes der Palästinenser sind die Grundvoraussetzungen für einen dauerhaften Frieden in Nahost.

Der mit dem US-Präsidenten Carter ausgehandelte Friedensvertrag ist deshalb noch keine Lösung des arabisch-israelischen Konflikts. Er kann aber der erste Schritt dazu sein, wenn die arabische Bevölkerung im Gazastreifen und später auch die des Westjordanlandes sich von der PLO zu lösen vermag und diesen ersten Schritt mittun kann, was gegenwärtig noch sehr zweifelhaft erscheint.

Auch der Nahe Osten liegt im Spannungsfeld der Supermächte USA und UdSSR. So ist das Nahostproblem, insonderheit der arabisch-israelische Konflikt, nicht ohne Mitwirkung der Sowjet-Union lösbar.

Auch das Nahostproblem ist nur durch eine Politik der Entspannung zu lösen. Es wird eines Verzichts der Supermächte bedürfen, ihren Einfluß auf diese Region durch militärische und politische Eingriffe geltend zu machen. Darüberhinaus müssen sich die arabischen Nationen wie auch Israel und Ägypten aus dem Griff der Supermächte lösen und dieses ihr eigenes Problem selbst und ohne Krieg regeln. Das ist nicht unmöglich. Allerdings ist der Weg dorthin nur mit dem Abbau des Hasses und der Einsicht zu beschreiten, daß eine friedliche Zusammenarbeit der Völker in diesem Raum ihren eigenen wirklichen Interessen und wirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht.

Wäre die PLO wirklich eine sozialistische, revolutionäre Bewegung, dann würde sie den Kampf der arabischen und israelischen Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und imperialistische Machtpolitik organisieren, nicht mit Terror und Gewalt, sondern mit dem Geist sozialistischer Solidarität.

Dokumentation

Antrag der Hamburger Jungsozialisten zum Bundeskongreß 1977 zu den Europa-Wahlen (nicht beschlossen – Auszüge –)

Die Konzerne, die den Europäischen Markt vorbereiteten und jene Politiker, die zu deren Nutzen die staatlichen Voraussetzungen zu seiner Verwirklichung schufen, haben in den fünfziger und sechziger Jahren die Illusion verbreitet, daß damit ein krisenfreies Wachstum in allen Ländern ermöglicht und das Zurückbleiben einzelner Länder verhindert werden könnte.

Heute wissen wir, daß das einzige, was wirklich gelungen ist, die Ausdehnung der großen internationalen Firmen des Industrie- und Bankkapitals gewesen ist; und wir wissen, daß damit Wirtschaftskrisen nicht behoben wurden, sondern im Gegenteil ungleich größere Dimensionen erhalten haben und dadurch die Ungleichgewichte zwischen einzelnen Wirtschaftsregionen und Volkswirtschaften nur noch zugespitzt wurden.

Über diesen Prozeß zugespitzter Konzentration des Kapitals hat die Volkswirtschaft der BRD in den letzten Jahren eine dominierende Position erlangt. Dies ist nur z. T. bedingt durch die wirtschaftliche Stärke der westdeutschen Wirtschaft; zum anderen Teil wird sie begründet durch den Zufluß ausländischen Kapitals, während Länder wie England und Italien erleben müssen, daß nicht nur ausländische Investitionen zurückgehen, sondern auch im Inland erwirtschaftete Erträge ins Ausland transferiert werden.

Die Arbeiterbewegungen in den verschiedenen westeuropäischen Staaten hat auf diese neuen Herausforderungen und Bedrohungen durch die kapitalistische Mißwirtschaft neue Antworten finden müssen. Kapitalistische Krisen, die haben die leidvollen Erfahrungen der zwanziger und dreißiger Jahre gezeigt, bedrohen nicht nur den materiellen und sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer, sie gefährden auch die Solidarität und das gemeinsame Handeln innerhalb der Arbeiterklasse und bringen sie – wie die gesamte Bevölkerung in Gefahr, daß die Bourgeoisie zu reaktionären, polizeistaatlichen Mitteln der Herrschaft greift. Mit Beginn der Teuerung war so der Kampf gegen Reallohninbußen überall zur vorrangigen tarifpolitischen Aufgabe geworden. Hier mußte sich zeigen, wie tiefgreifend die Verankerung der Gewerkschaften in der betrieblichen Basis war und was die erkämpften Mitbestimmungs- und Kontrollrechte wert waren. Zweitens mußte sich erweisen, ob angesichts von zunehmender Arbeitslosigkeit die gewerkschaftliche Einheit und Solidarität aller Arbeitnehmer den entsolidarisierenden Wirkungen der Krise standhielt. Und drittens war die Frage, ob die gewerkschaftlichen und politischen Organe der Arbeiterschaft den überall einsetzenden Versuchen von rechts, politische und gewerkschaftliche Rechte einzuschränken, paroli bieten und eine sozialistische, die Ursachen der Krise überwindende Perspektive weisen können würde.

Die tatsächlichen Antworten der Arbeiterbewegung der verschiedenen west-europäischen Länder lassen sich grob in zwei alternative Konzeptionen unterteilen.

Erstens gab es in einer Reihe von Ländern den Versuch, auf die Krise mit verstärkter Sozialpartnerschaft zu reagieren – wie dies auch in der BRD feststellbar ist. Die diesem Konzept zugrundeliegende Anerkennung der kapitalistischen Rahmenbedingungen drückt sich darin aus, daß so gut wie nirgends der Versuch unternommen wurde, auf Betriebsstillegungen, Massenentlassungen oder gegen Versuche eines staatlich unterstützten Reallohnabbaus mit Kampfmaßnahmen zu reagieren. Die bisherigen Kampfmaßnahmen waren völlig unzureichend. Die gewerkschaftliche Politik konzentrierte sich bisher weitgehend darauf, besondere soziale Härten bei den Krisenlasten abzumildern. Auf politischer Ebene geht dieses sozialpartnerschaftliche Konzept Hand in Hand mit konjunktur- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, welche über die Verbesserung der Gewinnlage der Unternehmer versuchen, der Krise Herr zu werden – auch um den Preis des Abbaus staatlicher Sozialleistungen.

Die ursprünglichen Ziele dieser sozialpartnerschaftlichen Politik bleiben dabei auf der Strecke: Die tarifpolitisch angestrebte Umverteilung zugunsten der Arbeitnehmer verkehrt sich in ihr Gegenteil und statt des Ausbaus des Sozialstaates erleben wir dessen Abbau und für die nächste Zeit droht eine verschärfte soziale Demontage.

Probleme und Chancen der Direktwahlen zum Europaparlament

Das Europaparlament wird von den Jungsozialisten daran gemessen, welchen Beitrag es kurzfristig zur Lösung der brennenden wirtschafts- und strukturpolitischen Fragen leisten wird und in welcher Weise es auf längere Sicht den Kampf der nationalen Arbeiterbewegungen um Demokratie und Sozialismus beeinflußt.

Unter der Bedingung, daß die bisher nationalstaatlich und von den EG-Institutionen betriebene Politik des Krisenmanagements auf dieser neuen Ebene ihre Fortsetzung findet, ist bereits heute absehbar, daß damit Probleme wie Arbeitslosigkeit, regionale Verarmung und Umverteilung zugunsten der großen Firmen nur verallgemeinert und verschärft werden. Das bisher weitgehend von den Nationalstaaten betriebene Kurieren an Symptomen bekommt sicher nicht dadurch heilsamere Wirkungen, daß diese verfehlte Therapie umfassender, westeuropäisch, betrieben wird. Jede Kompetenzverlagerung auf die europäische Ebene würde unter dieser Bedingung eine wesentliche Schwächung der nationalen Arbeiterbewegungen in ihrem Kampf gegen eine Krisenpolitik zu ihren Lasten bedeuten.

Die konservativen und reaktionären Kräfte werden ihrerseits den Versuch unternehmen, diese neue Phase in der Europapolitik dazu zu nutzen, um die

Zentralisierung staatlicher Entscheidungen weiter voranzutreiben. Gerade dort, wo die Bourgeoisie durch eine geschlossen und kämpferisch auftretende Linke zunehmend in die Defensive geraten ist, wird sie die EG als Schutzschild vor möglichen sozialistischen Entwicklungen nutzen wollen. Eine Stärkung der abgewirtschafteten DC in Italien oder der zerstrittenen Regierungsparteien in Frankreich würde aber die Gefahr vergrößern, daß die EG zu einem qualitativ neuen imperialistischen Zentrum ausgebaut wird. Bei einer solchen Konstellation bekäme die EG drei reaktionäre Stoßrichtungen:

- erstens in bezug auf die national erkämpften demokratischen Gegenmacht-positionen der nationalen Arbeiterbewegungen;
- zweitens in bezug auf die Entspannungspolitik der letzten Jahre im Verhältnis zu Osteuropa und
- drittens in bezug auf den Kampf der Länder der 3. Welt um eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung und gegen die imperialistische Ausbeutung.

In der Abwehr derartiger reaktionärer Bestrebungen besteht eine zentrale Aufgabe der westeuropäischen Linken. Die Tatsache, daß zum ersten Mal eine europäische Institution direkt gewählt wird, ermöglicht es ihr aber auch, erstmals eine breite gesellschaftliche Debatte über die Inhalte der Europapolitik mitzubestimmen und ihre positiven Alternativen zur bisher absolut dominierenden „Eurotechnokratie“ zur Wahl zu stellen. Möglicherweise werden von diesen ersten Direktwahlen wichtige Impulse zur Überwindung des Rückstandes ausgehen, den die westeuropäische Arbeiterbewegung in organisatorischer wie programmatischer Hinsicht gegenüber dem „Europa der Monopole“ besitzt. In jedem Fall wird es nicht nur die Aufgabe der politischen Parteien der Linken sondern auch die der Gewerkschaften sein, diese Direktwahlen zum Anlaß zu nehmen, um den Prozeß der Vereinheitlichung und der Thematisierung sozialistischer Alternativen voranzutreiben.

Die Rolle der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien

Bei der Frage, welche politischen Perspektiven das neue Europaparlament eröffnet, fällt den Parteien der 2. sozialistischen Internationale eine gewisse Schlüsselrolle zu. Im wesentlichen zeichnen sich zwei alternative Konzepte ab, um die bei der Erstellung einer gemeinsamen Wahlkampfplattform gerungen wird.

Die erste, in der SPD mehrheitlich verfolgte Alternative geht davon aus, die Europapolitik in ihren Grundzügen beizubehalten und die national betriebene Politik der „Sozialpartnerschaft auf marktwirtschaftlicher Grundlage“ unter dem Titel „Modell Deutschland“ nach Westeuropa zu exportieren.

Dies hat immer wieder zu Einmischungsversuchen der SPD-Führung gegenüber klassenbewußten Positionen in anderen sozialistischen Parteien geführt, bishin zu massiven finanziellen Pressionen.

In der Logik dieser Politik liegt es, die bisher verfolgte Politik des Krisenmanagements im EG-Maßstab zu betreiben und Kompetenzen der EG-Institutionen um entsprechende wirtschaftspolitische Instrumentarien zu erweitern. Damit würde aber die bisherige Krisenpolitik der Umverteilung zugunsten des Großkapitals in noch größerem Maßstab fortgesetzt und die Möglichkeiten einer unmittelbaren Einflußnahme der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf Fragen der Beschäftigungspolitik weiter eingeschränkt.

In anderen Ländern haben die verschiedensten geschichtlichen Bedingungen eine entsprechende Orientierung der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien bisher verhindert (Großbritannien, Niederlande, BRD). Dennoch werden auch die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien dieser Länder angesichts der weltweiten Krise des kapitalistischen Systems weiterreichende Rückschläge ihres politischen Einflusses nur vermeiden können, wenn sie den Kampf gegen das Großkapital und für die umfassende Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche wieder in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen.

Dabei müssen sie auch lernen, wieder von der Zusammenarbeit aller politischen Kräfte der Linken unter Einschluß der Kommunisten auszugehen und dabei an die klassenbewußten Traditionen ihrer eigenen Parteigeschichte anknüpfen. Ungeachtet mancher Rückschläge sind hierauf abzielende Forderungen während der zurückliegenden Jahre in allen Parteien mit wachsendem Nachdruck vorgebracht worden.

Die Direktwahlen zum Europa-Parlament eröffnen den westeuropäischen Sozialdemokraten und Sozialisten eine neue Dimension der politischen Einflußnahme und stellen sie zugleich vor neue Anforderungen und Bewährungsproben. Aufgrund der vorhandenen Kräfteverhältnisse werden sie aller Wahrscheinlichkeit nach als stärkster politischer Faktor der westeuropäischen Linken aus den Wahlen hervorgehen. Es bestehen sogar Aussichten, daß sie schon bei den kommenden Wahlen mehr Stimmen als die christdemokratischen oder die bürgerlich-konservativen Parteigruppierungen erhalten.

Daneben aber werden sie als weitere politische Kraft der Linken eine kommunistische Fraktion vorfinden, in der jene Positionen der internationalen kommunistischen Bewegung tonangebend sind, zu denen ungeachtet der überkommenen Differenzen erhebliche Übereinstimmungen in tages- und grundsatzpolitischen Fragen bestehen.

Abweichend von der Situation in verschiedenen westeuropäischen Ländern wird die kommunistische Fraktion im Europa-Parlament zudem eine Größe erhalten, die zu einer ernsthaften politischen Auseinandersetzung zwingt. Eine Reihe von sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien wird sich damit erstmals im parlamentarischen Rahmen vor die Alternative gestellt sehen: Einheit und Zusammenarbeit aller Linken auf der Grundlage gemeinsam vertretener Auffassungen, um darauf aufbauend ein Höchstmaß an Übereinstimmung mit allen anderen demokratischen Kräften zu erlangen – oder Spaltung der Linken

zugunsten einer Koalition mit christdemokratischen und rechten Parteien unter Preisgabe wesentlicher Kernforderungen sozialistischer Politik. Von der Antwort auf diese Alternative wird es entscheidend abhängen, ob das Europa-Parlament auch zukünftig nur ein zweitrangiges politisches Anhängsel der konzernorientierten Bürokratien auf EG-Ebene bleibt oder ob es als demokratischer Orientierungspunkt im Kampf der westeuropäischen Arbeiterbewegung eine fortschrittliche Aufgabenstellung erhält.

Zur Durchsetzung der Kernforderungen einer sozialistischen Europapolitik ist es von entscheidender Bedeutung, daß die Sozialdemokraten und Sozialisten im Europa-Parlament ihre Bereitschaft erklären, in allen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zunächst eine Einigung mit den anderen politischen Kräften der Linken, insbesondere mit den Kommunisten, herbeizuführen. Ohne eine enge Zusammenarbeit z. B. mit den in der Arbeiterklasse ihrer Länder fest verankerten kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs ist eine erfolgreiche Interessenvertretung der arbeitenden Bevölkerung in Westeuropa nicht vorstellbar. Auf der Grundlage einer solchen Übereinkunft der Linken ist eine Einigung mit anderen fortschrittlichen Kräften aus den liberalen und christdemokratischen Partei-gruppierungen in den Fragen anzustreben, in denen gemeinsame Auffassungen bestehen.

Die Umsetzung der linken Einheitspolitik auf nationaler Ebene kann nicht unabhängig von den höchst unterschiedlichen Kräfteverhältnissen und geschichtlichen Traditionen zwischen den Parteien der Linken in den einzelnen Ländern geschehen.

Beschluß der Landeskonferenz der Hamburger Jungsozialisten zur Direktwahl zum Europäischen Palament vom Februar 1979 (Auszug)

Die Jungsozialisten werden weiter zu den Bestrebungen der Forcierung der westeuropäischen Integration mit dem Ziel der Schaffung einer politischen und ökonomischen Union mit umfassenden supranationalen Kompetenzen kritisch Stellung nehmen.

Kompetenzverlagerungen von nationaler auf internationale Ebene haben beim derzeitigen Kräfteverhältnis zwischen den Klassen grundsätzlich einen gefährlichen Charakter. Für bestimmte Bereiche (z. B. Durchsetzung von Umweltschutzbestimmungen, Arbeitsschutzbestimmungen, Vereinheitlichung von Subventionspolitik, Aussperrungsverbot und Streikrecht) können sie jedoch sinnvoll sein.

Verhindert werden muß, daß das Kapital Staaten und Regionen aufgrund unterschiedlicher Bedingungen gegeneinander ausspielen kann und so einen Konkurrenzkampf der Staaten und Regionen untereinander herbeiführt.

Ebenso ist die Konsequenz der Aufgabe des Einstimmigkeitsprinzips im Ministerrat deutlich zu machen: Wirtschaftlich relativ schlechter entwickelte Staaten könnten sich nicht mehr durch ein Veto vor den Interessen der wirtschaftlich stärkeren Staaten schützen.

Die Bedeutung der Direktwahlen zum europäischen Parlament und die Einschätzung des SPD-Europa-Wahlprogramms

Die Jungsozialisten werden in ihrem Wahlkampfbeitrag insbesondere der Verbreitung der Illusion entgegenwirken, die Durchführung der Direktwahlen zum Europäischen Parlament würde automatisch eine Demokratisierung der Entscheidungen auf EG-Ebene bedeuten. Dies ist nicht der Fall, da weder dem nunmehr demokratisch gewählten Parlament wesentlich mehr Kompetenzen gegenüber anderen EG-Institutionen, vor allem gegenüber dem Ministerrat, eingeräumt werden, noch die Organisationen der Arbeiterklasse mehr Einfluß auf die Entscheidungen der EG-Bürokratie eingeräumt bekommen. (...)

– In unserem Wahlkampfbeitrag werden wir weiterhin deutlich machen, daß sich in der durch abgehobene Erarbeitung in Kommissionen und ohne Beteiligung der Untergliederungen entstandenen Wahlkampfplattform der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Westeuropas das rechtssozialdemokratische Spektrum der SPD durchgesetzt hat und dafür eintreten, daß solche Po-

sitionen, wie sie hier festgeschrieben worden sind, keine Mehrheiten mehr finden. Eine solche Entwicklung ist äußerst langfristig und abhängig vom Stand der Arbeiterbewegung und dem Stand der Vereinheitlichung gewerkschaftlicher Gegenmachtstrategie.

Die Art und Weise, in der die Entwicklung des Europawahlprogramms innerhalb der Partei vonstatten gegangen ist, hat gezeigt, daß die Basis der Partei kaum beteiligt war. Der Bewußtseins- und Wissensstand über den Bereich Europa ist in der Mitgliedschaft der Partei ebenso unterentwickelt wie in der Bevölkerung. Festsustellen ist weiterhin, daß die SPD seit der Orientierungsrahmends Diskussion nicht mehr in der Lage war, programmatische Diskussionen von unten nach oben zu führen.

Die Sozialistische Internationale insgesamt war über die Erklärung der Parteiführer hinaus nicht in der Lage, ein gemeinsames Programm zu entwickeln. Daraus werden enorme Struktur- und Interessensunterschiede der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Westeuropas deutlich.

Dessen ungeachtet gibt es jedoch eine ganze Reihe von Punkten des SPD-Europawahlprogramms, denen die Jungsozialisten positiv gegenüberstehen (...)

Das Verhältnis zu den Kommunisten Westeuropas ist nicht ausdrücklich negativ dargestellt, stellt sogar einen enormen Fortschritt gegenüber der bisherigen undifferenziert ablehnenden Position dar, aber die Bemerkung, die kommunistischen Parteien Westeuropas hätten bisher nicht eindeutig Stellung bezogen zu gewissen Entwicklungen in kommunistisch regierten Staaten des Ostblocks, ist schlicht eine Behauptung, die künstlich ein Abgrenzungsargument erhalten soll.(...)

Insgesamt aber befürchten die Jungsozialisten, daß die in der innenpolitischen Diskussion in dieser Form nie vorgetragenen Forderungen und Positionsbeschreibungen ihre schärfere Formulierung nur der Tatsache verdanken, daß deren Konkretisierung auf europäischer Ebene ohnehin nicht auf kurze oder mittlere Sicht zu erwarten ist. Umsomehr wird es daher Aufgabe der Jungsozialisten sein, das künftig tatsächliche Verhalten der Partei und ihrer Funktionsträger nicht nur auf EG-Ebene, sondern auch im innenpolitischen Bereich an den hier aufgestellten Forderungen zu messen.

Dokumentation

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die erste europäische Direktwahl 1979 (beschlossen auf dem Parteitag am 10.12.1978 in Köln)

Vorrangiges Ziel der Sozialdemokraten überall in der Europäischen Gemeinschaft ist die Befreiung des Menschen von jeglicher Ausbeutung. Abhängigkeit und Not und die Verstärkung der Rechte und Möglichkeiten jedes einzelnen Bürgers. Um dies zu erreichen, müssen wir eine Änderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur in unseren Ländern anstreben. Wir wissen, daß, obwohl jedes Land viel zur Erreichung dieses Zieles selbst tun kann, gemeinsames Handeln unseren Fortschritt beschleunigen kann. (...)

Die investierenden Unternehmen haben bei der EG-Kommission Investitionen anzumelden, die einen bestimmten Umfang überschreiten. Damit werden die Erfahrungen des Montanvertrages, nach dem alle Investitionen in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl der Hohen Behörde/EG-Kommission anzumelden sind, auf alle Wirtschaftszweige übertragen. Bei der Anmeldung dieser Investitionen ist insbesondere anzugeben:

- ob und welche Technologien mit der geplanten Investition in Verbindung stehen.
- ob die Investition mit den Bedingungen des Umweltschutzes und des Arbeitsschutzes vereinbar ist und
- welche Auswirkungen die Investitionen auf die Beschäftigung haben kann.

Die Vergabe von Mitteln der Investitionsförderung durch die Gemeinschaft ist an die Schaffung neuer bzw. die Sicherung bereits bestehender Arbeitsplätze zu binden. An der Investitionsplanung auf der EG-Ebene sind die Gewerkschaften im besonderen Maße zu beteiligen.

Wir streben eine demokratische Rahmenplanung in der Europäischen Gemeinschaft an, die die öffentliche und private Investitionstätigkeit in einer langfristigen Projektion verbindet und die verhindert, daß die öffentlichen Investitionen lediglich reaktiv und ausgleichend zu den privaten Investitionen erfolgt. Dabei sollen auch grenzüberschreitende Entwicklungspläne erstellt werden, wobei den gewachsenen grenzübergreifenden regionalen Bindungen Rechnung getragen werden soll.

Wir treten dafür ein, daß die Europäische Kommission regelmäßig einen *Strukturbericht* vorlegt. Dazu muß die Prognosekapazität ausgebaut und ein neues Gemeinschaftsinstitut unter Beteiligung der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter errichtet werden.

Wir sind gegen die Strategien der Konservativen, über Lohnverzicht Arbeitsplätze in strukturschwachen Branchen retten zu wollen, da dies zu Wohlfahrtsverlusten führt und Arbeitsplätze nicht dauerhaft sichern kann. Diese Politik ist

schon auf Grund der Veränderungen in der Weltwirtschaft zum Scheitern verurteilt und würde überdies den notwendigen Strukturwandel verzögern. Die Politik des Lohnverzichts löst keines der anstehenden Probleme, die SPD wird sie wie bisher bekämpfen. (...)

Die Bestimmungen über die Dauer der Lebensarbeitszeit und den Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand müssen verbessert werden. Ziele einer schrittweise durchzusetzenden tariflichen Arbeitszeitverkürzung sind die 35-Stunden-Woche und die Verlängerung des Jahresurlaubs. Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaften, Vereinbarungen über Arbeitszeitverkürzung abzuschließen, die je nach Situation und Zielvorstellung eine Veränderung der Jahres-, Wochen-, Tages- und Schichtarbeitszeit anstreben. Hinzu treten muß eine koordinierte Politik der Mitgliedsländer der Gemeinschaft zur Herabsetzung der Lebensarbeitszeit.

Chancen der Weiterbildung und des Bildungsurlaubs müssen während des ganzen Arbeitslebens bei Sicherung des Einkommens eröffnet werden, um die berufliche Qualifikation zu verbessern. (...)

Die Gemeinschaft muß eine Politik verfolgen mit dem Ziel, die Entwicklungsländer schrittweise in die Lage zu versetzen, ihre Probleme aus eigener Kraft zu lösen. Dabei muß vor allem eine gerechtere Verteilung von Wohlstand, Wissen und Macht in diesen Ländern angestrebt werden. (...)

Die derzeitige Lebenssituation der Bevölkerung in vielen Entwicklungsländern erfordert von der Europäischen Gemeinschaft eine Politik, die zur Stärkung der demokratischen Kräfte in diesen Staaten führt. Sie muß sich weiterhin gegen jede Art der Diskriminierung von Rassen oder Minderheiten wenden. Dazu gehört vor allem, daß sie dazu beiträgt, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Südafrika und Rhodesien entsprechend dem Willen der Bevölkerungsmehrheit zu gestalten. (...)

Darüber hinaus ist im Rahmen der EG einheitlich anzustreben, für Exporte keine Ausfuhrbürgschaften mehr zu übernehmen. Ferner sind die Investitionsschutzabkommen aufzukündigen. Sollten auch diese Maßnahmen keinen Wandel der Politik bewirken, sind weitergehende Maßnahmen, wie z. B. die eines Wirtschaftsboykotts, zu ergreifen.

Alle Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den Ländern der Dritten Welt sollten sich auf Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichheit stützen, und die Gemeinschaft sollte die Grundsätze, die hinter der Forderung nach einer neuen Wirtschaftsordnung stehen, direkt unterstützen.

Geschichte des Jugendarbeitsschutzes, Teil 2

Harte Krisenlasten

Diese Politik führte dazu, daß die Gewerkschaften 1924 die Zentralarbeitsgemeinschaft verließen. Ein Arbeitsschutzgesetzentwurf wurde während der Weimarer Republik ebensowenig verabschiedet, wie ein Entwurf zu einem Berufsausbildungsgesetz. Insgesamt kann man sagen, daß eine Verbesserung des Jugendarbeitsschutzrechts — abgesehen von der Einführung des Achtstundentages, der auch für Jugendliche und Lehrlinge galt, was zum Teil auch wiederum erst über entsprechende Gerichtsurteile gegenüber den Arbeitgebern durchgesetzt werden mußte, und die später mit der Arbeitszeitordnung von 1923 wieder zurückgenommen wurde nicht erreicht wurde.

Zwar versuchten die Gewerkschaften über Tarifverträge die Lage der Lehrlinge z. B. durch Erhöhung der Lehrlingsvergütung und Einführung eines Urlaubs zu verbessern, obwohl die Unternehmer anfänglich die Aufnahme des Lehrlingsbereiches in die Tarifverträge ablehnten, was erst allmählich in der Phase der relativen Stabilisierung 1924 - 1929 zum Teil durchlöchert werden konnte. Aber die wirtschaftliche Krise, deren Ursachen im Wirtschaftssystem selbst lagen, machten diesen Bemühungen zum Teil ein Ende.

So konnte selbst während der Phase des relativen konjunkturellen Aufschwungs 1924 die Jugendarbeitslosigkeit nicht restlos beseitigt werden. Die Zahl der Jugendarbeitslosen stieg in der Folge insbesondere durch die Rationalisierungswelle laufend an. Im Sommer 1932 in der Weltwirtschaftskrise wurde mit 1 036 683 offiziell gezählten jugendlichen Arbeitslosen zwischen 14 und 25 Jahren ein Höchststand erreicht.¹² Im Juni waren es sogar 1 317 433 Arbeitslose unter 25 Jahren¹³.

Die Lehrlingsvergütungen wurden in der Weltwirtschaftskrise rigoros gekürzt und tarifliche Absicherungen zugunsten der Jugendlichen abgebaut. Die gewerkschaftliche Jugendpolitik versuchte diesen Druck durch Beteiligung an staatlichen Sozialfürsorge-, Bildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gegenzu- steuern.

¹² Vgl. Mitteilungsblatt der Freien Gewerkschaftsjugend Berlin, 11. Jg., Nr. 1, Januar 1933, S. 3

¹³ Vgl. Fritz Petrick, Eine Untersuchung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit unter der deutschen Jugend in den Jahren 1933 - 35, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, Teil I, S. 290; sowie Michael H. Kater, Bürgerliche Jugendbewegung und Hitlerjugend in Deutschland von 1926 - 1939, in: Archiv für Sozialgeschichte 1976, S. 147

Allgemein kann man zu den Tendenzen der gewerkschaftlichen Jugendpolitik während der Weimarer Zeit feststellen, daß 1918 - 20 neben den programmatischen Äußerungen zum Jugendarbeitsschutz und zur Verbesserung der Berufsausbildung auch der Kampf um deren konkrete Durchsetzung im Vordergrund stand, während dann später konkret mehr die Freizeitpolitik angegangen wurde und lediglich Jugendarbeitsschutzforderungen oft daneben standen. Wie schon zu Beginn der Arbeiterjugendbewegung trafen die Forderungen der Arbeiterjugend bei den älteren Kollegen häufig auf Unverständnis. So kam es vor, daß auf den Gewerkschaftstagen des Deutschen Metallarbeiterverbandes der Jugendsekretär nicht anwesend war, obgleich Anträge zur Jugend- und Lehrlingsfrage vorlagen. Oft wurden die Anträge dem Vorstand als Material zugewiesen oder sogar abgelehnt.

1922 wurden Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) zur Verbesserung der Jugendarbeitsschutzgesetzgebung aufgestellt, 1925 fand eine Kundgebung von Funktionären für Jugendschutz und Jugendrecht in Hamburg statt. Auf einer Kundgebung anläßlich des ADGB-Kongresses in Hamburg 1928 demonstrierten ca. 20 000 in den freien gewerkschaftlichen Jugendorganisationen zusammengeschlossene Arbeiterjugendliche für Verbesserung des Jugendarbeitsschutzes, und schließlich wurde 1929 auf einem Jugendschutzkongress der deutschen Gewerkschaften in Köln ein Jugend-Schutzprogramm aufgestellt und erarbeitet.

Gewerkschaftsforderungen

Die Forderungen waren u. a.:

1. Grundsätzliche Ausdehnung der Schutzbestimmungen für die Lehrlinge und Angestellten auf das Alter vom 14. bis zum vollendeten 18. Jahr.
2. Drei Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) unter 16 Jahren und 2 Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) zwischen 16 und 18 Jahren.
3. Festsetzung einer Arbeitswoche von höchstens 48 Stunden (einschließlich des Fachunterrichts und der Zeit, die für Aufräumarbeiten beansprucht werden könnte).
4. Beginn der sonntäglichen Arbeitsruhe mit Sonnabendmittag oder Gewährung eines freien Nachmittags in der Woche.
5. Festsetzung ausreichender Arbeitspausen.
6. Verbot der Nacharbeit.
7. Eine verbesserte qualifizierte Berufsausbildung und ein Berufsausbildungsgesetz.

In der Anfangsphase der Weimarer Republik hatte die Kinderarbeit noch ein erhebliches Gewicht. Wirtschaftliches Elend, Inflation zwangen die Kinder und Jugendlichen, einer Arbeit nachzugehen. Allein in Sachsen war z. B. 1920 jeder 8. Arbeiter in der Produktion ein Kind. In der Folgezeit wurde die Einhaltung der bestehenden Gesetze stärker kontrolliert, so daß außer im Bereich der Landwirtschaft und der Heimarbeit die Kinderarbeit weitgehend zurückgedrängt werden konnte.

Eine Erhebung, die der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände 1926/27 bei ca. 200 000 Jugendlichen anstellte, kam zu dem Ergebnis, daß jeder dritte Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren in der Woche mehr als 48 Stunden arbeiten mußte, jeder achte Jugendliche hatte Sonntagsarbeit zu leisten, jeder zweite Jugendliche kannte keinen Wochenend-Frühschluß, jeder vierte Jugendliche erhielt überhaupt keinen Urlaub und erst jeder 25. Jugendliche erreichte das vom Reichsausschuß geforderte Mindestmaß an Urlaub von jährlich 14 Tagen. Besonders kraß war die Lage auf dem Lande und in Gemeinden mit geringer Einwohnerzahl. Fast ein Drittel der Jugendlichen in den Gemeinden unter 5000 Einwohnern mußte über 60 Stunden arbeiten, während es in den Großstädten nur etwa 8% waren ¹⁴.

Zerschlagung der Gewerkschaften

Während die Lage der Jugendlichen in der Weltwirtschaftskrise sich verschlechterte und die wirtschaftliche Ungewißheit und Perspektivlosigkeit bei den arbeitslosen Jugendlichen die Grundlage für die Verbreitung faschistischen Gedankenguts legte, forderten die Gewerkschaften zur Bekämpfung der Krise auf dem Frankfurter ADGB-Kongreß 1931 die 40-Stunden-Woche und auf dem Bundeskongreß 1932 eine aktive Wirtschaftsförderung, sowie ein staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm. Die ökonomische und politische Entwicklung ging jedoch über diese Forderungen hinweg. Als die Schwerindustrie begann, auf die NSDAP zu setzen, konnte sich der ADGB nicht entschließen, seine Anhänger zum Kampf aufzurufen. Sein Festhalten am Legalitätsprinzip bis zur letzten Minute, seine Ablehnung außerparlamentarischer Aktionen, seine Politik, die Legalität der Organisation zu erhalten für den Preis der Aufgabe wesentlicher Interessen und eines gemeinsamen Aufrufs mit den Faschisten zum 1. Mai 1933, konnte die Zerschlagung der freien Gewerkschaften nicht verhindern. Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften verboten, die Gewerkschaftshäuser besetzt, ihr Vermögen beschlagnahmt und aktive antifaschistische Gewerkschaftler verhaftet ¹⁵.

¹⁴ Vgl. Hermann Maaß, Hundert Jahre Kampf um Jugendschutz, in: Das junge Deutschland, H 4/1931, S. 200

¹⁵ Vgl. Wolfgang Abendroth, Die deutschen Gewerkschaften, Heidelberg 1954, S. 33 f.

Nach einer kurzen Übergangszeit wurden die freien Gewerkschaften abgelöst von der Deutschen Arbeitsfront (DAF), einer faschistischen Organisation, die auch Unternehmerinteressen vertrat und die, neben der Forderung der Leistungssteigerung in den Betrieben zu Wiederaufrüstungszwecken, vor allem sozialdemagogische Funktionen hatte. Nach dem Gesetzbuch der nationalen Arbeit von 1934, dessen Entwürfe u. a. von Goedeler stammten, stand der Unternehmer als Betriebsführer an der Spitze des Betriebes. Ein ihm zur Seite gestellter Vertrauensrat hatte nur eine sozialdemagogische Aufgabe. Er sollte die Ideologie der Betriebsgemeinschaft in der arbeitenden Bevölkerung verankern helfen. Der Unternehmer konnte in allen wesentlichen Fragen wieder unbehelligt von der Politik gewerkschaftlicher Interessenvertreter allein im Unternehmen entscheiden. Die jugendlichen Arbeitslosen wurden sofort in ein militärisches Erziehungs- und Ausbildungsprogramm eingespannt. Dennoch war aus der offiziellen Statistik bis 1935/36 die Jugendarbeitslosigkeit nicht verschwunden.

Nazi-Drill für Jugendliche

Unter der Regierung Papen und Schleicher waren bereits zwei Einrichtungen gegründet worden, die diese Funktion erfüllten; einmal der sogenannte „Freiwillige Arbeitsdienst“ und das 1932 entstandene „Notwerk der deutschen Jugend“. Während aus dem „Freiwilligen Arbeitsdienst“ der Arbeitsdienst entstand, entwickelte sich aus dem „Notwerk der deutschen Jugend“ die Landhilfe. Im allgemeinen mußten die Jugendlichen im „Freiwilligen Arbeitsdienst“ täglich etwa 6 Stunden arbeiten und wurden davon etwa zwei Stunden militärisch gedrillt. Dafür erhielten sie Essen und ein Taschengeld von etwa 1,50 Mark die Woche. Im „Notwerk der deutschen Jugend“ betrug die Arbeitszeit täglich 4 Stunden. Auch hier kamen täglich 2 Stunden für die körperliche „Ertüchtigung“ hinzu. Bereits im Februar 1933 hatten bei etwa 20% dieser Einrichtungen die SA, SS und der Stahlhelm die Trägerschaft inne. Im Rahmen der am 1.3.1933 ins Leben gerufenen Landhilfe konnten die Arbeitsämter 16 bis 21jährige Arbeitslose mindestens für 6 Monate für die Landarbeit verpflichten. Die Bezahlung war sehr gering, da tarifliche Lohnsätze nur selten in Betracht kommen sollten und die Höhe der von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gezahlte Beihilfe (20,— bis 25,— Mark monatlich) nicht überschritten werden durfte.

Um die jugendlichen Arbeiter und Angestellten effektiver zur vormilitärischen Ausbildung heranziehen zu können, wurde am 28.8.1934 von der Reichsanstalt eine Anordnung über die Verteilung von Arbeitskräften erlassen, die es erlaubte, jeden jugendlichen Arbeiter und Angestellten zum Verlassen seines Arbeitsplat-

zes und seiner Berufslaufbahn zu veranlassen. Die rund 130 000 freigesetzten Jugendlichen wurden an die Landhilfe und den Reichsarbeitsdienst vermittelt¹⁶.

1934 wurden neben Arbeitsdienst und Landhilfe weitere Einrichtungen geschaffen, die es den Faschisten erlaubten, die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskräfte zu erhöhen und die vormilitärische Ausbildung und faschistische Schulung der Jugendlichen auszudehnen. Am 29. März 1934 wurde das „Gesetz über das Landjahr in Preußen“ verkündet. Die Landjahrpflichtigen mußten 8 Monate halbtags auf Gutsbetrieben arbeiten. Sie wurden in zentralen Häusern und Lagern untergebracht und eine Stunde täglich in faschistischer Ideologie unterrichtet, mindestens zwei weitere Stunden standen für vormilitärische Ausbildung und Sport zur Verfügung. Am 5.5.1934 wurde das „Hauswirtschaftliche Jahr für Mädchen“ ins Leben gerufen. Die schulentlassenen Mädchen mußten außerhalb eines ordentlichen Arbeit- und Lehrverhältnisses in Haushalten als Hausmädchen arbeiten.

17- bis 21jährige Arbeiterinnen, die aufgrund der Anordnung über die Verteilung von Arbeitskräften vom 28.8.1934 ihren Arbeitsplatz verloren hatten, wurden vom Bund deutscher Mädchen (BDM) in Umschulungslager zusammengefaßt. Die Teilnahme an diesen Umschulungen zog die Verpflichtung nach sich, für ein Jahr in der Haus- und Landwirtschaft zu arbeiten. Im September 1934 wurde die Landdienstarbeit des in der Hitlerjugend (HJ) eingegliederten Bundes der Artamanen in den „Landdienst der HJ“ umgewandelt, wo unter gleichen Bedingungen wie bei den Landhelfergruppen auf den Gütern in Mecklenburg und Pommern gearbeitet wurde. Nicht zu vergessen ist auch die Funktion der Ausweitung des Heeres im Hinblick auf den Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit. Zwischen 1933 und 1935 wurde der Mannschaftsbestand mehr als verdoppelt von 102 218 auf 296 000¹⁷. Die Zunahme der Mannschaften der SA und SS muß außerdem bedacht werden.

Wirtschaft protestiert gegen Reichsjugendtag

Als die Hitlerjugend 1935 zusätzlich einen Reichsjugendtag einrichten wollte, an dem die Jugendlichen für faschistische Aufgaben zur Verfügung stehen sollten, wehrte sich die Reichswirtschaftskammer dagegen sehr entschieden. Der Notwendigkeit, die Jugendlichen für den kommenden Krieg faschistisch und militärisch auszurichten, stand das Bemühen gegenüber, bei knapper werdenden Arbeitskräften die Jugendlichen im Hinblick auf den Ausbau der Rüstung im Ausbeutungsprozeß zu behalten.

¹⁶ Vgl. Timothy W. Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich, Opladen 1977, S. 133 f.

¹⁷ Vgl. Petrick, a.a.O., S. 290 ff.

Auf einer zur Beratung dieser geplanten Maßnahme am 11.2.1936 durchgeführten ersten und einzigen Tagung des Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsrates führte das Vorstandsmitglied der Christian-Dierig-Werke AG/Langenbielau, Dierig, aus: „Wenn dazu noch der Reichsjugendtag kommt, also ein Tag in der Woche vollkommen ausfällt, dann ist es für jeden, der in den Dingen drinsteht, klar, daß dadurch die Beschäftigung der Jugendlichen in der Produktion in vielen Fällen ausgeschlossen sein wird. ... Nun kann man sich auf den Standpunkt stellen, diese Sache ist so wichtig..., daß diese Lasten eben vom Volk getragen werden müssen. Gewiß, das ist alles in gewissen Grenzen möglich, in Grenzen allerdings, die man nicht überschreiten darf, wenn man dem Ausland gegenüber konkurrenzfähig bleiben will. Unter konkurrenzfähig verstehe ich, daß man nicht im Lebensstandard und damit selbstverständlich auch in der Möglichkeit zu rüsten und derartigen Dingen zurückbleibt.“ Damit war das Projekt gestorben. Die Aufhebung des „Staatsjugendtages“ an den Schulen, die am 4. Dezember 1936 erfolgte, kommentierte das amtliche Mitteilungsblatt des Reichsjugendführers zu treffend damit, daß bei weitem noch nicht alle Voraussetzungen im Wirtschaftsleben geschaffen werden konnten, um ein militärisches System faschistischer Jugenderziehung zu errichten.

Sozialdemagogie

Mit den immer knapper werdenden Arbeitskräften wurde aus Gründen der Berufslenkung im Rahmen des Vierteljahresplanes durch Anordnung vom 15.2.1938 ein Pflichtjahr für jede ledige weibliche Arbeitskraft eingeführt. Danach hatte dieser Personenkreis, wenn er von privaten oder öffentlichen Betrieben eingestellt werden wollte, den Nachweis einer mindestens 12monatigen land- und hauswirtschaftlichen Tätigkeit zu erbringen¹⁸.

Eine ähnliche Funktion hatte das Jugenschutzgesetz vom 30.4.1938, das infolge der relativ spät am 12.12.1938 erlassenen Ausführungsverordnung erst am 1.1.1939 in Kraft getreten ist, und nur 8 Monate bis zum 1.9.1939 galt. Jetzt galt es, die knappen Arbeitskräfte in der Phase des zweiten Vierteljahresplanes besser zu bewirtschaften. „Es wurden im wesentlichen die Wirtschaftssektoren angesprochen, die für den kommenden Krieg von Bedeutung waren.“¹⁹ Die außer- und innerbetriebliche vormilitärische Ausbildung zog produktive gesellschaftliche Arbeitszeit für den Rüstungsbereich ab. Die gesetzliche Ausdehnung des Urlaubs sollte ermöglichen, die Jugendlichen für Aufgaben der Hitlerjugend freizustellen. Nach dem Gesetz betrug die Mindestdauer des Urlaubs für Jugendliche unter 16 Jahren 15 Werktag und für solche über 16 12 Werktag. Die Mindest-

¹⁸ Vgl. Gertrud Albrecht, Das Pflichtjahr, Berlin 1942, S. 15 f.

¹⁹ Helmut J. Schorr, Jugendarbeitsschutz, Aufgabe und Gestaltung, Düsseldorf o.J., S. 6

dauer des Urlaubs konnte auf 18 Werktage erhöht werden, wenn der Jugendliche mindestens 10 Werktage an einem Lager oder einer Fahrt der Hitlerjugend teilgenommen hatte. Das Schutzalter wurde von 16 auf 18 Jahre heraufgesetzt. Neben handfesten ökonomischen und politischen Zielen schlachteten die Faschisten die sozialdemagogische Seite des Gesetzes weidlich aus. Sie feierten die Erhaltung und Schonung der jugendlichen Arbeitskräfte durch die Festsetzung eines angemessenen Urlaubs als Erfolg der „nationalsozialistischen Revolution“.²⁰

Auch in der Präambel des Gesetzes kam die sozialdemagogische Seite zum Ausdruck: „Alle Jugendlichen zu körperlich und seelisch gesunden Volksgenossen zu erziehen, ist völkische Notwendigkeit und nationalsozialistische Pflicht. Es ist Wille der Reichsregierung, der deutschen Jugend Schutz und Förderung zuteil werden zu lassen und damit ihre Leistungsfähigkeit zu steigern... Die zur beruflichen Weiterbildung, zur körperlichen Ertüchtigung, zur Gestaltung der Persönlichkeit und zur staatspolitischen Erziehung notwendige Freizeit wird sichergestellt. Der Urlaub der Jugendlichen und seine sinnvolle Freizeit wird gewährleistet.“

In den Grundgedanken des Gesetzes wurde dagegen insbesondere das faschistische Erziehungsziel betont. Obgleich das Gesetz auf bestimmte gewerkschaftliche Forderungen in der Weimarer Republik aufbaute, war es völlig unzulänglich. Während der Vorbereitungsphase des Gesetzes konnten die Industrie Ausnahmeregelungen für den Bergbau, für die Walz- und Hammerwerke sowie für den Bereich der Glasziehereien durchsetzen. Wirtschaftsräume, die in bezug auf die Einhaltung des Jugendarbeitsschutzes besonders problematisch sind und in denen Jugendliche seit jeher schärfster Ausbeutung unterlagen, waren grundsätzlich aus dem Geltungsbereich des Gesetzes herausgenommen, so die Hauswirtschaft, Landwirtschaft einschließlich Gartenbau, Weinbau, Imkerei, Forstwirtschaft, Jagdwirtschaft, Tierzucht, die Fischerei, Flößerei und die See- und Binnenschifffahrt. Umfangreiche Ausnahmemöglichkeiten, die vor allem in den §§ 5, 10 Abs. 2, 11, 16 Abs. 2-6, 18 Abs. 2-5 sowie in dem für die Übergangszeit vorgesehenen § 28 zum Ausdruck kamen, schränkten die Wirksamkeit des Gesetzes weitgehend ein.

Tod durch Hungerrationen

Auch in der Frage der Kinderarbeit (§§ 4 u. 5) wurde nur eine völlig unzureichende Lösung gefunden. Im übrigen galt die Jugendarbeitsschutzgesetzgebung nicht für Juden, Zigeuner und Ostarbeiter, die von den Faschisten entweder zur

²⁰ Vgl. Hans Schwarz von Berk, Günter Oeltze von Lobenthal (Hrsg.) Heinrich Bartsch (Bearbeiter), Arbeiter unterm Hakenkreuz, Berlin 1939, S. 58; vgl. auch Taschenbuch der Hitlerjugend 1938

Vernichtung, d. h. physischen Liquidierung, oder zur extensiven Ausbeutung vorgesehen waren (Tod durch Arbeit). So konnten verschleppte Ostarbeiterkinder ab 10 Jahre bis zu 6 Stunden in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Die verschleppten Arbeiter wurden in Lagern zusammengepfercht, zu niedrigen Löhnen und unter schlechten Arbeitsbedingungen beschäftigt. Säuglinge und Kleinkinder von Ostarbeitern, die man nicht mehr als Arbeitskräfte zu gebrauchen glaubte, wurden in Hungerlagern durch Hungerrationen zu Tode gebracht.²¹

Seit Frühjahr 1944 wurden besonders bei den Heeresgruppen Nord und Mitte Kinder und Jugendliche von 10 - 15 Jahren, deren Angehörige man vorsätzlich ermordete, in sogenannten „Kinderdörfern“ zwangsweise zusammengetrieben, um nach Deutschland deportiert zu werden („Heuaktion“). Von 40 000 10 - 14-jährigen, die nach Deutschland verschleppt wurden, wurden 2500 den Junkers-Werken übergeben²². Auch in den Konzentrationslagern wurden Jugendliche dieser Bevölkerungsgruppen ausgebeutet. In Moringen, Uckermark und Litzmannstadt wurden u. a. Jugendschutzlager errichtet.²³

Mit der Kriegsnotverordnung 1939 wurden auch die Jugendschutzrechte für die deutschen Jugendlichen aufgehoben. Gleichzeitig wurde die Jugenddienstpflicht eingeführt. Mit Hilfe der Jugenddienstpflicht konnten die Jugendlichen zur Zustellung der Einberufungen und zur Tätigkeit auf Bahnhöfen, zur Forcierung der Truppenbetreuung herangezogen werden. Gleichzeitig wurde die Hitlerjugend in Rüstungsbetrieben eingesetzt.²⁴ Jeder Jugendliche war nach der Jugenddienstpflicht angehalten, in der Hitlerjugend Dienst zu tun. Kam der Jugendliche der Jugenddienstpflicht nicht nach, so konnten die gesetzlichen Vertreter mit einer Geldstrafe belegt werden. Gleichzeitig konnte der Jugendliche durch die zuständige Ortpolizei angewiesen werden, seiner Dienstpflicht nachzukommen.²⁵

Dennoch ging die faschistische Führung während der ersten Phase des Krieges, um die arbeitende Bevölkerung bei der Stange zu halten, nicht so scharf gegen die deutsche Bevölkerung vor. Die Anordnungen nach den Vorschriften der Kriegsnotverordnung wurden zum Teil wieder rückgängig gemacht. Erst nach Stalingrad erließ am 27. 1. 1943 der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Sauckel, eine Verordnung über die Meldung von Männern und Frauen für die Aufgaben der Reichsverteidigung, die die Bestimmung zur Zwangsarbeitspflicht für alle Männer von 16 bis 65 Jahren und für alle Frauen von 17 bis 45 Jahren vorsah.

²¹ Vgl. Manchester, Krupp, München 1967, S. 515, 533 ff.

²² Vgl. Anatomie des Krieges, Berlin 1969, S. 449

²³ Vgl. SS im Einsatz, Berlin 1960, S. 176 und 406

²⁴ Vgl. Hans Führer, Der Einsatz der Partei für die deutsche Rüstung, in: Josef Pöchlinger (Hrsg.), Front in der Heimat, Wien/Leipzig 1927, S. 127 und 128; Edgar Randel, Jugenddienstpflicht, Berlin 1942

²⁵ Vgl. Randel, a.a.O., S. 93

Nach der Anordnung über den Kriegseinsatz der deutschen Jugend in der Luftwaffe vom 26.1.1943 wurden viele Oberschüler und Schüler der geschlossenen Oberschulen der Heimatflak und Wehrmacht direkt zugeführt. Nun wurde auch verstärkt gegen Arbeitsbummelei und „Drückebergerei“ vorgegangen. Die Repressalien reichten vom Entzug der Lebensmittelkarten und der Bezugsscheine bis zur Übergabe aller derjenigen Arbeiter, die sich nicht voll einsetzten, an die SS und Polizei, um sie in Sonderlager oder sogar Konzentrationslager zu werfen. Allein in Berlin wurden deshalb über 5000 Jugendliche im ersten Halbjahr 1943 zu Gefängnisstrafen von ein bis fünf Monaten verurteilt. Am Ende stand der Volkssturm, in dem sich Kinder und Jugendliche für eine ausweglose Sache einsetzen mußten. Die Kinderarbeit der ausländischen deportierten Arbeiter stand also zunächst – im Gegensatz zum ersten Weltkrieg – im Vordergrund. Erst in der zweiten Phase des Krieges nahm auch der Abbau von Schutzvorschriften für deutsche Kinder und Jugendliche beängstigende Ausmaße an.

Nach dem Krieg: arbeitslose und vagabundierende Kinder

Neben dem Abbau von Schutzrechten und der Tötung vieler Kinder und Jugendlicher durch politische Verfolgung und unmittelbare Kriegseinwirkungen hatte der Krieg und der Faschismus die Kinder und Jugendlichen in seinen unmittelbaren Folgen auch schwer geschädigt. Von den 8 Millionen Flüchtlingen waren 2,5 Millionen unter 15 Jahren. 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche hatten nur ein Elternteil. Aus den Kreisen der durch den Krieg entwurzelten oder einer Familienfürsorge Beraubten rekrutierte sich das Hauptkontingent der vagabundierenden oder beschäftigungslos herumlungernenden Jugendlichen, die sich durch Schwarzhandel oder auf sonstige unlautere Weise durchschlugen. In der Britischen Zone schätzte man 1946 ihre Zahl auf 80 000 - 100 000, in der Amerikanischen Zone auf 150 000. Noch 1950 wurden in der Bundesrepublik 57 000 herumstreunende arbeitslose Jugendliche aufgegriffen. Für über 500 000 Jugendliche unter 25 Jahren fehlten 1949 Arbeits- und Lehrstellen. Der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen (Altersgruppen 16 bis einschließlich 24) an der Gesamtzahl der arbeitslosen Arbeiter und Angestellten betrug nach dem Stand von Ende Oktober 1950 bei den Männern 14,4% und bei den Frauen 25%.

370 000 Menschen lebten in Baracken und Lagern, davon über die Hälfte (52%) Kinder und Jugendliche. Aber auch die restlichen Jugendlichen lebten zum Teil in zerstörten Wohnungen und beengten Wohnverhältnissen. Neben den gesundheitlichen Schäden des Hungers hatten die Kinder und Jugendlichen insbesondere auch erhebliche Schäden davongetragen.²⁶

Obgleich die Gewerkschaften in den einzelnen Zonen, z. B. FDGB und Bayerischer Gewerkschaftsbund, relativ früh das Jugendarbeitsschutzproblem aufgriffen, die erste interzonale Jugendgewerkschaftskonferenz in München-Hallthurm 1948 Grundsätze zur Weiterentwicklung der Jugendarbeitsschutzgesetzgebung erarbeitete und der Gewerkschaftsrat der vereinigten Zonen Westdeutschlands einen ersten Entwurf eines modernen Jugendarbeitsschutzgesetzes vorlegte, wurde erst 1957 von der Bundesregierung ein Gesetzentwurf vorgelegt und das Zustandekommen eines neuen Gesetzes immer wieder hinausgezögert. Die sittlichen Fragen des Jugendschutzes waren wichtiger als der Arbeitsschutz Jugendlicher. Erst mit der relativen Verknappung der Arbeitskräfte und der intensiven Phase der wirtschaftlichen Entwicklung, charakterisiert durch die Einführung neuer Technologien im Produktionsprozeß, wurde dem Jugendarbeitsschutz wieder neue Beachtung geschenkt. 1960 wurde das neue Jugendarbeitsschutzgesetz verabschiedet.

Mangelhafter Gesundheitsschutz

Die Jugendlichen in der Hauswirtschaft, der Landwirtschaft und der Binnenschifffahrt wurden in das Gesetz mit einbezogen. Das Gesetz galt auch für 17jährige jugendliche Arbeiter. Neben einer verbesserten Anrechnung des Besuchs der Berufsschulzeit wurde der Mindesturlaub von Jugendlichen bis zu 18 Jahren auf 24 Werktage festgesetzt. Neben einem absoluten Züchtigungsverbot wurde die Ausdehnung des Schutzes vor gefährlichen Arbeiten erreicht. Ferner war ein weitgehendes Verbot der Akkord- und Fließarbeit vorgesehen.

Die Mängel des Gesetzes lagen darin, daß die Einführung der 40-Stunden-Woche nur für Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr ermöglicht wurde, während die 16 - 18jährigen Jugendlichen offiziell 44 Stunden arbeiten mußten. Weiterhin war die Kinderarbeit von Kindern ab 12 Jahren in der Landwirtschaft zugelassen. Die gesundheitliche Überwachung der Jugendlichen entsprach nicht dem internationalen Übereinkommen des Internationalen Arbeitsamtes, da die ärztliche Untersuchung bereits nach dem 1. Beschäftigungsjahr endete. Eine Regelung übrigens, die weit hinter den Gesundheitsbestimmungen fast aller europäischer Länder zurückbleibt und das Schutzbedürfnis der Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr völlig außer acht läßt.²⁷

²⁶ Vgl. Lebenslage, Gesundheits- und Leistungszustand der heutigen Jugend, in: Hans Hoske, Die Erholung im Jugendalter, München 1953, S. 22 ff.; Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung (Hrsg.), Heute, 4. Auflage, Wiesbaden, 1955, S. 407; Bundesminister für den Marshall-Plan, Bericht der deutschen Bundesregierung über die Durchführung des Marshallplans, Ein Rückblick 1. Oktober 1949 bis 31. März 1954, Bonn 1951, S. 125

²⁷ vgl. DGB (Hrsg.), Jugendrecht, Schriftenreihe für Jugendarbeit, H 10.O.o.J., S. 9

Die wechselvolle Geschichte des Jugendarbeitsschutzgesetzes zeigt, daß der Kampf der Arbeiterbewegung um verbesserte Rechte im Produktionsprozeß verbunden werden muß mit der allgemeinen Emanzipation der abhängig Beschäftigten.

Solange der arbeitende Mensch im Kapitalismus lediglich als Objekt für Kapitalinteressen eingespannt wird, solange wird ein fortwährender Kampf um einen verbesserten Jugendarbeitsschutz notwendig sein.

Der Jugendarbeitsschutz ist im Kapitalismus kein für ewig errungenes Recht, sondern läuft immer wieder Gefahr zurückgenommen zu werden. Gleichzeitig klaffen Rechtsanspruch und Rechtswirklichkeit weit auseinander. Die im Verhältnis zu den Verstößen gegen das Gesetz geringen staatlichen Kontrollen und die im Gesetz verankerten geringen Sanktionsmöglichkeiten sind kein Zufall, sondern Ausdruck der über den Staat durchgesetzten Kapitalinteressen.

Die Geschichte des Jugendarbeitsschutzes zeigt weiter: der Jugendarbeitsschutz ist nicht Ausdruck einer plötzlich aufflammenden, humanitären Haltung des Kapitals, sondern Folge veränderter ökonomischer Wachstumsbedingungen, der Notwendigkeit der politischen Absicherung der Kapitalinteressen durch den Staat durch Sicherstellung der Rekrutierung von brauchbaren Soldaten, sowie Resultat der veränderten Kräfteverhältnisse zwischen der Arbeiterbewegung und den dem Kapital nahestehenden Verbänden und Parteien.

Wir sehen aber auch, daß die Schutzgesetzgebung zugunsten der arbeitenden Menschen in Gefahr ist, wenn die mit dem Kapitalismus verbundene Krise, der Krieg und der Faschismus oder veränderte politische Kräftekonstellationen zwischen der Arbeiterbewegung und dem Kapital den Einfluß der Arbeiterbewegung schwächen.

Aus diesem Grunde sind die Angriffe der Unternehmer auf die sogenannten „ausbildungshemmenden Vorschriften“ der Jugendarbeitsschutzgesetzgebung vor dem Hintergrund der jetzigen ökonomischen Krise und der Jugendarbeitslosigkeit zu sehen. Sie stehen in einer Reihe mit den Angriffen gegen die Gewerkschaften, der Beschwörung des sogenannten „Gewerkschaftsstaates“ und dem Versuch, die Kampfkraft der Gewerkschaften durch die Aussperrung zu schwächen. Dieser sich anbahnenden Entwicklung gilt es — organisiert in den DGB-Gewerkschaften — entschieden entgegenzutreten.

Bernhard Pollmeyer

Buchbesprechungen zur Gewerkschaftstheorie

D. Albers (Hrsg.): Bruno Trentin, Arbeiterdemokratie: Gewerkschaften, Streiks, Fabrikräte, VSA-Verlag, Hamburg 1978 (195 Seiten – 18,- DM)

F. Deppe: Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse, Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung Band 9, Marburg 1979 (243 Seiten – 12,80 DM)

In der deutschen Ausgabe des 1977 in Italien erschienenen Buches von Bruno Trentin, dem Bundessekretär der CGIL, werden Grundfragen gewerkschaftlicher Funktionen und Strategien mit der Zielsetzung aufgearbeitet, Antworten auf gesellschaftliche und ökonomische „Phänomene“ zu geben, „... die sich zwar in Italien mit besonderer Schärfe bemerkbar machen, jedoch die gesamten Industrieländer der kapitalistischen Welt betreffen (und in mancher Hinsicht auch die Industrieländer der sozialistischen Welt).“ (26) Legt Trentin dabei einerseits eine qualifizierte Analyse der Arbeitskämpfe und der „Erneuerung“ der Gewerkschaftsbewegung in Italien zugrunde, die voreilige und in ihrer Stoßrichtung falsche Interpretationen in der Literatur über das „italienische Gewerkschaftsphänomen“ korrigieren hilft, besteht andererseits jedoch „... sein eigentlicher Erkenntnismaßstab darin, aus diesen konkreten Erfahrungen verallgemeinerungsfähige Aussagen über die Aufgaben einer klassenorientierten Gewerkschaftsbewegung überhaupt, in ihrer täglichen und langfristigen Auseinandersetzung mit den Wirtschaftsstrukturen der staatsmonopolistischen Industrieländer des Westens zu gewinnen.“ (D. Albers, Vorwort, S. 8)

Als wesentliches Merkmal und als der „qualitative Sprung“ in den „positiven Inhalten“ der Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit in Italien wird von ihm das „Wiederhineintragen des Klassenkampfes in das Zentrum der Produktion, in die Arbeitsorganisation der mechanisierten Fabrik“ (26) mit dem daraus resultierenden „neuen Verhältnis von Ökonomie und Politik“ hervorgehoben: „In dem Augenblick, wo die Klassenauseinandersetzungen direkt oder indirekt den Kern des Produktionsprozesses betrifft und unweigerlich die Sphäre der Einkommensverteilung verläßt; in dem Augenblick, wo sie unmittelbar politischen Charakter erhält, werden die *subjektive* Wiedervereinigung der Arbeiterklasse, der beschäftigten und arbeitslosen Lohnabhängigen sowie die Frage der Hegemonie dieser Kräfte über andere Gesellschaftsschichten zur Änderung des Kräfteverhältnisses im fortgeschrittensten Bereich, auf den sich der Konflikt verlagert, zur unabdingbaren Notwendigkeit für jede organisierte Bewegung, die nicht bewusst auf die sektorale Verwaltung der kooperativen Tendenzen ausweicht...“ (36)

Ohne den Lohnkampf in seiner Bedeutung für die notwendige und zugleich mögliche Verteidigung der Reallohneinkommen des beschäftigten Teiles der Arbeiterschaft auch unter den Bedingungen der Krise in der Analyse außer acht zu lassen, geht es Trentin in seiner Arbeit doch vor allem um die sorgfältige Aufarbeitung der Ursachen für die Auflehnung der italienischen Lohnabhängigen gegen die Zerstückelung der Arbeit, „die Krise der tayloristischen Arbeitsorganisation“.

Objektive Beweggründe der Ablehnung der Arbeitsbedingungen sind der „Widerspruch zwischen der verschärften und ‚traumatischen‘ Entwicklung... der Prozesse der Mechanisierung und Zerlegung der Arbeit einerseits, die häufig mit der Bildung von ‚Industriegiganten‘ einherging und das soziale und kulturelle Gefüge der Gesellschaft in hohem Maße zerstört hat, und einem massenhaften Proletarisierungsprozeß andererseits, neben dem jedoch vor allem seit Beginn der sechziger Jahre ein rapider Anstieg des durchschnittlichen Bildungsniveaus der Arbeiterklasse infolge höherer Schulbildung ... und der erzieherischen Funktion der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu beobachten ist.“ (41) Breiten Raum nimmt als weiterer Begründungszusammenhang die Problematik der Arbeitsemigranten ein. Während etwa in der Bundesrepublik die besonders monotonen und unqualifizierten Arbeitstätigkeiten von „Gastarbeitern“ verrichtet werden und das von Trentin als „programmierte Rotation“ charakterisierte ständige Auswechseln der ausländischen Arbeiter dafür sorgt, daß sie weitgehend als „kollektiver Widerstandsfaktor“ ausfallen, führt das Fehlen ausländischer Arbeiter in Italien dazu, „da, die von den Gewerkschaften vertretenen Forderungen ... eine Reihe von Spannungsmomenten, die in anderen Wirtschaftsordnungen latent vorhanden sind oder nur teilweise zum Ausdruck kommen, vorweggenommen und sie gelenkt haben.“ (47)

Drei sich wechselseitig bedingende Forderungskataloge sind es, die Trentin als jetzt noch spezifischer Ausdruck der italienischen Situation zu Zielen des Klassenkampfes erhoben sieht. Zum ersten Bereich, den innerbetrieblichen Forderungen, gehören die Veränderung der Arbeitsorganisation und der Arbeitsbedingungen unter anderem durch generelle Arbeitszeitverkürzung, verändertem Arbeitsrhythmus, Umbau der Taktzeiten bei Fließbandarbeit, Abbau von Akkord- und sonstigen Prämienlohnsystemen, Reduzierung der Lohngruppen bei den Arbeitern ebenso wie zwischen Arbeitern und Angestellten, Maßnahmen zur Unfallverhütung und zur Verbesserung der Arbeitsumgebung. Zur Erreichung der Ziele nach einer Humanisierung der Arbeitswelt wird eine zweite Gruppe von Forderungen erhoben, die Trentin als Forderung nach „Macht und Freiheit“ für die Gewerkschaften in den Betrieben definiert. Dazu zählt „das Recht auf Versammlung innerhalb der Fabrik, das Recht auf Wahl von abrufbaren Vertretern der Arbeitsgruppen, die in unterschiedlichen und spezifischen Phasen des Produktionsablaufes tätig sind, das Recht, die hygienischen und sanitären Bedingungen am Arbeitsplatz sowie den körperlichen und geistigen Gesundheitszustand

zu untersuchen und darüber kollektive Kenntnisse einzuholen; das Recht auf Weiterbildung (die ‚150 Stunden‘) und schließlich das Recht auf vorherige Information über Umstrukturierungsprozesse im Bereich der Arbeits- und Produktionsorganisation, der Investitionsplanung, der inner- und außerbetrieblichen Arbeitskräftebewegung.“ (39) Der dritte grundlegende Aktionsbereich der Gewerkschaften umfaßt eine Reihe von Forderungen, die „die Raumordnung und die Organisation der sozialen Dienstleistungen des Landes betreffen“ (39) und die Verbindungslinie von „Fabrik und Gesellschaft“ herstellen.

Wie das Hinübergehen vom Problem des „wie produzieren“ so können die „... Krise der traditionellen Gewerkschaft und die Entscheidung für die Delegierten und Räte in Italien... nicht überzeugend erklärt werden, wenn man übersieht, daß sie ihren Ursprung im neuen Kurs der Fabrikkämpfe, in der Ablehnung der kapitalistischen Arbeitsorganisation und in den Aktionen zur Durchsetzung neuer Kontroll- und Informationsrechte haben.“ (64) Ausführlich setzt sich Trentin in diesem Zusammenhang mit althergebrachten Klischeevorstellungen einer Gegenüberstellung von Spontaneität der Massenbewegung und Klassenorganisationen der Arbeiterbewegung auseinander. Für ihn sind die aus den Arbeitskämpfen und dem „heißen Herbst 1969“ hervorgegangenen Basisorgane, die direkt gewählten und abwählbaren Delegierten, Fabrikräte und die überregionalen „Zonen-“ oder Gebietsräte zunächst „angemessenere Instrumente für das organisierte Handeln der Arbeiter, die den einzelnen Produktionsphasen besser entsprachen und mit deren Hilfe eine unersetzliche Kontrolle von unten ausgeübt werden konnte...“ (67) Absurd erscheint es ihm, „... eine Erfahrung wie die der Fabrikräte als ein Ereignis ‚außerhalb‘ des Erneuerungsprozesses der italienischen Gewerkschaftsbewegung und der einheitlichen Bestrebungen in ihrem Inneren zu begreifen, und es ist ... ein grundlegender Fehler, die Wende, die sich seit den sechziger Jahren in den Maßnahmen der Gewerkschaft bei der Durchsetzung von Forderungen abzeichnet, von der Suche nach neuen basisnahen Instrumenten der Demokratie und Beteiligung abzuspalten...“ (71)

Neben der Ablösung überholter gewerkschaftlicher Vertretungsstrukturen in den Betrieben und dem weitgehenden Abstreifen berufsständischer Interessen gehört der konsequent weiter voranzutreibende Einheits- und Annäherungsprozeß zwischen den verschiedenen weltanschaulichen Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung zu den wichtigsten Errungenschaften des „italienischen Gewerkschaftsphänomens“. Trentin verhehlt dabei nicht auszuführen, daß „diese neue Vorstellung von Gewerkschaft durchzusetzen“ (70), einen politischen Kampf innerhalb der Arbeiterbewegung, ihren Parteien und Gewerkschaften bedeutete, der noch nicht abgeschlossen ist.

Gefahren einer tiefgreifenden „Funktionskrise“ der neuen Basisorgane, die Ergebnis einer „gewisse(n) Engstirnigkeit von Teilen der Gewerkschaftsfunktionäre“ und eines „Bürokratisierungsprozesses (sind), durch den unweigerlich ein gefährlicher Mangel an Demokratie innerhalb der Organisationen der Arbeiter-

klasse in der Fabrik entsteht und rasch tausende von Kämpfern und Kadern aufgerieben werden können...“ (123), erfordert nach Auffassung Trentins ein „neue Kampagne zum Aufbau von Basisstrukturen“, die zugleich den der ökonomischen Krise geschuldeten Tendenzen zum Korporatismus in der italienischen Gewerkschaftsbewegung entgegenwirken müßte. (126)

Zu den Problemen einer gewerkschaftlichen Bündnispolitik, der eingeleiteten Aufhebung der traditionellen Trennung von Ökonomie und Politik und dem daraus resultierenden neuen Verhältnis der Gewerkschaften zu den Parteien sowie der mit der im Selbstverständnis verankerten Autonomievorstellung verbundene gesellschaftspolitische Dimension gewerkschaftlichen Handelns „enthält das Buch von Trentin“, wie D. Albers im Vorwort hervorhebt, „wichtige Anregungen; ja im Rahmen einer grundsätzlichen theoretischen Durchdringung der Rolle, die den Gewerkschaften im Kampf um die Einleitung und Bewältigung eines sozialistischen Transformationsprozesses unter demokratischen Bedingungen zufallen wird, mag sich sogar herausstellen, daß in der Behandlung dieser Fragen die fruchtbarsten Teile seiner Arbeit liegen.“ (20)

In Fragen der Bündnispolitik entwickelt Trentin eine Hegemoniekonzeption der organisierten Arbeiterbewegung, die über herkömmliche, lediglich verbale Aussagen eines Aufeinanderangewiesenseins der Lohnabhängigen und Mittelschichten gegenüber dem Großkapital hinausgeht. Eine seiner zentralen programmatischen Forderungen ist es, „mit den ‚Verbündeten‘ einen Konsens über ein Programm herzustellen, das auch in den absehbaren Auswirkungen explizit ist“ (79), d. h., zur Erreichung eines gesellschaftspolitischen Veränderungsprozesses muß die Arbeiterbewegung den Bündnispartnern einerseits verstärkte gesellschaftspolitische Einflußmöglichkeiten anbieten und den Verzicht auf Privilegien dieser Schichten möglicherweise durch eigene materielle Opfer kompensieren.

Mit der aus den Erfahrungen der italienischen Arbeitskämpfe gewonnenen Erkenntnis und zugleich theoretisch abgeleiteten Notwendigkeit einer Aufhebung der Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaft und Parteien nach streng getrennten ökonomischen und politischen Einflußbereichen wendet sich Trentin gegen die sowohl in der sozialdemokratischen als auch kommunistischen „Transmissionstheorie“ verwurzelten Position einer Überordnung der Partei gegenüber der Gewerkschaft. Hinzu kommt die folgende, gerade im Hinblick auf die bebenende Fragestellung der Bedingungen und prinzipiellen Voraussetzungen eines sozialistischen Transformationsprozesses und selbst noch für die sozialistische Gesellschaftsordnung gültige, den Reifegrad der italienischen Arbeiterbewegung widerspiegelnde Aussage: „Eine Gewerkschaftsbewegung wie die italienische, die sich auf eine Einheitsgewerkschaft zubewegt, aber aufgrund ihrer Erfahrungen die Vorstellung einer (monolithischen) Einheit ablehnt; die aufgrund der Inhalte ihrer Forderungen die traditionelle Teilung zwischen ‚Gesellschaftlichen‘ und ‚Politischem‘ infrage stellt, und die somit dahin tendiert, in ihrem Inneren

Ökonomie und Politik wiederzuvereinigen, bis sie eine dialektische Auseinandersetzung und einen Konflikt mit den politischen Parteien auch innerhalb derselben Klasse hervorruft; diese Gewerkschaftsbewegung setzt... den Parteienpluralismus innerhalb der Arbeiterklasse voraus und ruft ihn mit Grenzfall hervor.“ (116)

Zum Schluß des ersten Beitrages seines Buches „Die Kämpfe der letzten zehn Jahre: ein neues Verhältnis von Ökonomie und Politik“ setzt sich Trentin mit den Problemen einer im Rahmen der von Gramsci „entwickelten Prinzipien des Vorrückens der Arbeiterklasse in die gesamtgesellschaftliche Hegenomie“ auseinander. So ist die Gewerkschaft unter anderem angesichts des Ausmasses der gegenwärtigen strukturellen Krise der italienischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung dazu aufgerufen, „ein eigenes autonomes Programm vorzuschlagen und dafür zu kämpfen; und sie ist dazu aufgerufen, auch die Opfer vorzuschlagen, die das Gemeinwesen auf sich nehmen muß. Damit bestimmt die Gewerkschaft in der Qualität und der Verteilung dieser Opfer, in den Formen der Kontrolle und der Macht, die mit ihnen einhergehen müssen, das Klassenmerkmal, das die Austeritätsmaßnahmen¹ tragen müssen, sobald sie politisch auf eine tiefgreifende Veränderung der Strukturen der Gesellschaft gerichtet sind.“ (129)

Die anderen beiden Beiträge des Buches „Lebensstandard der Arbeiterklasse und ökonomischer Zyklus“ (1958 als Diskussionsbeitrag in Berlin vorgetragen) und „Arbeitsorganisation und Arbeiterstrategie“ (Referat auf einer Tagung zum Thema ‚Wissenschaft und Arbeitsorganisation‘ in Turin 1973) verdeutlichen den Entwicklungsgang der Trentin'schen Beiträge zur Strategie der Gewerkschaftsbewegung und thematisieren die Notwendigkeit von Veränderungen der Arbeitsorganisation im Zusammenhang mit der Perspektive einer Investitionskontrolle.

Wegen der Offenheit und gedanklichen Tiefe, mit der Trentin verallgemeinerungsfähige und damit auch für die Situation in der Bundesrepublik zunehmend aktuelle Probleme gewerkschaftlicher Organisationsformen und Strategien vor dem Hintergrund der Krise und zugleich in systemüberwindender Perspektive diskutiert – ohne dabei vermeintliche „Patentlösungen“ anzubieten –, muß man, wie es D. Albers im Vorwort formuliert, „einem aktiven Gewerkschafter in der Bundesrepublik zurufen: ‚Es geht um Deine eigene Sache‘, wenn er dieses Buch zur Hand nimmt.“ (9)

Das erst vor kurzem erschienene Buch „Autonomie und Integration“ von Frank Deppe baut auf dem von ihm in der letzten SPW-Ausgabe besprochenen Aufsatz in den Blättern für deutsche und internationale Politik auf. So werden die Analysen zur „Gewerkschaftspolitik im Zeichen der gesellschaftlichen Krise“ und die Bilanzierung von „30 Jahre (n) Gewerkschaftspolitik“ in der Bundesrepublik nunmehr in detaillierter und empirisch untermauerter Weise vorgelegt.

Erweitert und zugleich konkretisiert wurden die Ausführungen zu der mit den Begriffen „Autonomie“ und „Integration“ umrissenen Problemstellung. In kritischer Auseinandersetzung mit integrationistisch und antikapitalistisch orien-

1 energische Sparmaßnahmen

tierten Ansätzen in der Gewerkschaftstheorie versucht F. Deppe in dem rund 100seitigen Kapitel „Autonomie und Einheitsgewerkschaft“ eine dem Entwicklungsstand des gegenwärtigen Kapitalismus adäquate Ableitung gewerkschaftlicher Funktionen vorzunehmen. Zugestandene „Lücken und Defizite“ in der STAMOKAP-Theorie bei der Behandlung der Ursachen des gewerkschaftlichen Reformismus und Bedingungen seiner Auflösung sowie bei der Analyse der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeiterparteien verweisen ihn dabei auf die Diskussionen in der italienischen, französischen und spanischen Gewerkschaftsbewegung. Die Rezeption der Arbeiten u. a. von Lama, Camacho und Trentin und die in ihrer Stoßrichtung praxisrelevante Hervorhebung der Notwendigkeit einer theoretisch-programmatischen Begründung, „warum die Unterstützung einer autonomen Gewerkschaftspolitik keine taktische Wende bedeutet, sondern warum Einheit und Autonomie einer gewerkschaftlichen Klassenpolitik mehr und mehr zu einem relativ selbständigen Element des Kampfes – vor allem auch gegenüber den politischen Parteien – um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen geworden ist“ (123), könnte für einen Sprengstoff in der westdeutschen Gewerkschaftsdiskussion sorgen.

In einer der nächsten SPW-Ausgaben werden wir in einem ausführlicheren Beitrag zusammenhängend auf die unter anderem von F. Deppe in seinem neuen Buch vorgetragenen Gewerkschaftspositionen eingehen.

Er kommt. Der Sozialismus. Er macht keinen Bogen um die BRD. Aber der Weg ist nicht leicht. Nur gemeinsam zu schaffen. Unser Beitrag: Klare sozialistische Orientierung.

Im Mittelpunkt der Berichterstattung steht der Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse, für den sozialen Fortschritt und für die Öffnung des Weges zum Sozialismus.

Mit klarer sozialistischer Position:

- Gegen Berufsverbote – für Demokratisierung – Gegen sozialen Abbau**
- für Durchsetzung wichtiger Reformen**
- Gegen Blockade der KSZE-Beschlüsse – für Rüstungskürzungen**

Informationen ohne Tabus – Wir leuchten hinter die Kulissen und enthüllen gesellschaftliche Zusammenhänge – Schonungslos

decken wir auf. Wir schreiben da weiter, wo andere aufhören müssen. Mit eigenen Artikeln und Exklusivbeiträgen

prominenter Sozialisten, mit Nachdrucken aus der internationalen Presse. Mit Analysen und Diskussionen zur Strategie und Taktik der Linken in der sozialdemokratischen Bewegung. SK informiert über linke Plattformen und das Ringen um die Durchsetzung sozialistischer Positionen in der sozialdemokratischen Bewegung.

Nur für Abonnenten: SK-Leserdienst. Bringt Paper und Materialien, Broschüren. Auch international.



Ich bin dafür		Schicken Sie mir ebenfalls
36 Seiten – Einzelhefte 1,75 DM, im Abonnement 1,20		30 Artikel SK
Hiermit bestelle ich Sie – ein halbes Jahr – ein Jahr das		
zweimal im Monat erscheinende (Westdeutsche) SK zum		
Preis von DM 15,- halbjährlich, einschließlich Mehrwertsteuer, postfällig Preis.		
Strecken, Lektüre, Schule und KÖRer und Dienstleistungen		
des weißen Schiffs und lassen sich für DM 15,- einschließlich Mehrwertsteuer versenden. Porto.		
Wird das Abonnement nicht eines Monats vor Heftausgabe gekündigt, verlängert sich die Bestellung um ein halbes Jahr.		
Bestellungsnummer	Unterschrift	Organisation
Name/Vorname		
PLZ Ort Straße/No. Nr.		
Sie garantieren mir, daß ich diese Verbindung ausschließlich		
ausschließlich einer Person durch Einleitung an Sie übertrage		
Runde-Vergabestelle nicht sein. Die Kartennummer Ihres		
Geldscheins beträgt 100 Mark mehr 2. Umkreis.		

Das klingt gut	Aber ich möchte erst
	Probieren.
	Schicken Sie mir bitte ein
	kostenloses Probeexemplar.
Name	Vorname
Straße	PLZ/Wohnort
Telefon	Unterstitzt
Es gibt immer noch Leute, die SK nicht kennen. Das muß	
anders werden. Schicken mir kostenlos ein	
Fragebogen für Ihre Arbeit an	
	Verantwortung

Ausdrucken und als Briefkopfzettel einblenden an:
W. Rumpo-Verlag / SK-Vertrieb, 2000 Hamburg 90, Postfach 90 61 67



DVK - VERLAG GmbH

Postfach 1231
1000 Berlin 47
Tel. 030/601 72 92

Konten:
Postscheckamt Berlin West 393 90-103
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin 2513097 602

Buchankündigung

Alfred Goorg Frei – Antonio Gramsci
Theoretiker des demokratischen Übergangs zum Sozialismus
dvk Verlag GmbH, Postfach 1231, Berlin 47, 42 Seiten, 3,- DM. (Reihe Positionen der Jungsozialisten, Heft 4)

Die Broschüre, die in der nächsten Ausgabe von SPW von Detlev Albers inhaltlich besprochen werden soll, stellt in ihrem zentralen Teil die Gramsci'schen Thesen zum Übergang zum Sozialismus unter den Bedingungen einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft sowie zum Verhältnis von bürgerlicher Gesellschaft und Staat zur Diskussion. Daran anschließend geht Frei auf die „Organisationsfrage“ bei Gramsci ein, das heißt auf das Verhältnis von Rätebewegung und Gewerkschaften und auf parteitheoretische Fragen. Schließlich wird „Gramsci's Erbe“ in der Kommunistischen Partei Italiens sowie in der Diskussion der westeuropäischen Linken untersucht. Die Broschüre ist mit ausführlichen Anmerkungen und Literaturhinweisen versehen, die ein Weiterstudium erlauben.

Bücher über reaktionäre Politik **PDI** zum Kennenlernen

Bücherpaket
statt
DM 30.-

(nur
gegen
Verein-
sendung
des Betrages
in Briefmarken
oder Scheck)



- PDI 14: Pro und Kontra Ministerpräsidentenerlaß
 - Die Bannbulle aus Münster
 - Engelmann: Schwarzbuch III
 - Wallraff: Die Aufdeckung einer Verschwörung
 - Itzfeldt: Meinungsfreiheit oder Schwarzfunk?
 - Sonderheft 7: Alfred Seidl
- Bestellung Bücherpaket an:

Pressedienst Demokratische Initiative
Münzstraße 3 8000 München 2

'79 Auf Tournee: **JUAN MIRANDA**

WAZ: „Wenn Juan Miranda singt, ist das mehr, als die Aneinanderreihung von Akkorden und Melodien – es ist die musikalische Aufbereitung eines der traurigsten Kapitel der chilenischen Geschichte...“

LERRYN

die Zeit: (über die LP „Goya malt Karl IV.“ mit Albert Mangelsdorff, Manfred Schoof u. a.) „Hervorragend! Diese Schallplatte ist einzigartig in der Liedermacher-Literatur – und dies gleichermaßen durch die Qualität der Musik und ihre Interpretation, und durch die ungewöhnlichen Texte ... Lerryn gelingt ein neuer Ton.“ (bei Zweitau-sendeins)

SWING GIPSY ROSE

Zigeunerjazz
Jetzt schon buchen! (und Gesamtprospekt anfordern) bei: Kulturinitiative e. V., Humboldtstr. 86, 6 Frankfurt/M. 1

Autorenverzeichnis

Albrecht, Heinz, geb. 1910, 1948 - 54 Referent für Erwachsenenbildung beim Senat von Berlin. 1958 - 75 Verwaltungsleiter der Otto-Bartning-Oberschule in Berlin. Veröffentlichungen in den Zeitschriften „Pro und Contra“ und „SOS“ 1950 - 54. Mitglied der SPD seit 1931, vorher SAJ seit 1928. Politisch Verfolgter. 1946 - 48 Bezirksverordneter und stellv. Kreisvorsitzender in Berlin-Charlottenburg. 1946 - 54 Landesdelegierter. Vors. des Marxistischen Arbeitskreises der Berliner SPD. Mitherausgeber der „spw“.

Buttgereit, Monika, geb. 1949, Lehrerin, Mitglied der SPD seit 1972. 1974 - 76 Kreisvorsitzende der Jusos in Berlin-Wedding, seit 1976 Mitglied des Landesvorstandes, seit 1978 stellvertr. Landesvorsitzende der Berliner Jusos, Aufbau des Arbeitskreises Emanzipation der Berliner Jusos, Mitglied der GEW im DGB.

Collignon, Stefan, geb. 1951, Dipl. Volkswirt, Mitglied der SPD und der Sozialistischen Partei Frankreichs, vierjähriges Studium in Paris, Mitglied der ÖTV, z. Z. Entwicklungshelfer in Tansania.

Günther, Joachim, geb. 1951, Lehrerstudent, Redakteur der Zeitschrift „Interpol“, Mitglied der SPD seit 1969, seit 1978 stellv. Landesvorsitzender der Berliner Jusos, aktive Mitarbeit in der Jugendinternationale Yusi.

Heinrich, Rainer, geb. 1941, wiss. Angestellter, Lehrbeauftragter für Betriebswirtschaftslehre an der FHW Berlin, Mitglied der ÖTV.

Hindels, Josef, geb. 1916, illegaler Widerstand 1934 - 38, Emigration nach Skandinavien. Nach 1945 Bildungsobmann der Sozialistischen Jugend Österreichs, Zentralsekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten, heute Vorstandsmitglied des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer. Verfasser zahlreicher Bücher über Grundsatzfragen des Sozialismus.

Holland, Stuart, Mitglied der Labour Party und des Labour Party EEC sub committees, 1966 - 68 Staatssekretär unter Harold Wilson.

Janßen, Hans, geb. 1924, seit 1977 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG-Metall, zuständig für Tarifpolitik, Mitglied der SPD

Kisker, Klaus Peter, geb. 1932, Professor für Volkswirtschaftslehre und Politische Ökonomie an der Freien Universität Berlin; Spezialgebiete: Nationale und internationale Konzentration, Gewerkschaftspolitik, Energiepolitik; Landesparteitags- und Kreisdelegierter der SPD, Mitglied der GEW/DGB, Veröffentlichungen zur Konzentration, zur Entwicklung der SPD (u. a. Mitautor des Buches „Die SPD in der Krise“ Frankfurt a. M. 1976), zur Gewerkschaftspolitik und zur Medienpolitik.

Neumann, Kurt, geb. 1945, Rechtsanwalt, Ortvereinvors. in der SPD Berlin Steglitz, 1974 bis 76 Landesvorsitzender der Berliner Jungsozialisten, Mitglied der ÖTV.

Bernhard Pollmeyer, geb. 1955, Student der Soziologie, Sozialwissenschaften und Germanistik an der Universität Bielefeld, 1976 bis 1978 stellv. Bezirksvorsitzender der Jusos von Ostwestfalen-Lippe, Mitglied des Vorstandes der SPD Harsewinkel, stellv. AfB-Unterbezirksvorsitzender Gütersloh, Mitglied der GHK.

Thüsing, Klaus, geb. 1940, seit 1977 MdB, Mitglied der SPD seit 1971, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für Bildungspolitik des Landesvorstandes der SPD Nordrhein-Westfalen, Mitglied der GEW im DGB und der Arbeiterwohlfahrt.

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

114 Dritte Welt und Erste Welt

- W. F. Haug: Marxismus, Dritte Welt und das Problem des Eurozentrismus
G. Hoyos-Vásques: Theologie der Befreiung: Christentum oder Marxismus?
G. Hauck: Typen kolonialer Produktionsweise
T. Chahoud: Der Entwicklungsbericht der Weltbank
F. Suffa-Friedel: China: Der große Sprung zurück?

Stalinismus-Forschung

- R. Lorenz: Politische Säuberungen und Massenterror

Aktuelle Analyse

- U. Hampicke: Das neue Umweltgutachten

Gegenargumente

- K.-H. Götze: Beiträge oder Beträge? Die Kritik-Praxis einer Zeitschrift

176 Seiten; 9,80 DM; Stud. 8,50 DM; im Abo 8,50; Stud. 7,- DM

AS 35 Alternative Wirtschaftspolitik

Methodische Grundlagen – Analysen und Diskussion

Dokumentation: DGB zum Memorandum '78 Alternativen der Wirtschaftspolitik

1. Gewerkschaften, SPD und alternative Wirtschaftspolitik

- R. Seitenzahl: Was erwarten die Gewerkschaften von einer alternativen Wirtschaftspolitik?
K. P. Kisker: Politische Bedingungen der Durchsetzung einer alternativen Wirtschaftspolitik in der SPD

2. Wirtschaftstheoretische Grundlagen einer alternativen Wirtschaftspolitik

- H. Riese: Kritik der theoretischen Grundlagen des Memorandums
R. Hickel: Die theoretischen Grundlagen des Memorandums
Geipel/Schneider/Vogt: Möglichkeiten systemimmanenter Krisenüberwindung
J. Huffschmid: Möglichkeiten systemimmanenter Krisenüberwindung?
W. Pfaffenberger: Zu den monopoltheoretischen Implikationen des Memorandums

3. Überakkumulations- versus Überproduktionstheorie

- J. Berger: Der Grundgedanke der Marxschen Krisentheorie
J. Glombowski: Ein überakkumulationstheoretisches Modell zyklischen Wachstums mit variabler Kapazitätsauslastung
J. Goldberg: Krisen und Überproduktion

4. Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkttheorien

- M. Bolle: Kritik der arbeitsmarkttheoretischen und -politischen Implikationen des Memorandums
H.-J. Weißbach: »Fehlallokation« und Segmentierung als Ursachen der Massenarbeitslosigkeit?

5. Alternative Regionalpolitik

- Oppolzer/Strutynski/Tjaden: Strukturpolitik im Arbeitnehmerinteresse in der Kooperation von Gewerkschaften und Hochschule
K. H. Tjaden: Regionalpolitik zwischen Reparatur und Protest

ca. 216 S.; 15,50 DM, für Stud. 12,80 DM; im Abo 12,80 DM, Stud. 11,- DM